

Zweite korrigierte Version  
(Abbildung auf Seite 935 und 941)

## Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Winter 2020

**922 Editorial** von Claus Michelsen et al.

### Zweite Corona-Infektionswelle erfasst deutsche Wirtschaft



**924 Bericht** von Claus Michelsen, Paul Berenberg-Gossler, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer und Sandra Pasch

### Weltwirtschaft: Erholung ausgebremst



**940 Bericht** von Claus Michelsen, Paul Berenberg-Gossler, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker und Laura Pagenhardt

### Deutsche Wirtschaft: Hoffnung trotz Rückschlag zum Jahresende

**955 Interview** mit Claus Michelsen

**956 Anhang** VGR-Tabellen



**960 Bericht** von Paul Berenberg-Gossler, Geraldine Dany-Knedlik, David Kläffling und Claus Michelsen

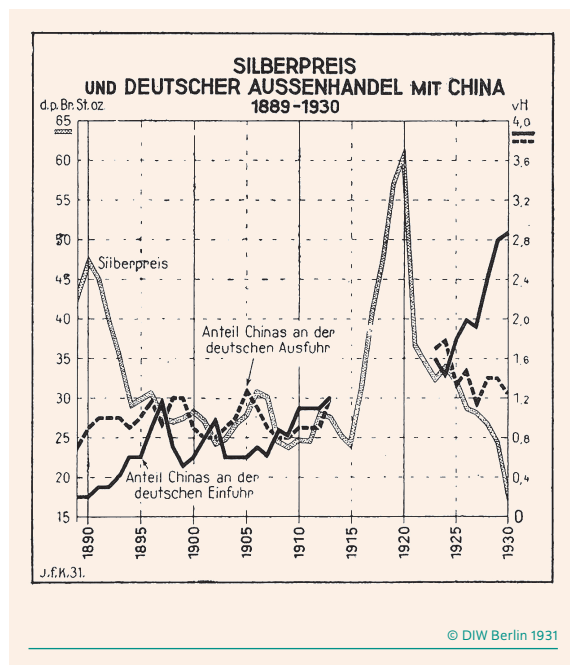
### Trumps protektionistische Handelspolitik hat ihre Ziele verfehlt

**970 Kommentar** von Peter Haan und Johannes Geyer

### Mehr „Würde im Alter“? Der Teufel steckt im Detail



### Das Silberproblem.



Die Kaufkraftsenkung des Silbers hatte – ähnlich wie während der Inflationszeiten nach dem Krieg die Valutaentwertung in den westeuropäischen Ländern – die Wirkung, dass die Warenpreise in den Silberländern (auf Gold bezogen) dauernd zurückgingen. Die Folge dieser Preisenkung in den Silberländern war eine Steigerung der Ausfuhr. Sehr deutlich lässt sich diese Tendenz an der Entwicklung des deutsch-chinesischen Handels in den letzten 40 Jahren verfolgen. In Zeiten sinkender Silberpreise nahm Chinas prozentualer Anteil an der deutschen Einfuhr zu, das heißt Chinas Ausfuhr nach Deutschland war rascher gewachsen als die Gesamteinfuhr Deutschlands. Umgekehrt verminderten steigende Silberpreise die Konkurrenzfähigkeit chinesischer Waren auf dem deutschen Markt. Die deutsche Ausfuhr nach China dagegen wuchs im Allgemeinen sehr rasch bei steigenden, weit langsamer aber bei sinkenden Silberpreisen.

Aus dem Wochenbericht Nr. 50 vom 11. März 1931

### IMPRESSUM

#### DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

87. Jahrgang 10. Dezember 2020

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;  
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander  
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus  
Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

#### Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann

#### Lektorat

Dr. Stefan Bach (erster und zweiter Bericht); Lukas Boer (dritter Bericht)

#### Redaktion

Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;

Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik;

Dr. Alexander Zerrahn

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

#### Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

#### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

#### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den  
Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter  
unter [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)

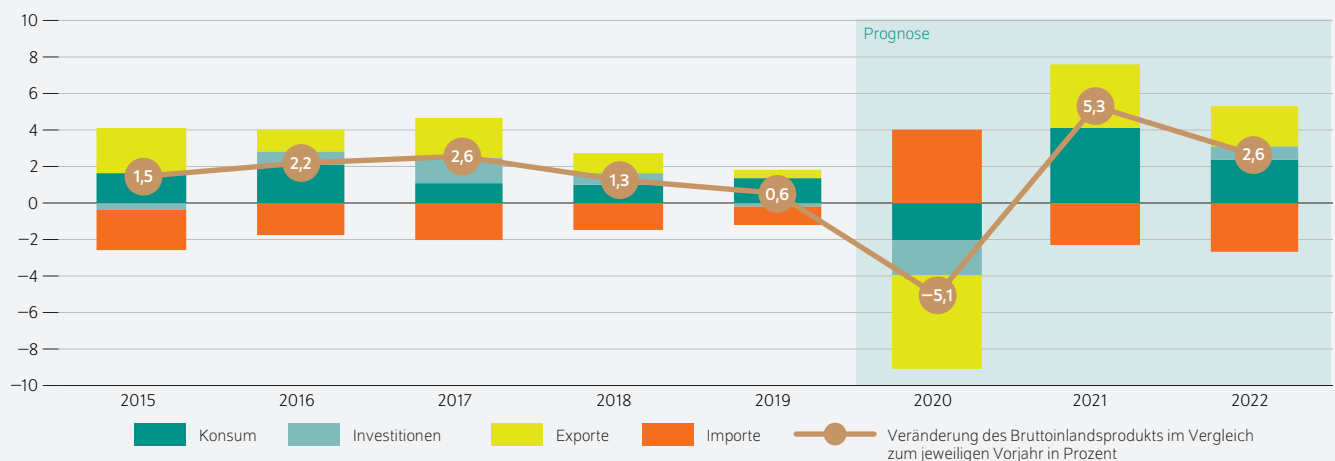
## Zweite Corona-Infektionswelle erfasst deutsche Wirtschaft

Von Claus Michelsen et al.

- Deutsche Wirtschaft weiterhin auf Achterbahnfahrt: Nachdem es im Sommer unerwartet stark aufwärts ging, schrumpft Bruttoinlandsprodukt zum Jahresende wieder
- Wirtschaftsleistung sinkt in diesem Jahr um voraussichtlich 5,1 Prozent; DIW-Prognose sieht für 2021 Wachstum von 5,3 Prozent und für 2022 von 2,6 Prozent
- Vorkrisenniveau wäre gegen Ende des Jahres 2021 erreicht, wenn man Infektionsgeschehen im Laufe des Winters in Griff bekommt – Risiken sind allerdings beträchtlich
- Viele wichtige Handelspartner Deutschlands in noch weitaus größeren Schwierigkeiten, lediglich USA, China und Japan sorgen für kleine Lichtblicke im Auslandsgeschäft
- Öffentliche Haushalte in diesem Jahr mit Rekorddefizit von 186 Milliarden Euro, eingeschlagener Investitionspfad sollte dennoch konsequent weiterverfolgt werden

### Deutsche Wirtschaft könnte sich nächstes Jahr deutlich erholen – Risiken sind aber beträchtlich

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



### ZITAT

„Trotz des Rekorddefizits in den öffentlichen Haushalten: Es wird sehr wahrscheinlich günstiger sein, jetzt die Krise entschlossen mit finanzpolitischen Maßnahmen zu bekämpfen, als dagegen anzusparsen, um eine Staatsschuldenkrise vermeiden zu wollen. Die zeichnet sich aktuell nämlich nicht ab.“

— Claus Michelsen, DIW-Konjunkturchef —

### MEDIATHEK



Audio-Interview mit Claus Michelsen  
[www.diw.de/mediathek](http://www.diw.de/mediathek)

# Zweite Corona-Infektionswelle erfasst deutsche Wirtschaft

Von Claus Michelsen, Paul Berenberg-Gossler, Marius Clemens, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Max Hanisch, Simon Junker, Laura Pagenhardt und Sandra Pasch

Die weltwirtschaftliche Entwicklung wird weiterhin durch das grassierende Corona-Virus belastet. Die Verbesserung der Situation im Sommer, als sich die deutsche Wirtschaft im ersten Halbjahr 2020 nach einem Minus von zusammengekommen knapp zwölf Prozent auch dank der finanzpolitischen Hilfsmaßnahmen kräftig erholte, hat sich als trügerisch erwiesen. In den Herbstmonaten traf die zweite Corona-Infektionswelle auch die deutsche Wirtschaft und stoppte den Erholungsprozess abrupt. Deutschland hat wie viele andere Länder mit erneuten Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens reagiert, wenngleich diese nicht so weitreichend sind wie im Frühjahr. Die Risiken für die Unternehmen, deren Solvenz und die Arbeitsmarktentwicklung sind dennoch weiterhin enorm. Die immer dünnere Eigenkapitaldecke vieler Unternehmen und die geringeren verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften die Nachfrage nach Investitions- und langlebigen Konsumgütern erneut dämpfen. Auch wichtige Handelspartner – allen voran im Euroraum – sind schwer in Mitleidenschaft gezogen und dürften zumindest vorübergehend wieder weniger Produkte „Made in Germany“ nachfragen. Allein die Entwicklung Chinas, der USA und die der japanischen Wirtschaft sind Lichtblicke im Auslandsgeschäft.

Das DIW Berlin geht angesichts des überraschend starken Aufholprozesses im Sommer nunmehr davon aus, dass die Wirtschaftsleistung Deutschlands in diesem Jahr um nur rund 5,1 Prozent sinken dürfte und ein kräftiges Aufholen im kommenden Jahr zu einem Wachstum von 5,3 Prozent und im Jahr 2022 von 2,6 Prozent führen wird. Im zugrundeliegenden Szenario wird angenommen, dass die Neuinfektionen im Laufe des Winters erfolgreich eingedämmt werden können und Impfstoffe gegen das Corona-Virus kurz vor der breiten Zulassung stehen. Mit zunehmendem Impfschutz könnte im Frühjahr dann erneut eine kräftige Erholung der

deutschen Wirtschaft einsetzen. Auch wird davon ausgegangen, dass Unternehmensinsolvenzen, Kreditausfälle und erhebliche Anstiege der Arbeitslosigkeit auch durch die wirtschaftspolitischen Hilfsmaßnahmen vermieden werden können und die Krise nicht auf den Finanzsektor übergreift. Dies würde andernfalls die Gefahr bergen, dass Banken in Schieflage geraten und schlussendlich eine Staatsschuldenkrise in Ländern mit hohen Schuldenstandsquoten entsteht.

Diese Annahmen stellen auch die wesentlichen Risiken für die Prognose dar – es ist durchaus möglich, dass sich eines oder mehrere der genannten Risiken materialisieren. Vor allem ist fraglich, ob das Infektionsgeschehen trotz der Erfolge in der Impfstoffentwicklung kontrolliert werden kann. Gelingt dies nicht und ziehen sich die gesellschaftlichen Einschränkungen weit in den Frühling, dürfte die Wirtschaftsleistung im Jahr 2021 global um 1,7 Prozent geringer ausfallen. In Deutschland dürften es 1,5 Prozent sein.

Dass dies bislang vermieden werden konnte, hängt auch mit der weltweit äußerst expansiven Geld- und Finanzpolitik zusammen, die größere Teile der Einkommensverluste aufgefangen hat. Die Bundesregierung hat im Sommer ein umfangreiches Konjunkturprogramm beschlossen, welches das Bruttoinlandsprodukt in diesem und im kommenden Jahr mit 1,3 beziehungsweise 1,5 Prozent stützen dürfte. Hinzu kommen die umfangreichen „November- und Dezemberhilfen“, die einen großen Teil der Verluste in den durch den erneuten Lockdown betroffenen Geschäftsbereichen ausgleichen dürften. Verlängert wurden das Kurzarbeitergeld und die Überbrückungshilfen, die den Unternehmenssektor stabilisieren. Dies schlägt auf die Schuldenstandsquote Deutschlands durch, die Ende dieses Jahres bei 69 Prozent liegen dürfte.

In den Beschlüssen sind auch zahlreiche Positionen zur Stärkung der öffentlichen und privaten Investitionstätigkeit enthalten. Letztere dürfte in der Krise besonders stark sinken, da die Absatzperspektiven eingetrübt, die Kapazitäten unterausgelastet und die notwendigen Eigenkapitalpuffer für die Modernisierung des Kapitalstocks deutlich geschrumpft sind. Auch in Hinblick auf die Schulden Tragfähigkeit ist es wichtig, die Wachstumskräfte im Land zu stärken und damit die Schuldenlast zu senken. Studien zeigen, dass in wirtschaftlichen Krisen und im Umfeld niedriger Zinsen die öffentliche Investitionstätigkeit erhebliche private Investitionen nach sich zieht. Vor allem die Bereiche öffentlicher Forschung und Entwicklung, Ausgaben im Bildungssektor und im Bereich der Infrastruktur entfalten mittelfristig kräftige Wachstumsimpulse. Angesichts des hohen Bedarfs in vielen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur ist es richtig, wie bereits im Konjunkturprogramm angelegt, diese Bereiche zu stützen und die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand verstetigt auszuweiten. Es besteht – wie auch schon vor der Corona-Krise vielfach diskutiert – zudem erheblicher zusätzlicher Bedarf für öffentliche Investitionen, die bislang nicht in der Finanzplanung abgebildet sind. Hierzu zählen investive Ausgaben für Forschung und Entwicklung, Bildung, die Dekarbonisierung und Digitalisierung, aber auch im Bereich der Infrastruktur. Bis zum Jahr 2030 wären hierfür zusätzlich zu den bereits beschlossenen Maßnahmen wei-

tere 220 Milliarden Euro notwendig. Eine entsprechend auf die Stärkung und Transformation des Standorts ausgerichtete Wirtschaftspolitik erscheint daher nicht nur mit Blick auf die langfristige Krisenbewältigung sinnvoll.

Die Diskussionen über die finanzpolitische Konsolidierungsstrategie haben bereits eingesetzt und dürften den politischen Diskurs im kommenden Jahr prägen. Es ist keinesfalls klar, dass die Schuldenbremse in ihrer jetzigen Form geeignet ist, gleichzeitig die öffentlichen Schulden zurückzuführen *und* eine Modernisierung des Wirtschaftsstandorts zuzulassen. Vielmehr könnte bei einer schnellen Rückkehr zu den Regelungen der Schuldenbremse die zukünftige Ausgabenpolitik eingeschränkt werden. Ein solcher Konsolidierungspfad würde den Spielraum für die notwendige Investitionstätigkeit deutlich schmälern und den Modernisierungsprozess aufhalten. Für investive Zwecke ist eine Nettokreditaufnahme gut zu rechtfertigen, solange die Rendite der Projekte die Kapitalkosten übersteigt. Im derzeitigen Umfeld niedriger Zinsen und unterausgelasteter Kapazitäten ist dies vielfach der Fall. Vorschläge für eine Reform der Schuldenregel liegen zahlreich auf dem Tisch und reichen von einer Orientierung an der Zinslast über die Berücksichtigung von symmetrischen Investitionsregeln bis hin zu einer nominalen Ausgabenregel. Diese sollten jetzt intensiv diskutiert werden, um den Freiraum für die notwendigen Modernisierungsinvestitionen zu schaffen.

**Claus Michelsen** ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [cmichelsen@diw.de](mailto:cmichelsen@diw.de)

**Paul Berenberg-Gossler** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [pberenberggossler@diw.de](mailto:pberenberggossler@diw.de)

**Marius Clemens** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [mclemens@diw.de](mailto:mclemens@diw.de)

**Geraldine Dany-Knedlik** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilungen Makroökonomie und Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [gdanyknedlik@diw.de](mailto:gdanyknedlik@diw.de)

**Hella Engerer** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [hengerer@diw.de](mailto:hengerer@diw.de)

**Marcel Fratzscher** ist Präsident des DIW Berlin | [mfratzscher@diw.de](mailto:mfratzscher@diw.de)

**Max Hanisch** ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [mhanisch@diw.de](mailto:mhanisch@diw.de)

**Simon Junker** ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [sjunker@diw.de](mailto:sjunker@diw.de)

**Laura Pagenhardt** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [lpagenhardt@diw.de](mailto:lpagenhardt@diw.de)

**Sandra Pasch** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [spasch@diw.de](mailto:spasch@diw.de)

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 50/2020:

[www.diw.de/diw\\_weekly](http://www.diw.de/diw_weekly)



# Weltwirtschaft: Erholung ausgebremst

Von Claus Michelsen, Paul Berenberg-Gossler, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer und Sandra Pasch

## ABSTRACT

Die Weltwirtschaft hat sich im dritten Quartal schneller erholt als erwartet. Die Wirtschaftsleistung stieg nach den corona-bedingten Einbrüchen im Vorquartal wieder um sieben Prozent. Geringe Infektionszahlen und entsprechende Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen trugen dazu bei, dass sich die Produktionsprozesse und der Warenverkehr normalisierten. Auch die privaten Haushalte fragten vermehrt Konsumgüter nach, insbesondere personennahe Dienstleistungen. Die zweite Infektionswelle im Herbst wird diese Erholung ausbremsen. Im Gesamtjahr 2020 wird die globale Produktion wohl um 3,4 Prozent schrumpfen. In den kommenden beiden Jahren dürften die Wachstumsraten mit 6,3 beziehungsweise 4,4 Prozent kräftiger ausfallen als noch im Herbst prognostiziert. Doch bestehen viele Risiken: Zum einen drohen erneut unkontrollierte Anstiege der Corona-Infektionen, auch wenn die Erfolge bei den Impfstoffen vielversprechend sind. Zum anderen ist noch nicht abzusehen, in welchem Umfang die Unternehmensinsolvenzen steigen und welche Auswirkungen eine Insolvenzwelle auf die weitere Erholung hätte.

Die Weltwirtschaft ist im dritten Quartal des Jahres 2020 deutlich gewachsen und hat sich von den Einbrüchen in der ersten Jahreshälfte teilweise erholt. Im dritten Quartal legte die globale Produktion im Vergleich zum Vorquartal um rund sieben Prozent zu (Abbildung 1). Damit wurden 68 Prozent der Einbußen aus dem ersten Halbjahr bereits kompensiert. Die Corona-Pandemie hinterlässt aber nach wie vor Spuren: Die Wirtschaftsleistung liegt trotz der Aufholeffekte im dritten Quartal unterhalb des Niveaus zu Jahresbeginn 2020. Zudem bremst das erneute Aufflammen des Infektionsgeschehens in vielen Ländern im vierten Quartal die Erholung aus.

Im dritten Quartal haben sinkende Infektionszahlen und entsprechende Lockerungen von Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens und des Geschäftsverkehrs die Erholung vorangetrieben. Die Produktionsprozesse und der internationale Warenverkehr normalisierten sich. Auch die privaten Haushalte fragten vermehrt Konsumgüter nach und konnten nach den Einschränkungen auch wieder personennahe Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Vielerorts verzeichneten das Verkehrswesen, der Tourismus, der stationäre Einzelhandel und die Gastronomie besonders starke Zuwächse. Die in vielen Ländern sehr expansiv ausgerichtete Finanz- und Geldpolitik dürfte den Erholungsprozess erheblich unterstützt haben: Viele Volkswirtschaften, beispielsweise in Europa und Nordamerika, haben finanzpolitische Hilfsprogramme aufgelegt, Lohneinbußen abgefedert und Unternehmen, die aufgrund der Infektionsschutzmaßnahmen Umsatzeinbußen erlitten, Liquidität oder Kreditbürgschaften in erheblichem Umfang bereitgestellt.

Zu Beginn des vierten Quartals stieg die Zahl der Corona-Neuinfektionen in vielen Ländern wieder rapide an. Insbesondere in Europa, den Vereinigten Staaten und einigen südamerikanischen Ländern erkrankten derzeit täglich deutlich mehr Menschen an Covid-19 als noch im Frühjahr. Einige Regierungen verschärften daraufhin die Infektionsschutzmaßnahmen merklich. So wurden in vielen europäischen Ländern erneute Lockdowns beschlossen, die allerdings oftmals geringere Anteile des öffentlichen Lebens einschränken als im Frühjahr.

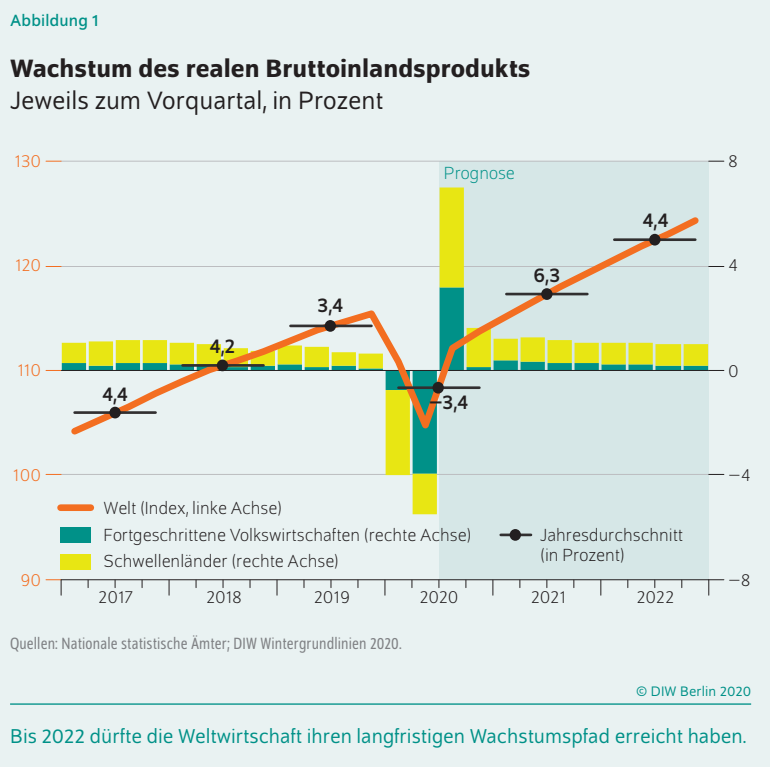
Erfolge bei der Impfstoffentwicklung wecken derzeit die Hoffnung auf ein baldiges Abklingen der Pandemie. Anfang November beantragten einige Pharmaunternehmen die Zulassung von wirksamen Impfstoffen; bereits im Dezember dürften in Europa und Amerika erste Impfstoffe zum Einsatz kommen. Ein flächendeckender Schutz wird wohl in bevölkerungsreichen Volkswirtschaften nicht in kurzer Zeit zu erreichen sein. Mit einer vollständigen Rückführung von Reise- und Kontaktbeschränkungen ist daher nicht im ersten Halbjahr 2021 zu rechnen.

Die zweite Infektionswelle trübte die Stimmung der Unternehmen und der Haushalte bereits im Herbst. Die Einkaufsmanagerindizes des verarbeitenden Gewerbes in vielen großen Volkswirtschaften stagnieren seit dem Ende des Sommers und sind teilweise leicht rückläufig (Abbildung 2). Auch die Zuversicht der Konsumentinnen und Konsumenten stieg nicht weiter an und liegt vielerorts nach wie vor unterhalb des Vorkrisenniveaus. Allerdings wurden die vorliegenden Umfragen noch vor den Erfolgen in der Impfstoffentwicklung durchgeführt, so dass diese kein aktuelles Bild zeichnen können. Dass die jüngsten Durchbrüche die Konjunkturaussichten deutlich aufhellen, zeigt sich an den Finanzmärkten. Die Aktienmärkte verzeichneten Anfang November erhebliche Kursgewinne und erreichten teilweise neue Rekordstände.

Die weitere wirtschaftliche Erholung wird sich voraussichtlich zum Jahresende dennoch verlangsamen. Die in vielen Ländern, vor allem in Europa, stark steigenden Neuinfektionen und damit einhergehenden Verschärfungen der Infektionsschutzmaßnahmen dürften die Produktion und den Handel, insbesondere die personennahen Dienstleistungen, belasten.

Der vorliegenden Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die in vielen Ländern bereits beschlossenen Eindämmungsmaßnahmen den Infektionsverlauf kurzfristig verlangsamen und weitere unkontrollierte, erhebliche Anstiege der Neuinfektionen verhindern. Neuerliche umfangreiche Lockdowns werden also nicht angenommen. In der ersten Jahreshälfte 2021 dürften die Eindämmungsmaßnahmen wieder schrittweise reduziert und durch einen allmählichen Aufbau eines flächendeckenden Impfschutzes ersetzt werden. Daher ist im weiteren Prognoseverlauf mit einer moderat verlaufenden Erholung zu rechnen. Ihren langfristigen Wachstumspfad wird die globale Produktion damit wohl erst zum Ende des Prognosezeitraums erreichen.

Eine weiterhin äußerst expansiv ausgerichtete Geld- und Finanzpolitik dürfte den Erholungsprozess weiter stützen. Zwar laufen in vielen großen Volkswirtschaften Teile der finanzpolitischen Impulse aus den Corona-Hilfspaketen im kommenden Jahr aus. Jedoch sind in einigen Volkswirtschaften, wie beispielsweise in Europa, bereits weitere Konjunkturprogramme zur Stärkung des Erholungsprozesses auf den Weg gebracht.



Die umfangreichen Finanzhilfen werden die Verluste der Unternehmen und Einkommenseinbußen der privaten Haushalte wohl nur teilweise kompensieren, so dass sie sich nur allmählich wieder erholen dürften. Neben der neuerlichen Infektionswelle wird, trotz des hier unterstellten geregelten Austritts, die zuletzt gestiegene Unsicherheit über einen harten Brexit die Erholung zusätzlich bremsen.

Dies dürfte die Investitionsneigung der Unternehmen belasten. Stützen wird wohl hingegen die Hoffnung auf einen wirksamen Impfschutz. Aber auch der Wahlsieg des demokratischen Präsidentschaftskandidaten in den USA dürfte handelspolitische Unsicherheiten auflösen.<sup>1</sup> Zudem dürften Störungen der internationalen Lieferketten aus dem Frühjahr behoben sein, und der Welthandel wird seine schnell voranschreitende Erholung voraussichtlich fortsetzen. Unter dem Strich dürften diese Entwicklungen die Investitionstätigkeit etwas anschieben.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich voraussichtlich nur allmählich erholen. Zwar verzeichneten viele Volkswirtschaften zuletzt einen Beschäftigungsaufbau. Dieser kompensiert in den meisten Fällen aber weniger als die Hälfte der Beschäftigungsverluste des ersten Halbjahrs. Auch die Arbeitslosenraten sind nach teilweise historisch einzigartigen Anstiegen in vielen Ländern wieder gesunken, liegen aber oftmals noch deutlich über dem Vorkrisenniveau. In einigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist durch das Auslaufen der Soforthilfen für Unternehmen, beispielsweise die Zahlung von Kurzarbeitergeld, mit einem erneuten

<sup>1</sup> Vgl. den dritten Bericht in diesem Heft: Paul Berenberg-Gossler et al. (2020): Trumps protektionistische Handelspolitik hat ihre Ziele verfehlt. DIW Wochenbericht Nr. 50.

Tabelle

**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft**  
In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent								2019	2020	2021	2022
	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022				
Euroraum	1,3	-7,5	4,8	2,9	1,3	0,0	0,8	1,3	7,5	8,2	9,8	9,5
ohne Deutschland	1,6	-8,4	4,5	2,9	1,2	-0,2	0,4	1,2	9,5	9,9	12,4	12,1
Frankreich	1,5	-9,7	5,2	2,8	1,1	0,6	0,7	1,1	8,5	7,9	10,5	10,6
Italien	0,3	-9,2	4,4	2,9	0,6	-0,1	0,5	1,3	9,9	9,4	11,1	11,0
Spanien	2,0	-11,3	5,9	3,6	0,7	-0,2	0,8	1,1	14,1	15,8	18,8	17,7
Niederlande	1,6	-5,2	2,1	2,0	2,7	1,1	1,3	1,4	3,4	4,4	6,5	6,1
Vereinigtes Königreich	1,3	-10,0	4,7	2,7	1,7	1,0	0,9	1,6	3,8	4,4	6,7	6,3
USA	2,2	-3,5	3,9	3,0	1,9	1,3	2,3	2,0	3,6	7,6	6,4	5,3
Japan	0,7	-5,2	2,6	1,2	0,6	0,0	0,2	0,6	2,4	2,9	2,7	2,5
Südkorea	2,0	-1,0	3,0	2,8	0,4	0,6	1,3	1,4	3,7	3,9	4,1	3,7
Mittel- und Osteuropa	4,1	-4,7	5,4	4,0	2,7	3,2	3,0	2,6	3,3	3,8	4,2	3,7
Türkei	1,0	0,4	2,5	3,1	15,2	11,6	10,7	10,0	13,7	14,5	14,3	13,3
Russland	1,3	-3,7	2,6	1,9	4,5	3,3	3,9	3,4	4,6	6,0	5,9	4,8
China	6,2	1,8	9,0	5,8	2,4	3,6	2,9	3,0	4,1	4,1	4,1	4,1
Indien	4,7	-9,8	9,2	7,9	3,7	6,2	4,4	4,0				
Brasilien	1,1	-5,0	5,9	2,0	3,8	3,1	4,7	3,5	11,9	13,4	12,5	11,5
Mexiko	-0,3	-8,6	4,5	2,2	3,4	3,4	3,4	3,3	3,5	4,6	5,1	4,0
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	1,7	-5,1	3,9	2,7	1,5	0,8	1,6	1,6	4,5	6,7	6,7	6,0
Schwellenländer	4,5	-2,4	7,8	5,4	3,6	4,5	3,9	3,7	5,2	5,6	5,6	5,2
Welt	3,4	-3,4	6,3	4,4	2,8	3,0	3,0	2,9	4,9	6,1	6,0	5,5

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Wintergrundlinien 2020.

© DIW Berlin 2020

Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Insgesamt dürften Einkommenseinbußen der Haushalte und deren anhaltende Verunsicherung über die zukünftige Einkommensentwicklung den privaten Verbrauch nach wie vor schwächen. Dies belegen vielerorts auch hohe Sparquoten.

Die schlechte Lage auf den Arbeitsmärkten wird wohl ebenfalls die Lohnentwicklung in vielen Volkswirtschaften belasten. Bei weiterhin niedrigen Energiepreisen ist vielerorts zunächst mit einer schwachen Konsumentenpreis-inflation zu rechnen, die im Zuge der Erholung und entsprechend anziehender Löhne allmählich steigen dürfte.

Insgesamt lässt die Corona-Pandemie die globale Produktion in diesem Jahr um 3,4 Prozent schrumpfen (Tabelle). Der Erholungsprozess beginnt mit recht starken Raten von 6,3 im kommenden Jahr und 4,4 Prozent im Jahr 2022. Damit hebt das DIW Berlin seine Prognose für dieses Jahr um 0,6 Prozentpunkte an. Dies ist hauptsächlich auf die starken Aufholeffekte im dritten Quartal zurückzuführen. Im Jahr 2021 und 2022 rechnet das DIW Berlin mit jeweils rund einem halben Prozentpunkt höheren Zuwächsen.

Trotz der Aussicht auf einen baldigen Beginn der ersten Impfungen in einigen Ländern bleibt der kurzfristige Verlauf der Pandemie unsicher. Die Prognoseunsicherheit ist dementsprechend weiterhin überwiegend mit erheblichen

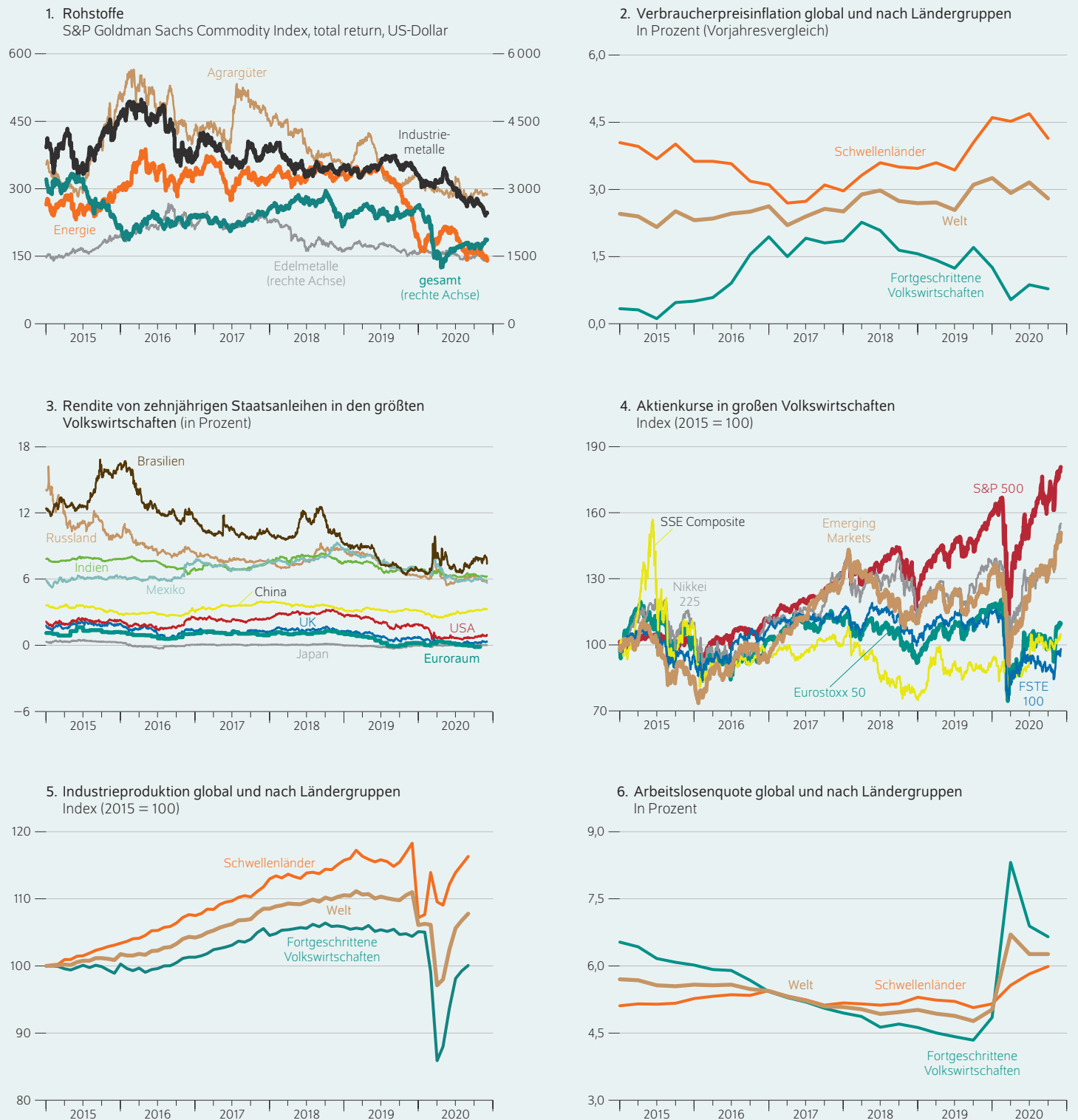
abwärtsgerichteten Risiken behaftet. So könnten die weltweiten Corona-Neuinfektionen trotz einsetzender Maßnahmenverschärfung weiterhin stark ansteigen und den Erholungsprozess verlangsamen. Dadurch würden strengere und bis ins nächste Jahr anhaltende Eindämmungsmaßnahmen nötig, die erneut zu erheblichen Einbrüchen der Wirtschaftsleistung führen (Kasten 1). Ein weiteres Risiko besteht darin, dass im kommenden Jahr die Unternehmens- und Privatsolvenzen stark steigen. Dies könnte zu erheblichen Kreditausfällen führen und im Zuge dessen die Finanzmärkte destabilisieren, was auch die Solvenz etlicher Staaten gefährden kann.

Eine schnellere Eindämmung der Pandemie durch eine rasche Verbreitung des Impfschutzes würde den globalen Aufschwung hingegen stärken. Der Erholungsprozess in Europa dürfte zudem erheblich ausgebremst werden, wenn ein Abkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich trotz sich abzeichnender Einigung bei den Verhandlungen doch noch platzt.



Abbildung 2

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld



Anmerkung: Letzte Beobachtungen: 26. August 2020 (Abbildungsteile 1 bis 3); 1. Juli 2020 (Abbildungsteile 4 bis 6).

Quellen: S&P Dow Jones Indices (Abbildungsteil 1); Deutsche Börse; CBOE (Abbildungsteil 2); EZB; PboC; Federal Reserve; BoE; BOJ; Central Bank of Brazil (Abbildungsteil 3); Bureau of Labor Statistics (Abbildungsteil 4); IHS Markit (Abbildungsteil 5); Macrobond (Abbildungsteil 6).

Kasten 1

**Szenariorechnung: Wenn sich die Pandemie zum Jahreswechsel verschärft**

Seit Herbstbeginn steigen in vielen bevölkerungsreichen Volkswirtschaften die Neuinfektionen wieder stark an. Vor allem in Europa, aber auch in den Vereinigten Staaten und einigen lateinamerikanischen Ländern liegt die Zahl der Neuinfektionen auf neuen Höchstständen (Abbildung 1). Zwar scheint es bei der Entwicklung von wirksamen Impfstoffen zu Durchbrüchen gekommen zu sein. Allerdings dürfte der Aufbau einer ausreichenden Immunität der Bevölkerung global gesehen Jahre dauern.

In vielen Ländern Europas wurden bereits wieder weitreichende Infektionsschutzmaßnahmen aus dem Frühjahr ergriffen: Reise- und Kontaktbeschränkungen oder Lockdowns. Mit den rapide ansteigenden Neuinfektionen und entsprechenden Eindämmungsmaßnahmen und/oder Verhaltensänderungen ist das öffentliche Leben vielerorts wieder eingeschränkt. So dürfte die Teilnahme von Personen am öffentlichen Leben zuletzt rückläufig sein, wie es bereits bei Indikatoren zur Mobilität ersichtlich ist (Abbildung 2).

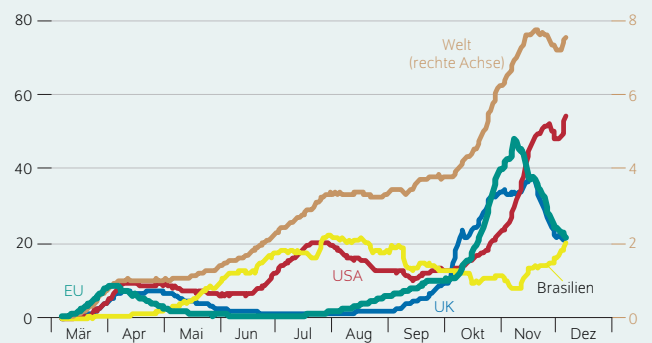
Die vorliegenden Wintergrundlinien unterliegen der Annahme, dass die bereits ergriffenen Maßnahmen ausreichen, um die Pandemie einzudämmen. Zudem wird ein unkontrollierter Anstieg der Neuinfektionen ausgeschlossen. Tatsächlich ist der weitere Verlauf der Corona-Ausbreitung kurzfristig allerdings sehr unsicher. Insbesondere kann sich zu Beginn des kommenden Jahres die globale Virusausbreitung weiter beschleunigen, was vielerorts zusätzliche Eindämmungsmaßnahmen und weitere Verhaltensanpassungen mit sich bringen würde.

Um die zusätzlichen Wachstumseinbußen einer solchen Verschärfung für die Weltwirtschaft abzuschätzen, wird hier ein Prognoseverfahren eines vektorautoregressiven Modells (VAR-Modell) verwendet.<sup>1</sup> Da es in der Vergangenheit kaum vergleichbare Ereignisse wie die Corona-Pandemie gegeben hat, basieren aussagekräftige Prognosen makroökonomischer Größen zum einen auf Informationen aus Prognosefehlern dieses Jahres und zum anderen auf Annahmen über den Pandemieverlauf. So wird zunächst ein VAR-Modell mit logarithmierten Daten zum globalen Bruttoinlandsprodukt (Weltbank), zu globalen Konsumentenpreisen (Weltbank) und Renditen von zehnjährigen US-Staatsanleihen (Federal Reserve Bank of San Francisco) auf Quartalsfrequenz von 1991 bis zum ersten Quartal 2020 mit vier Verzögerungen geschätzt. Auf Basis dieser Schätzung wird eine Prognose bis zum Jahresende des Jahres 2022 erstellt. Zusätzlich wird ein Pandemieschock und dessen Wirkung im Zeitverlauf auf die Modellvariablen mit Hilfe des Prognosefehlers aus dem zweiten und dritten Quartal dieses Jahres und einer Annahme über den Schockverlauf geschätzt und auf die Prognose aufgeschlagen. So entsteht eine szenariobasierte Vorhersage, die die bereits ersichtlichen Wirkungen der Pandemie erhöht.

<sup>1</sup> Basierend auf der Studie von Giorgio E. Primiceri und Andrea Tambalotti (2020): Macroeconomic Forecasting in the Time of COVID-19. Manuscript, Northwestern University (online verfügbar).

Abbildung 1

**Corona-Neuinfektionen in ausgewählten Ländern und Regionen**  
Tägliche Veränderung der Infektionszahlen je 100 000 Einwohner, wöchentlicher gleitender Durchschnitt



Quelle: WHO; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Im Herbst hat sich die Zahl der Neuinfektionen stark erhöht.

Das hier unterstellte pessimistische Szenario nimmt an, dass der Pandemieschock im zweiten Quartal 2020 eingetreten ist. Der Schock ist anfänglich auf Eins normiert. Die Annahmen über den weiteren Schockverlauf wurden von aktuellen Mobilitätsdaten abgeleitet. So wird angenommen, dass der Schock im dritten Quartal dieses Jahres auf 0,15 zurückfällt und im vierten Quartal auf 0,25 steigt (Abbildung 3).

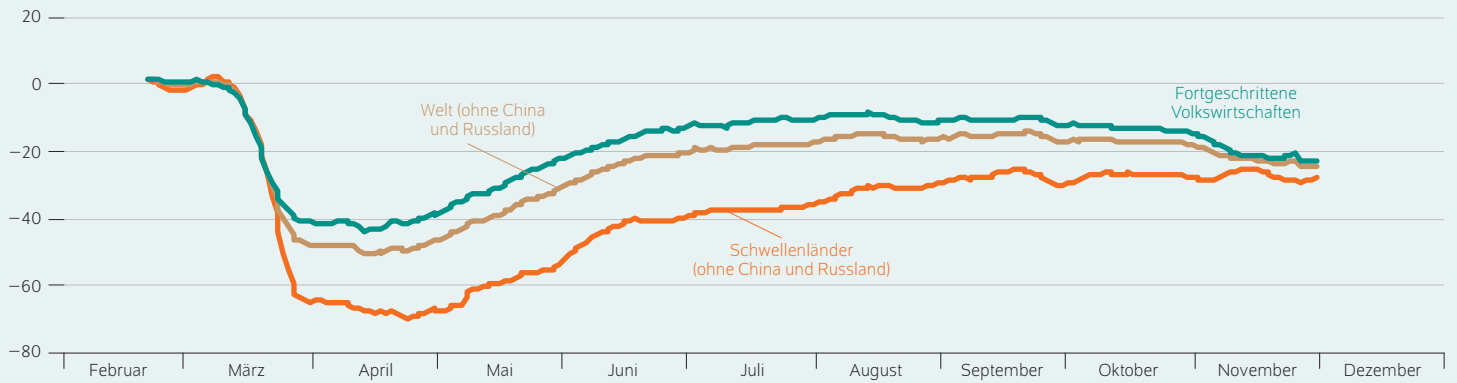
Es wird im weiteren Verlauf unterstellt, dass sich zu Beginn des kommenden Jahres die Pandemie und die entsprechenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens weiter verschärfen. Die Mobilitätseinschränkungen dürften annahmegemäß ungefähr halb so umfangreich sein wie im zweiten Quartal 2020. Nach dem ersten Quartal 2021 wird mit zunehmender Pandemie-Eindämmung ein allmählicher Anstieg der Mobilität unterstellt.

Die auf diesem pessimistischen Szenario basierende Prognose deutet einen merklich verlangsamten Erholungsprozess in Form eines W an (Abbildung 4). Im Vergleich zum Pandemieverlauf, der dieser Prognose unterstellt ist, wird das globale Bruttoinlandsprodukt durch einen pessimistischeren Verlauf im kommenden Jahr 1,7 und im Jahr 2022 1,9 Prozentpunkte weniger wachsen.

Abbildung 2

**Rückgang der Mobilität\* in ausgewählten Regionen**

Abweichung von Basismobilität\*\* in Prozent (gleitender siebentägiger Durchschnitt)



Quelle: Google; eigene Berechnungen.

\* Mobilitätsdaten stammen von NutzerInnen weltweit und Nutzern, die sich für ihr Google-Konto bei LocationHistory angemeldet haben, gemessen für Orte mit Dienstleistungen (Freizeit und Einzelhandel). Für China und Russland liegen keine Daten vor.

\*\* Die prozentualen Änderungen für jeden Tag werden mit dem Basiswert für diesen Wochentag verglichen. Der Basiswert entspricht dem Medianwert für den entsprechenden Wochentag während des Zeitraums von 3. Januar bis 6. Februar 2020. Ländergruppen sind gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 nach Kaufkraftparität gewichtet.

© DIW Berlin 2020

Zuletzt verringerte sich die Mobilität vor allem in fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

Abbildung 3

**Schockverlauf im pessimistischen Szenario**

Pandemieschock indexiert (2. Quartal = 1)



Quelle: Eigene Berechnungen.

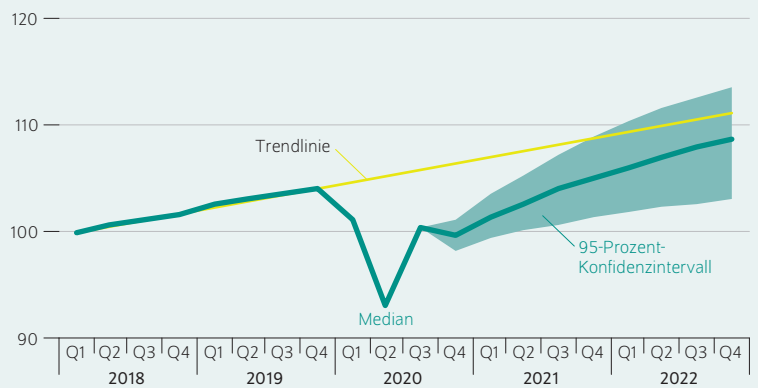
© DIW Berlin 2020

Im pessimistischen Szenario wird eine weitere Verschärfung der Pandemie zu Jahresbeginn angenommen.

Abbildung 4

**Globales Bruttoinlandsprodukt im pessimistischen Szenario**

Indexiert (1.1.2018 = 100)



Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Bei einer weiteren Verschärfung der Pandemie dürfte das globale Bruttoinlandsprodukt bis Ende 2022 noch deutlich unter dem langfristigen Wachstumspfad liegen.

## USA: Erholung der Wirtschaft setzt sich abgeschwächt fort

Im dritten Quartal 2020 hat das Bruttoinlandsprodukt der USA im Vergleich zum Vorquartal um 7,4 Prozent (annualisiert um 33,1 Prozent) zugelegt, nachdem es im ersten Halbjahr pandemiebedingt eingebrochen war.

Der private Konsum und die Investitionen stützten das Wachstum. Die Binnennachfrage stieg um 8,4 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. Die erhöhte Binnennachfrage schlug sich ebenfalls auf die Importe nieder, die um 17,6 Prozent zulegten. Auch der Export legte zu, allerdings mit 12,4 Prozent deutlich weniger als die Importe, so dass der Außenhandelsbeitrag insgesamt negativ war und das Wachstum im dritten Quartal belastete. Im Zuge der binnenwirtschaftlichen Erholung verbesserte sich auch das Geschäftsklima kontinuierlich seit Juni 2020. Damit wurde die corona-bedingte Eintrübung der unternehmerischen Stimmung teils wieder wettgemacht.

Während der US-Arbeitsmarkt am Jahresanfang mit einer Arbeitslosenrate von weniger als vier Prozent nahezu Vollbeschäftigung erreichte, stieg die Quote im dritten Quartal auf 7,9 Prozent. Die Arbeitslosigkeit dürfte zwar im vierten Quartal 2020 mit dem Abbau der Eindämmungsmaßnahmen wieder leicht auf 7,1 Prozent sinken. Erst in den Jahren 2021 und 2022 dürfte sie aber wieder graduell abnehmen.

Gestützt wird die wirtschaftliche Erholung durch die expansive Geldpolitik. So liegt der Leitzins seit März 2020 bei fast null Prozent, und es werden umfangreiche Wertpapierkäufe durchgeführt. Die Geldpolitik wird über den Prognosezeitraum wohl expansiv ausgerichtet bleiben.<sup>2</sup> Zusätzlich plant die neue Biden-Administration, die Handelsbeziehungen mit traditionellen Handelspartnern, wie Kanada, Mexiko und der EU, zu verbessern. Zudem dürften die von Biden angekündigten Infrastrukturinvestitionen die US-Wirtschaft anschieben.

Allerdings bleibt die Perspektive vor allem durch einen potenziell schlechten Pandemieverlauf eingetrübt.<sup>3</sup> Zudem macht die derzeitige politische Blockade im US-Senat weitere Konjunkturmaßnahmen kurzfristig unmöglich.<sup>4</sup> Da die amerikanische Zentralbank aber bereits knapp an der unteren Grenze nomineller Zinssätze angekommen ist, ist es fraglich, wie sehr die expansive Geldpolitik längerfristig ohne zusätzliche Konjunkturmaßnahmen die Wirtschaft stützen kann.

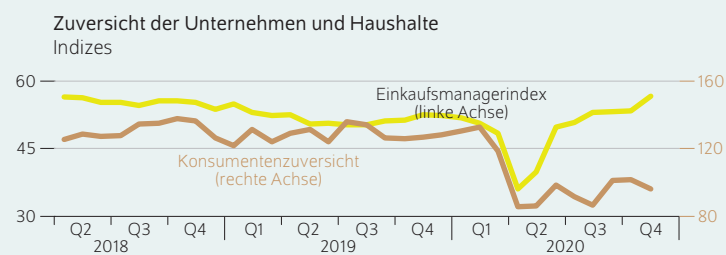
Auch der Handelsstreit zwischen China und den USA schwelt weiterhin – trotz des „Phase-One“-Abkommens, das die von Trump geplanten Zollerhöhungen auf unbestimmte Zeit verschob oder senkte.<sup>5</sup> Aber auch unter dem neuen Präsidenten Joe Biden wird der Handelsstreit mit China wohl nicht rasch beigelegt werden können.

Die Zuwächse im dritten Quartal konnten die Einbrüche der Wirtschaftsleistung durch die Corona-Krise noch nicht vollständig kompensieren. Alles in allem wird die US-Wirtschaft im laufenden Jahr wohl um 3,5 Prozent schrumpfen. Die Wachstumsrate im vierten Quartal 2020 dürfte bei 1,0 Prozent im Vergleich zum dritten Quartal liegen. In den Jahren 2021 und 2022 werden die Wachstumsraten wohl 3,9 beziehungsweise 3,0 Prozent erreichen.

### USA auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren



	2019	Prognose		
		2020	2021	2022
BIP-Wachstum (Prozent)	2,2	-3,5	3,9	3,0
Inflationsrate (Prozent)	1,9	1,3	2,3	2,0
Arbeitslosenrate (Prozent)	3,6	7,6	6,4	5,3



Anmerkung: Letzte Beobachtung am 12. Dezember 2020.

Quellen: Markt; The Conference Board; DIW Wintergrundlinien 2020.

© DIW Berlin 2020

<sup>2</sup> Seit dem 27. August verfolgt die amerikanische Zentralbank eine überarbeitete geldpolitische Strategie, die nun ein durchschnittliches Inflationsziel anpeilt. Damit kann sie zukünftig ein längeres moderates Überschießen der Inflationsrate über dieses durchschnittliche Inflationsziel zulassen, um ein vorangegangenes Unterschneiden zu kompensieren. Das Inflationsziel für den Index der privaten Konsumausgaben liegt aber nach wie vor bei zwei Prozent. Außerdem hat die US-Notenbank Fed angekündigt, den expansiven geldpolitischen Kurs fortzuführen, bis wieder Vollbeschäftigung erreicht ist. Vgl. Richard H. Clarida (2020): U.S. Economic Outlook and Monetary Policy. Rede am 14. Oktober 2020 (online verfügbar, abgerufen am 26. November 2020). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt.

<sup>3</sup> Die Sieben-Tage-Inzidenz (neuinfizierte Personen pro 100 000 Personen) ist weltweit immer noch eine der höchsten, auch wenn sie sich zuletzt stabilisiert hat. Die Trump-Administration hat aber bereits angekündigt, keine erneuten Lockdowns im Falle eines Anstiegs durchzuführen.

<sup>4</sup> Ohne eine demokratische Mehrheit im Senat, die sich erst im Januar mit den letzten Stichwahlen vor allem in Georgia entscheiden dürfte, werden zukünftige Konjunkturmaßnahmen wohl verhaltener ausfallen.

<sup>5</sup> Vgl. dritten Bericht in dieser Ausgabe: Paul Berenberg-Gossler et al. (2020): Trumps protektionistische Handelspolitik hat ihre Ziele verfehlt. DIW Wochenbericht Nr. 50.

### China: Exporte stützen langsame Rückkehr auf den Wachstumspfad

Das Bruttoinlandsprodukt Chinas hat im dritten Quartal 2020 um 2,7 Prozent zugelegt. Die Wirtschaftsleistung wurde vor allem durch starke Exporte, einen positiven Pandemieverlauf und fiskalpolitische Impulse in Höhe von 4,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts getrieben.<sup>6</sup> Besonders die weltweite Nachfrage nach medizinischen Gütern und die durch die Corona-Pandemie reduzierten Fertigungskapazitäten anderer Länder stützten die chinesischen Exporte. Dies wird seit Mai 2020 durch den starken Anstieg indirekter Indikatoren für chinesische Exporte, wie Frachtraten für Containerschiffe, eindrucksvoll untermauert.

Der Binnenkonsum hat noch nicht in gleichem Maße von dieser Entwicklung profitiert, auch wenn die Importe im Oktober im Jahresvergleich um 4,7 Prozent stiegen und die Kfz-Zulassungen fast wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Ebenso holen die Umsätze aus dem Einzelhandel aufgrund des anziehenden privaten Verbrauchs seit dem Einbruch Anfang 2020 schnell auf.

Das verbesserte Verbrauchervertrauen, die Aufwertung des Renminbi und die weiterhin sehr niedrige Konsumentenpreis-inflation stützen den Konsum der Haushalte. Die Inflationsraten verharren im Oktober auf einem elfjährigen Tief von 0,5 Prozentpunkten im Vergleich zum Vormonat, obgleich die chinesische Zentralbank seit Februar 2020 ihre Leitzinsen in mehreren Schritten von 4,15 Prozent auf 3,85 Prozent gesenkt hat. Zwar lässt dies noch einigen Spielraum für eine expansivere Geldpolitik, mit weiteren Zinsschritten ist aber zunächst nicht zu rechnen.


Die Risiken für ein abruptes Ende des Aufschwungs sind gering und bestehen hauptsächlich darin, dass die Auslandsnachfrage nachlässt, wenn sich die Pandemie in traditionellen Abnehmerregionen wie der EU oder den USA verschärft. Auch wenn sich die Handelsbeziehungen unter der neuen Biden-Administration höflicher gestalten könnten, so ist kein nennenswertes Abweichen der derzeitigen amerikanischen Position gegenüber China und keine deutlich andere Entwicklung der Auslandsnachfrage zu erwarten.

Angetrieben durch die Unsicherheiten in den Handelsbeziehungen mit den USA hat die chinesische Führung im letzten Quartal unter anderem ein neues Handelsabkommen unterschrieben. Das Regional-Comprehensive-Economic-Partnership-Abkommen (RCEP) umfasst 15 wichtige Länder im asiatisch-pazifischen Raum, die knapp ein Drittel des weltweiten Bruttoinlandsprodukts stellen.<sup>7</sup> Details zum Abkommen sind noch nicht bekannt, es dürfte aber Zölle unter Mitgliedsländern leicht senken und Handelsverfahren vereinfachen.

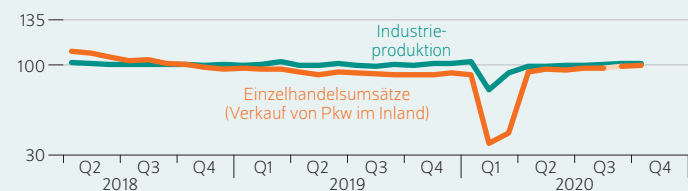
Die verschlechterten US-Handelsbeziehungen haben auch Einfluss auf Chinas wirtschaftspolitische Ziele. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas gab Ende Oktober Grundzüge des nächsten Fünfjahresplans (2021 bis 2025) und seine langfristigen Wirtschaftsziele bis 2035 bekannt. Hierbei setzt China vor allem auf größere Autonomie im Technologiebereich und möchte zukünftig Hochtechnologie, wie Mikrochips, selbst produzieren. Die Führung strebt an, innerhalb der nächsten 15 Jahre das Pro-Kopf-Einkommen auf das Level Polens zu heben und das reale Bruttoinlandsprodukt zu verdoppeln. Eine solche Verdoppelung würde eine durchschnittliche BIP-Wachstumsrate von knapp fünf Prozent pro Jahr erfordern.

Alles in allem wird das chinesische Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal um 1,6 Prozent im Vergleich zum dritten Quartal zunehmen. Das ergibt ein Wachstum von 1,8 Prozent für das Jahr 2020. In den Jahren 2021 und 2022 dürften die Wachstumsraten bei 9,0 und 5,8 Prozent liegen. Langfristig dürfte China also in seine Rolle als weltweiter Wachstumsmotor zurückkehren.

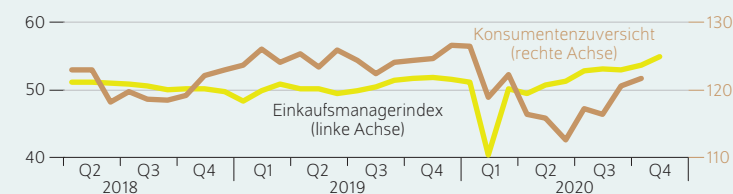
#### China auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren

	2019	Prognose		
		2020	2021	2022
 BIP-Wachstum (Prozent)	6,2	1,8	9,0	5,8
Inflationsrate (Prozent)	2,4	3,6	2,9	3,0
Arbeitslosenrate (Prozent)	4,1	4,1	4,1	4,1

Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätze zu konstanten Preisen Index (2015 = 100)



Zuversicht der Unternehmen und Haushalte Indizes



Anmerkung: Letzte Beobachtung am 12. Dezember 2020.

Quellen: Markit; The Conference Board; DIW Wintergrundlinien 2020.

<sup>6</sup> Policy Tracker des IWF (online verfügbar, abgerufen am 27. November 2020)

<sup>7</sup> Neben China gehören dazu Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland sowie Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam.

### Euroraum: Zweite Infektionswelle verlangsamt Aufschwung

Der Euroraum erholte sich im Sommer in großen Schritten von den Verlusten im zweiten Quartal. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im dritten Quartal um 12,5 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. Der Ausbruch der Corona-Pandemie und entsprechende Lockdowns der Mitgliedstaaten hatten in der ersten Jahreshälfte vor allem den privaten Verbrauch stark gesenkt. Umfangreiche Finanzpakete konnten die Einkommenseinbußen wohl zum Teil abfedern und die Kaufkraft der Haushalte stabilisieren, so dass mit den Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen über den Sommer auch der private Verbrauch deutlich stieg. Mitgliedsländer mit größeren Anteilen an personennahen Dienstleistungen in der Wertschöpfung, die besonders starke wirtschaftliche Verwerfungen durch die Lockdowns im Frühjahr erlitten, profitierten im Sommer erheblich von den Lockerungen. Etwas verhaltener als die Binnenwirtschaft der Währungsunion konnte sich ihr Außenhandel erholen. Zwar trugen die Nettoexporte zum Wachstum des dritten Quartals bei, allerdings erreichten vor allem die Ausfuhren noch nicht das Vorkrisenniveau.

Im vierten Quartal trüben das erneute Aufflammen der Corona-Pandemie und die in vielen Ländern stark verschärfte Eindämmungsmaßnahmen die Aussichten auf eine andauernde Erholung. Mit den fortschreitenden Lockerungen zogen die täglichen Zahlen der Neuinfektionen in vielen Mitgliedstaaten im September wieder an. Anfang Oktober überschritten die Neuinfektionen die Hochstände vom Frühjahr. Aus diesem Grund beschlossen viele Mitgliedstaaten Verschärfungen der Reise- und Kontaktbeschränkungen oder verhängten zweite Lockdowns, die in vielen Fällen allerdings weniger Bereiche des öffentlichen Lebens einschränken als die Eindämmungsmaßnahmen im Frühjahr.

Die französische Regierung hat am 30. Oktober das gesellschaftliche Leben landesweit auf die Erledigungen des täglichen Bedarfs beschränkt und touristische Aufenthalte untersagt. Seit dem 5. November stellt auch die italienische Regierung einzelne Regionen für mindestens 15 Tage unter einen strikten Lockdown, von der fast die Hälfte der Bevölkerung betroffen ist. Der Lockdown Spaniens im vierten Quartal gestaltet sich weniger stringent als in Italien und Frankreich. Für ganz Spanien wurde am 25. Oktober 2020 der Alarmzustand ausgerufen, der bis zum 9. Mai 2021 verlängert wurde. Dieser ermächtigt die autonomen Regionen, abhängig von der Infektionslage, nächtliche Ausgangssperren zu verhängen, Zusammenkünfte auf eine Personenzahl zu begrenzen und Bewegungsbeschränkungen für besonders betroffene Gebiete oder die gesamte Gebietskörperschaft durchzusetzen. Derzeit sind etwa 16 Millionen Spanier (35 Prozent der Landesbevölkerung) von einem sehr strikten Lockdown betroffen. Die Niederlande befinden sich seit dem 14. Oktober 2020 in einem Teil-Lockdown, der bis Mitte Januar 2021 andauern soll.

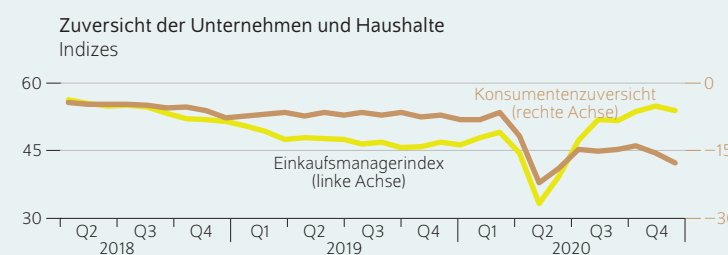
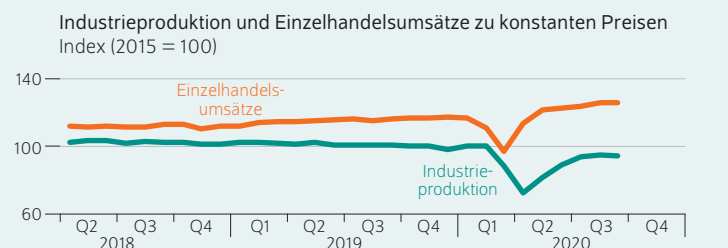
Unter dem erneuten Pandemiegeschehen litt die Stimmung der Unternehmen zuletzt deutlich. So fielen die Einkaufsmanagerindizes unter die Expansionsschwelle von 50 Punkten, was vor allem an den schlechten Aussichten für den Dienstleistungsbereich lag. Die Stimmung im verarbeitenden Gewerbe blieb hingegen vielerorts stabil. Auch die Zuversicht der Konsumentinnen und Konsumenten hat sich in Anbetracht der verschärfte Eindämmungsmaßnahmen in vielen Mitgliedstaaten wieder verschlechtert.

Die aktuellen Anti-Corona-Maßnahmen werden die Wirtschaft wohl im vierten Quartal weniger belasten als im Frühjahr, da sie in den meisten Ländern weniger rigide sind. Einerseits wird die Kinderbetreuung in vielen Mitgliedstaaten aufrechterhalten, andererseits dürfte es aufgrund der heterogenen Infektionsverläufe und unterschiedlichen Eindämmungsmaßnahmen weltweit nicht zu massiven Lieferkettenstörungen kommen wie im Frühjahr. Auch aktuell sind insbesondere personennahe Dienstleistungen von den Eindämmungsmaßnahmen betroffen. Vor allem die Gastronomie, die Kunst- und Kultur- sowie die Tourismusbranche können vielerorts ihre Dienstleistungen nicht oder nur in sehr beschränktem Maße anbieten.

Dennoch werden die mit den Maßnahmen verbundenen Einschränkungen den Erholungsprozess der Währungsunion

#### Euroraum auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren

	2019	Prognose		
		2020	2021	2022
BIP-Wachstum (Prozent)	1,3	-7,5	4,8	2,9
Inflationsrate (Prozent)	1,3	0,0	0,8	1,3
Arbeitslosenrate (Prozent)	7,5	8,2	9,8	9,5



Anmerkung: Letzte Beobachtung am 12. Dezember 2020.

Quellen: Markt; The Conference Board; DIW Wintergrundlinien 2020.

wohl verlangsamen. Gestützt werden dürfte die Erholung von der weiterhin sehr expansiv ausgerichteten Finanzpolitik. Für die Erholung in den kommenden Jahren hat die EU bereits das Aufbauprogramm „Next Generation EU“ aufgelegt.<sup>8</sup> Zur Unterstützung der Unternehmen und Haushalte während der Lockdowns im Herbst haben die nationalen Regierungen ihre finanzpolitischen Maßnahmen noch einmal ausgeweitet. Diese betreffen insbesondere das Kurzarbeitergeld, die finanzielle Unterstützung der von Einkommensausfällen betroffenen Selbstständigen und die Bereitstellung von Liquidität für Unternehmen. So dürften die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt im vierten Quartal nur bedingt sichtbar werden. Im kommenden Jahr, wenn die nationalen Arbeitsplatzerhaltungsmaßnahmen auslaufen, wird sich dies wohl in steigenden Arbeitslosenzahlen niederschlagen. Die Arbeitslosenrate dürfte erst im Jahr 2022 allmählich wieder sinken, wenn im Zuge einer sich verbessernden konjunkturellen Lage neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Bis zum Ende des Prognosezeitraums dürfte die Arbeitslosenrate jedoch in allen Staaten über dem Vorkrisenniveau liegen.

Der private Konsum wird im vierten Quartal 2020 voraussichtlich deutlich zurückgehen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert sich wohl nur allmählich, und die Unsicherheit über zukünftiges Einkommen dürfte zunächst andauern, was den privaten Verbrauch wohl belasten wird. Stützend wirkt neben finanzpolitischen Hilfen auch eine weiterhin geringe Konsumentenpreis-inflation. Die geringere Teuerung und der Abbau der Einschränkungen dürften den privaten Verbrauch vermehrt anregen, so dass er in den Jahren 2021 und 2022 wohl zunehmend zum Wachstum beitragen wird.

Das verarbeitende Gewerbe dürfte neben dem Pandemiegeschehen auch von den Unwägbarkeiten um den EU-Austritt Großbritanniens belastet werden. Zum Jahreswechsel endet die Übergangsfrist zum Austritt Großbritanniens aus der EU. Zwar ist bisher noch kein Abkommen zwischen dem Inselstaat und der EU geschlossen worden, die Verhandlungen haben zuletzt aber Fortschritte gemacht. So wird in dieser Prognose unterstellt, dass es zu keinem harten Brexit kommt, sondern zu einer Einigung über ein Austrittsabkommen und einer kurzfristigen Verlängerung der Übergangsphase. Die zuletzt gestiegene Unsicherheit über einen harten Brexit dürfte zunächst bestehen bleiben, da selbst bei einer Einigung einige riskante politische Hürden zu bewältigen sind, an denen das Abkommen noch scheitern und ein harter Brexit trotz Einigung auftreten könnte (Kasten 2). Die im Zuge des Brexit entstandene Unsicherheit dürfte wohl vor allem die Investitionen, aber auch die Ausfuhren der Industrie zusätzlich belasten.

Hingegen dürfte der zuletzt leicht gefallene Außenwert des Euro die Ausfuhren der Währungsunion stützen. Zudem ist mit einer kräftigen Auslandsnachfrage von wichtigen Handelspartnern aus dem asiatischen Raum, wie China, zu rechnen.

Weiterhin hohe Unsicherheit bezüglich des zukünftigen Pandemieverlaufs dürfte die Investitions-laune der Unternehmen dämpfen. So wird die Investitionstätigkeit vor allem im ersten Halbjahr 2021 wohl noch zurückhaltend sein, solange Unternehmen mit geringerer Kapazitätsauslastung wirtschaften. Allerdings dürften die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen die Unternehmensinvestitionen begünstigen.

Trotz massiver geldpolitischer Impulse zeigen sich noch keine bedeutsamen Steigerungen bei der Konsumentenpreis-inflation. In Anbetracht der langsamen Erholung auf den Arbeitsmärkten und entsprechend nur allmählich anziehender Löhne dürften die Teuerungsraten in den meisten Ländern nur schleppend steigen. Damit einhergehend hat die EZB bereits angekündigt, ihren expansiven geldpolitischen Kurs fortzuführen und die bestehenden geldpolitischen Maßnahmen beizubehalten.

Alles in allem dürfte das verschlechterte Pandemiegeschehen und entsprechende Eindämmungsmaßnahmen die Wirtschaft im Euroraum vor allem zum Jahreswechsel belasten. Mit Eindämmung des Virus und Abbau der Infektionsschutzmaßnahmen dürfte sich die Produktion der Währungsunion allmählich erholen, so dass zum Ende des Jahres 2022 der langfristige Wachstumspfad wohl wieder erreicht sein wird. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt dieses Jahr deutlich um 7,5 Prozent schrumpfen. Im kommenden Jahr wird voraussichtlich ein Teil der Produktionsausfälle wieder aufgeholt werden, so dass das Bruttoinlandsprodukt 2021 um 4,8 Prozent und 2022 um 2,9 Prozent steigen dürfte.

Aufgrund der Unwägbarkeiten bezüglich des Pandemieverlaufs ist diese Prognose mit einer erhöhten Unsicherheit und vielen Risiken behaftet. Ein unkontrollierter Infektionsverlauf im Euroraum, aber auch erneute Infektionswellen bei Handelspartnern könnten die Wirtschaftskrise in einigen Ländern weiter vertiefen. Außerdem besteht die Gefahr, dass vermehrte Unternehmensinsolvenzen im kommenden Jahr die Erholung unterbrechen und das Bankensystem stark belasten sowie die Finanzmärkte destabilisieren. Zudem könnte ein unregelmäßiger Austritt Großbritanniens die Erholung merklich bremsen. Für eine raschere Erholung könnte eine schnelle Durchimpfung der Bevölkerung gegen das Corona-Virus sorgen.

<sup>8</sup> Das Aufbauminstrument „Next Generation EU“ soll den langfristigen EU-Haushalt der Jahre 2021 bis 2027 ergänzen. Die Europäische Kommission kann zu diesem Zweck Schuldtitel im Umfang bis zu 750 Milliarden Euro an den Kapitalmärkten emittieren, von denen 390 Milliarden Euro als Zuschüsse und 360 Milliarden Euro als Darlehen an die Mitgliedsländer zugeteilt werden. Ziel des Instruments ist sowohl die Unterstützung der Mitgliedsländer bei der Krisenbewältigung als auch die Stärkung des europäischen Binnenmarkts und die Beschleunigung eines ökologischen und digitalen Wandels. Ein zügiges Inkrafttreten des Instruments wurde zuletzt von Polen und Ungarn verhindert. Im Dezember soll erneut verhandelt werden.

## Kasten 2

**Die Folgen eines harten Brexit**

Seit dem 31. Januar 2020 ist das Vereinigte Königreich nicht mehr Mitglied der Europäischen Union. Seitdem verhandeln die beiden Parteien über einen Austrittsvertrag – mit Übergangsfrist bis zum 31. Dezember.

Im vergangenen Jahr konnte ein harter Brexit noch um Haaresbreite verhindert werden: Kurz vor dem eigentlichen Austrittsdatum, dem 31. Dezember 2019, wurde im Oktober ein geändertes Austrittsabkommen beschlossen und der Austritt auf den 31. Januar 2020 verschoben. Vorgezogene Neuwahlen am 12. Dezember 2019 bescherten der Conservative Party mit Boris Johnson an der Parteispitze die absolute Mehrheit. Mit der Zustimmung des Unterhauses, der Unterzeichnung des Brexit-Abkommens seitens des britischen Premiers und der EU-Spitze, der Ratifizierung des EU-Parlaments sowie der schriftlichen Zustimmung durch die EU-Mitgliedstaaten ist Großbritannien am 31. Januar 2020 aus der EU ausgetreten. Seitdem gilt das Brexit-Übergangsgesetz, dessen Ziel es ist, die Partnerschaft zwischen der EU und Großbritannien nicht abrupt enden zu lassen und Rahmenbedingungen während einer einjährigen Verhandlungsphase über die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Inselstaat zu erhalten. So gilt für das Vereinigte Königreich bis zum 31. Dezember 2020 weiterhin das EU-Recht, und der Inselstaat bleibt bis dahin Teil des EU-Binnenmarkts und der EU-Zollunion.

**Auch nach Annäherung kann es noch zu hartem Brexit kommen**

Die seit März und trotz Coronakrise regelmäßig stattfindenden Verhandlungsrunden führten zunächst zu keinem Ergebnis. Stichtag für eine Einigung war der 10. Dezember, wenn der EU-Rat zum letzten Mal in diesem Jahr tagt. Erst zwei Tage vor diesem Stichtag signalisierte der britische Premier Verhandlungsbereitschaft, vor allem bei dem umstrittenen Binnenmarktgesetz, das die im Austrittsvertrag festgehaltenen Regelungen zu Zoll- und Qualitätskontrollen an der Grenze von Nordirland und der Republik Irland aushebeln würde. So ist ein Abkommen doch noch wahrscheinlich.

Beidseitig gibt es Bestrebungen zu einem zoll- und abgabefreien Handel. Die EU signalisierte bislang, dass sie sich nur auf einen uneingeschränkten Handel einließe, wenn sich der britische Partner an europäische Produktstandards und anderen EU-Regularien im Arbeitsrecht sowie Sozial- und Umweltbereichen hält. Großbritannien hingegen möchte die bisherige enge Bindung an EU-Regularien deutlich lockern und forderte ähnliche Bedingungen ein, wie sie die EU bereits Kanada im Rahmen des CETA gewährt hatte. Ein weiterer Streitpunkt ist der Zugang zu britischen Gewässern für EU-Fischfangflotten.

Bei einer Einigung und einer kurzen Verlängerung der Übergangsfrist bleiben recht hohe Risiken, dass das Abkommen dennoch scheitert. Sollte das Abkommen auch Regularien zu Dienstleistungen, Finanzgeschäften, Daten oder Investitionsschutz enthalten, müsste es auch von den nationalen Parlamenten der EU-Mitglied-

staaten beschlossen werden. Dass sich eine Zustimmung über alle Ebenen dadurch potenziell verzögert und ein Abkommen im ersten Anlauf unwahrscheinlich ist, zeigte der Einspruch des walлонischen Regionalparlaments zum Abkommen zwischen der EU und Kanada.

**Auswirkungen eines unregulierten Brexit**

Im Falle eines Austritts des Vereinigten Königreichs ohne Abkommen treten ab dem 1. Januar 2021 die grundlegenden Zollregelungen der Welthandelsorganisation (WTO) in Kraft. Auf einen Großteil der zwischen der EU und Großbritannien gehandelten Waren würden Zölle anfallen, und auch Grenzkontrollen würden wieder notwendig. Neben dem Handel von Gütern und Dienstleistungen sind auch finanzwirtschaftliche Transaktionen und die Freizügigkeit von Personen zwischen den Ländern<sup>1</sup> von einem unregulierten Brexit betroffen. Obwohl die europäischen und britischen Unternehmen fast das gesamte Jahr zur Vorbereitung auf einen harten Brexit hatten, dürfte es im Falle eines harten Brexit zu großen wirtschaftlichen Folgen wie Lieferkettenstörungen vor allem für das Vereinigte Königreich kommen.

So dürfte nach Schätzungen die britische Produktion im kommenden Jahr um rund zwei Prozentpunkte weniger wachsen, als es mit unveränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Fall gewesen wäre.<sup>2</sup> Zusätzlich dürfte eine deutliche Abwertung des britischen Pfund die Einfuhrpreise ins Vereinigte Königreich erhöhen. Folglich ist mit einem direkten Rückgang der Exporte ins Vereinigte Königreich zu rechnen.

Schätzungen des DIW Berlin<sup>3</sup> und Simulationen, die im Rahmen der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2019<sup>4</sup> erstellt wurden, gehen davon aus, dass ein harter Brexit zwar das Wachstum im Euroraum belasten, jedoch nicht zu einem dramatischen Einbruch der Konjunktur führen würde. Im Vergleich zu einem Szenario mit Handelsabkommen dürfte das Wachstum im Euroraum im Falle eines harten Brexit im kommenden Jahr um 0,2 Prozentpunkte und im Jahr 2022 um 0,3 Prozentpunkte niedriger ausfallen.

<sup>1</sup> ArbeitnehmerInnen und deren Familienangehörige, die sich bis zum 1. Januar 2021 für mindestens fünf aufeinanderfolgende Jahre in ihrem Gastland aufgehalten haben, erhalten eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung. Für alle anderen gilt eine Übergangsfrist bis zum 30. Juni 2021. Bis dahin müssen sich EU-BürgerInnen im Vereinigten Königreich für das „EU-Settlement Scheme“ registrieren und BürgerInnen des Vereinigten Königreichs in ihrem EU-Gastland einen Antrag auf Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung stellen. Dieser kann für Fachkräfte auch über die Beantragung der EU Blue Card erfolgen.

<sup>2</sup> Vgl. OECD (2016): The economic consequences of Brexit: A taxing decision. OECD Economic Policy Paper No. 16, April; Arno Hantsche, Amit Kara und Garry Young (2019): Update: Modelling the short- and long-run Impact of Brexit: NiGEM Observations No. 14. National Institute of Economic and Social Research; Massimiliano Pisani und Filippo V. Cafferelli (2018): What will Brexit mean for the British and euro area economies? A model-based assessment of trade regimes. Bank of Italy working paper 116; IMF (2019): Growth Slowdown, Precarious Recovery. World Economic Outlook, April 2019.

<sup>3</sup> Vgl. Claus Michelsen et al. (2019): Weltwirtschaft und Euroraum: Unsicherheiten lasten auf Außenhandel und Industrie: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2019. DIW Wochenbericht Nr. 37 (online verfügbar).

<sup>4</sup> Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2019): Industrie in der Rezession – Wachstumskräfte schwinden, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2019. Halle (Saale), Kasten 1.2, 19.



### Vereinigtes Königreich: Brexit bremst Erholung enorm

Von einem niedrigen Niveau kommend hat die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs im dritten Quartal stark aufgeholt. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs um rund 15 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. Ähnlich wie in anderen Ländern Europas trieben auch hier die Lockerungen der Reise- und Kontaktbeschränkungen den privaten Verbrauch, insbesondere von personennahen Dienstleistungen. Die von der britischen Regierung im Frühjahr beschlossenen umfangreichen finanzpolitischen Hilfspakete dürften die Kaufkraft der Haushalte stabilisiert haben, und so trug der private Konsum einen erheblichen Teil zum Wachstum über die Sommermonate bei. Gestützt wurde die Erholung auch von Unternehmensinvestitionen, die ebenfalls von den finanzpolitischen Hilfen, aber auch sehr günstigen Finanzierungsbedingungen profitiert haben dürften.

Nachdem die Neuinfektionen im Oktober rapide angestiegen waren, ordnete die britische Regierung Anfang November einen vierwöchigen abgemilderten Lockdown an: Es wurden strenge Eindämmungsmaßnahmen verhängt. So wurden beispielsweise die Gastronomie und Teile des Einzelhandels und Freizeitgewerbes geschlossen. Dieser Teillockdown dürfte in der britischen Wirtschaft deutlich geringere Spuren hinterlassen als die rigiden Einschränkungen im Frühjahr. Im Gegensatz zum Frühjahr blieben nun Schulen offen, und Arbeitsstätten in den nicht von den Schließungen betroffenen Branchen konnten weiterhin aufgesucht werden. Zudem hat die Regierung die finanzpolitischen Hilfen aus dem Frühjahr verlängert oder ausgeweitet, was unternehmerische Verluste und Einkommenseinbußen zum Teil abfedern dürfte. Trotzdem trübte der erneute Lockdown die Stimmung britischer Unternehmen und privater Haushalte. So lag beispielsweise der Einkaufsmanagerindex im November wieder deutlich unterhalb der Expansionsschwelle von 50.

Obwohl die Neuinfektionen deutlich rückläufig sind und die Eindämmungsmaßnahmen annahmegemäß ab dem kommenden Jahr schrittweise abgebaut werden, wird die Erholung der britischen Wirtschaft schleppend verlaufen.

In Anbetracht der großen wirtschaftlichen Verluste scheint der Arbeitsmarkt bislang vergleichsweise glimpflich davon gekommen zu sein. Die Arbeitslosenrate lag zuletzt bei knapp unter fünf Prozent und damit deutlich unter dem Niveau von rund acht Prozent während der Finanzkrise. Arbeitsplätze dürften vor allem durch das Programm Coronavirus Job Retention (CJR), das britische Äquivalent zum Kurzarbeitergeld, erhalten geblieben sein. So wurden im Mai rund 30 Prozent der Erwerbspersonen durch das Programm unterstützt, was ungefähr neun Millionen Arbeitsplätzen entspricht. Ende Oktober waren es noch rund 1,75 Millionen Arbeitsplätze.<sup>9</sup> Obwohl das CJR-Programm im Zuge der erneuten Lockdowns noch einmal verlängert wurde, ist bis

ins kommende Jahr damit zu rechnen, dass die Arbeitslosenrate stark ansteigt. Dies dürfte die Einkommen der Haushalte zusätzlich belasten und den privaten Verbrauch dämpfen. Die nur allmähliche Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt dürfte auch die Lohnentwicklung belasten. So ist mit einer weiterhin recht niedrigen Konsumentenpreis-inflation zu rechnen. Aufgrund der anhaltend schwachen Inflation hat die britische Notenbank bereits angekündigt, ihren expansiven geldpolitischen Kurs beizubehalten.

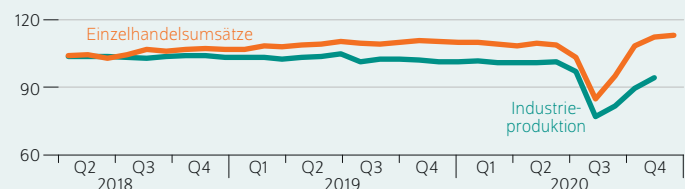
Alles in allem senkt die Corona-Krise die Produktion des Vereinigten Königreichs in diesem Jahr um 10,0 Prozent. In den Jahren 2021 und 2022 ist auch aufgrund des harten Brexits nur mit geringen Zuwächsen des Bruttoinlandsprodukts von 4,7 im kommenden Jahr und 2,7 im Jahr 2022 zu rechnen. Der Erholungsprozess hängt aber maßgeblich von der endgültigen Einigung zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU ab (Kasten 2)

#### UK auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren

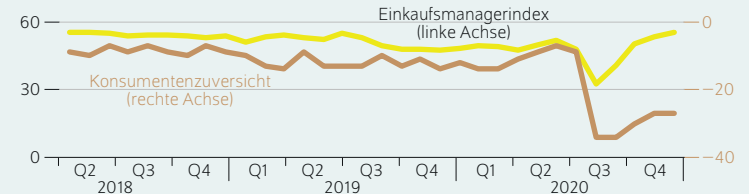


	2019	Prognose		
		2020	2021	2022
BIP-Wachstum (Prozent)	1,3	-10,0	4,7	2,7
Inflationsrate (Prozent)	1,3	1,0	0,9	1,6
Arbeitslosenrate (Prozent)	3,8	4,4	6,7	6,3

Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätze zu konstanten Preisen  
Index (2015 = 100)



Zuversicht der Unternehmen und Haushalte  
Indizes



Anmerkung: Letzte Beobachtung am 12. Dezember 2020.

Quellen: Markit; The Conference Board; DIW Wintergrundlinien 2020.

<sup>9</sup> Vgl. Monetary Policy Report, November 2020, Bank of England (online verfügbar).

## Mittel- und Osteuropa: Zweite Corona-Welle trifft Region hart

Die Länder Mittel- und Osteuropas konnten nach einem frühzeitigen und meist umfassenden Lockdown im Frühjahr die Corona-Pandemie zunächst eindämmen. Im dritten Quartal erholte sich die Wirtschaft deutlich, allerdings in Rumänien und Bulgarien weniger stark als in den anderen Ländern. Im Spätsommer stiegen die Fallzahlen wieder, besonders stark in Tschechien. Hier wurden daraufhin zum 5. Oktober der nationale Notstand ausgerufen und strikte Eindämmungsmaßnahmen angeordnet, die erst Anfang Dezember gelockert wurden.<sup>10</sup> Die anderen Länder folgten angesichts steigender Neuinfektionen im November meist

mit zusätzlichen Anti-Corona-Maßnahmen.<sup>11</sup> Die erneuten Einschränkungen dürften im Schlussquartal den privaten Konsum dämpfen. So bleibt das Konsumentenvertrauen in der Region eingetrübt. Der Anstieg der Arbeitslosenquote konnte unter anderem durch Kurzarbeitergeld begrenzt werden. Am stärksten war er in Bulgarien; dort stieg die Quote um zwei Prozentpunkte auf sechs Prozent. Für die Unternehmen hat sich die Lage gegen Jahresende offenbar verschlechtert. Zwar stieg noch im Oktober der Einkaufsmangerindex in Tschechien und Polen über die Expansionschwelle. Daten von Ende November zum Geschäftsklima des tschechischen und des polnischen statistischen Amtes weisen allerdings über alle Bereiche hinweg (verarbeiten-des Gewerbe, Bauwirtschaft, Handel und Dienstleistungen) eine deutlich negative Tendenz auf.<sup>12</sup>

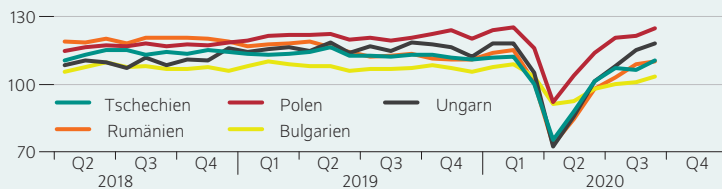
**10** In Tschechien durften nur Geschäfte des Grundbedarfs öffnen; Schulen waren geschlossen. Die Sieben-Tage-Inzidenz (neuinfizierte Personen der letzten sieben Tage pro 100 000 Personen) stieg bis Ende Oktober auf 840 und fiel bis Ende November auf 300. Mitte November wurde das Anti-Epidemie-System „PES“ (dt. Hund) eingeführt. Auf der Grundlage von verschiedenen, für die Ausbreitung der Pandemie zentralen Werten werden ein Indikator mit einer Skala von 0 bis 100 und fünf Risiko- und Reaktionsstufen ermittelt. Zum 3. Dezember wurde auf Stufe 3 zurückgestuft. Vgl. Ministry of Health of the Czech Republic, Covid-19 epidemic in the Czech Republic (online verfügbar).

Die in den Ländern zu Beginn der Pandemie aufgelegten staatlichen Hilfsprogramme<sup>13</sup> wurden in den letzten Monaten teilweise verlängert (unter anderem das Kurzarbeitergeld) sowie um Unterstützungen für spezielle Bereiche und Branchen ergänzt. Dies dürfte die Kaufkraft und die Investitionen in der Region im weiteren Verlauf stützen. Die mittel- und osteuropäischen Länder, allen voran Polen, erhalten zudem Fördermittel aus Fonds der Europäischen Union. Restmittel der Förderperiode 2014 bis 2020 können sie im Prognosezeitraum noch abrufen. Zudem werden sie wohl Mittel aus dem EU-Aufbauplan erhalten.<sup>14</sup> Dies dürfte eine Belebung der Wirtschaft im Prognosezeitraum unterstützen. In Reiseländern wie Bulgarien und Tschechien dürfte zudem nach der Pandemie der Tourismus wieder anziehen. Das Bruttoinlandsprodukt wird in der Region im laufenden Jahr wohl um 4,7 sinken, im Jahr 2021 um 5,4 sowie im Jahr 2022 um 4,0 steigen.

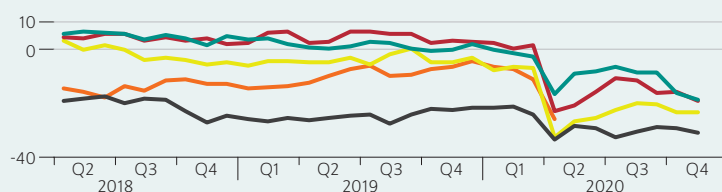
### Mittel- und Osteuropa auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren

	2019	Prognose		
		2020	2021	2022
BIP-Wachstum (Prozent)	4,1	-4,7	5,4	4,0
Inflationsrate (Prozent)	2,7	3,2	3,0	2,6
Arbeitslosenrate (Prozent)	3,3	3,8	4,2	3,7

Industrieproduktion ausgewählter MOE-Länder zu konstanten Preisen  
Index (2015 = 100)



Zuversicht der Haushalte in ausgewählten MOE-Ländern  
Indizes



Anmerkung: Letzte Beobachtung am 12. Dezember 2020.

Quellen: Markt; The Conference Board; DIW Wintergrundlinien 2020.

© DIW Berlin 2020

**11** In Polen wurden bereits Ende Oktober stärkere Einschränkungen beschlossen, die Anfang November zunächst verschärft, Ende November aber wieder etwas gelockert wurden. Die Sieben-Tage-Inzidenz ging zwar zurück, erreichte Anfang Dezember aber immer noch 300; auch die Todesfälle waren deutlich gestiegen. Die Sieben-Tage-Inzidenz in Rumänien und Bulgarien lag bei 270 beziehungsweise 290. In Rumänien wurde am 9. November ein Teillockdown angeordnet (unter anderem Schulschließung, nächtliche Ausgangssperre). Bulgarien hatte am 12. November zunächst weitere Einschränkungen eingeführt und Ende November einen Teillockdown angeordnet. In Ungarn waren Anfang November weitere Einschränkungen (unter anderem Ausgangsbeschränkungen) umgesetzt worden; die Sieben-Tage-Inzidenz ist hingegen bis Anfang Dezember auf über 400 gestiegen.

**12** Statistics Poland (2020): Business tendency in manufacturing, construction, trade and services. 20. November (online verfügbar); Czech Statistical Office (2020): Business cycle survey. Overall confidence in the economy still decreases. 24. November (online verfügbar). Auch das rumänische statistische Amt berichtet in seinen Short-term Surveys über negative Tendenzen im verarbeitenden Gewerbe, in der Bauwirtschaft und bei den Dienstleistungen. Vgl. National Institute of Statistics Romania (2020): Trends in the Evolution of the Economic Activity in the Period November 2020—January 2021. Pressemitteilung vom 27. November (online verfügbar).

**13** Vgl. Claus Michelsen et al. (2020): Pandemie stürzt Weltwirtschaft in tiefe Rezession. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2020. DIW Wochenbericht Nr. 24, 416 (online verfügbar).

**14** Eine Einigung über den EU-Haushalt für die Förderperiode 2021–2027 sowie den speziellen Corona-Rettungsfonds (insgesamt 1,8 Billionen Euro) steht noch aus. Polen und Ungarn verweigern ihre Zustimmung, da sie den sogenannten Rechtsstaatsmechanismus ablehnen.

## Russland: Wachstum bleibt auch mit Abklingen der Pandemie schwach

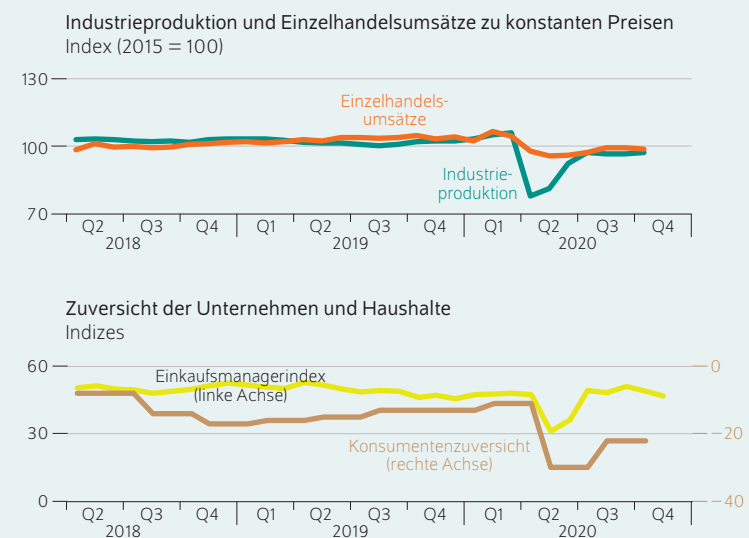
Im Zeitraum Januar bis Oktober ist das russische Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,6 Prozent gesunken.<sup>15</sup> Dieser Rückgang erscheint moderat, ist doch Russland – wie auch andere Ölexporture – durch den Ölpreisrückgang und die direkten Folgen der Corona-Pandemie gleichzeitig betroffen.<sup>16</sup> Russland weist weltweit die höchste absolute Zahl an Covid-19-Neuinfektionen auf. Die Sieben-Tage-Inzidenz (Neuinfizierte der letzten sieben Tage pro 100 000 Personen) stieg ebenfalls und lag Anfang Dezember bei etwa 120 – und damit noch unter dem Niveau der meisten Länder der Europäischen Union. Auf regionaler Ebene wurden die Eindämmungsmaßnahmen im Herbst verstärkt, landesweit wurde aber kein (Teil-) Lockdown verhängt.<sup>17</sup>

Im Oktober hat sich die Lage im verarbeitenden Gewerbe eingetrübt; der Einkaufsmanagerindex ist weiter gesunken. Die Arbeitslosigkeit verharrt seit Sommer bei 6,3 Prozent. Der private Verbrauch dürfte sich zuletzt stabilisiert haben. So standen leicht gestiegene Einzelhandelsumsätze etwas gesunkenen Dienstleistungen gegenüber.

Aufgrund des globalen Ölpreisrückgangs und der im April beschlossenen Förderkürzungen der OPEC+ waren die russischen Exporterlöse zunächst zurückgegangen; im Laufe des Sommers sind Ölpreis und Fördermenge etwas gestiegen, so dass die Erlöse im zweiten Halbjahr wieder zulegen dürften. Ausfälle der öffentlichen Haushalte aus dem Ölgeschäft können über den Nationalen Wohlstandsfonds in einem vorgegebenen Rahmen ausgeglichen werden.<sup>18</sup> Mindereinnahmen im Nichtölsektor und Mehrausgaben durch die Pandemie lasten auf dem Haushalt. Allerdings bleibt im

## Russland auf einen Blick: Prognose und Frühindikatoren

	2019	Prognose		
		2020	2021	2022
BIP-Wachstum (Prozent)	1,3	-3,7	2,6	1,9
Inflationsrate (Prozent)	4,5	3,3	3,9	3,4
Arbeitslosenrate (Prozent)	4,6	6,0	5,9	4,8



Anmerkung: Letzte Beobachtung am 12. Dezember 2020.

Quellen: Markit; The Conference Board; DIW Wintergrundlinien 2020.

© DIW Berlin 2020

<sup>15</sup> Ministerstvo ekonomiceskoj ravitija Rossijskoj Federacii, 20. nojabrja 2020 g, Kartina delovoj aktivnosti za oktjabr' 2020 goda (online verfügbar).

<sup>16</sup> Vgl. Dawud Ansari und Hella Engerer (2020): Corona-Pandemie und gesunkene Ölpreise setzen Golfstaaten unter Druck. DIW Wochenbericht Nr. 48, 881–888 (online verfügbar).

<sup>17</sup> Über Eindämmungsmaßnahmen entscheiden die Regionen. In einigen Landesteilen – unter anderem in Sibirien – ist die Lage im Gesundheitssektor angespannt. In Moskau und Petersburg wurden Mitte November weitere Einschränkungen angeordnet.

<sup>18</sup> Gemäß der Fiskalregeln orientieren sich Einsparungen und Entnahmen des Nationalen Wohlstandsfonds unter anderem an der Baseline-Annahme für den Ölpreis. Liegt der Ölpreis unter der Baseline-Annahme, dürfen Ausfälle im Haushalt ausgeglichen werden, aber nur solange das Volumen des Wohlstandsfonds fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht unterschreitet.

Ansatz zum föderalen Haushalt das Defizit im Jahr 2021 auf 2,4 Prozent und in den beiden Folgejahren auf 1,0 Prozent und 1,1 Prozent begrenzt. Die russische Zentralbank hat im Herbst keine weitere Zinssenkung beschlossen; regulatorische Lockerungen bei der Kreditvergabe wurden verlängert.

Nach einem Rückgang im laufenden Jahr von wohl 3,7 Prozent dürfte das russische Bruttoinlandsprodukt 2021 um 2,6 und 2022 um 1,9 Prozent zunehmen.

## WELTWIRTSCHAFT

---

**Claus Michelsen** ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin |  
cmichelsen@diw.de

**Paul Berenberg-Gossler** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung  
Konjunkturpolitik am DIW Berlin | pberenberggossler@diw.de

**Geraldine Dany-Knedlik** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilungen  
Makroökonomie und Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

**Hella Engerer** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung  
Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

**Sandra Pasch** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung  
Konjunkturpolitik am DIW Berlin | spasch@diw.de

**JEL:** E32, E66, F01

**Keywords:** Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 50/2020:

[www.diw.de/diw\\_weekly](http://www.diw.de/diw_weekly)





# Deutsche Wirtschaft: Hoffnung trotz Rückschlag zum Jahresende

Von Claus Michelsen, Paul Berenberg-Gossler, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker und Laura Pagenhardt

## ABSTRACT

Die deutsche Wirtschaft wird von der Corona-Pandemie erneut ausgebremst: Nachdem sich die Produktion im Sommer unerwartet stark erholt und weite Teile der Einbußen aus dem Frühjahr wettgemacht wurden, folgt nun ein Rückschlag: Die zweite Infektionswelle hat das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben wieder stark eingeschränkt. Im Schlussquartal dieses Jahres wird die deutsche Wirtschaft daher voraussichtlich erneut schrumpfen. Wenn man – wie für diese Prognose angenommen – das Infektionsgeschehen im Laufe des Winters in den Griff bekommt, besteht jedoch Hoffnung auf eine baldige Erholung. In diesem Fall erreicht die deutsche Wirtschaft gegen Ende des Jahres 2021 wieder ihr Vorkrisenniveau. Das Risiko, dass es anders kommt, ist jedoch beträchtlich: Wenn die Infektionswelle länger anhält als angenommen, dürfte die Erholung im Frühjahr ausbleiben. In der Folge würden möglicherweise viele Unternehmen und sogar Banken in erhebliche Schieflage geraten. Dies könnte eine noch tiefere Wirtschaftskrise nach sich ziehen. Hoffnung machen allerdings die Erfolge in der Entwicklung und Auslieferung von Impfstoffen.

Die Corona-Pandemie nimmt weiterhin maßgeblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Das erneute Aufflammen der Infektionsdynamik seit dem Herbst setzt der gerade erst eingesetzten kräftigen Erholung in Deutschland ein vorläufiges Ende. Haushalte und Unternehmen agieren wieder vorsichtiger, reduzieren soziale Kontakte und verzichten beispielsweise auf Freizeitaktivitäten – dadurch erleiden einige Branchen empfindliche Umsatzeinbußen. Wie auch in vielen anderen Ländern verstärkt die Regierung dies durch staatliche Einschränkungen.

In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass durch all diese Maßnahmen das Infektionsgeschehen rasch eingedämmt wird, ab Mitte Januar die Einschränkungen nach und nach entschärft werden und die Aussicht auf einen Impfstoff die Zuversicht der Wirtschaftsakteure stärkt.

Unter diesen günstigen Voraussetzungen dürfte die deutsche Wirtschaft im Schlussquartal zwar erneut schrumpfen, ab dem ersten Quartal des Jahres 2021 aber auf den Erholungspfad zurückkehren. Wie im Sommer dürfte der Wegfall der Lockdown-Maßnahmen bis zur Jahresmitte mit einem kräftigen Aufholwachstum einhergehen. Einem Minus bei der Wirtschaftsleistung von 5,1 Prozent in diesem Jahr folgt ein entsprechend kräftiger Zuwachs von 5,3 Prozent im kommenden Jahr (Abbildung 1). Mit einem Plus von gut zweieinhalb Prozent im Jahr 2022 sind die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten dann wieder normal ausgelastet (Abbildung 2). Gelingt die zügige Eindämmung der zweiten Infektionswelle nicht und ziehen sich die Einschränkungen weit in den Frühling des kommenden Jahres, könnte die Wirtschaftsleistung in Deutschland im Jahr 2021 um anderthalb Prozentpunkte geringer ausfallen als im optimistischeren Szenario.

Ein ungünstigeres Infektionsgeschehen ist durchaus denkbar. Die Maßnahmen gegen die Pandemie müssten dann länger aufrechterhalten werden und würden eine Erholung in den betroffenen Branchen in weitere Ferne rücken. Mit länger andauernden Umsatzeinbußen stiege zudem das Risiko von Insolvenzen. Diese sind aufgrund der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und der staatlichen Hilfsmaßnahmen bisher zwar ausgeblieben. Die Eigenkapitalausstattung

Abbildung 1

**Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten**  
Saison- und arbeitstaglich bereinigter Verlauf



DIW Wintergrundlinien 2020. Prognose ab dem vierten Quartal 2020.

Tabelle 1

**Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts**

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2020				2021				2022			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	-2,3	-11,1	10,8	-0,7	2,0	2,6	1,9	1,4	0,7	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Konsumausgaben	0,8	2,2	0,8	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-0,4	-6,6	3,6	0,0	1,7	1,6	1,3	1,1	1,0	0,8	0,5	0,5
Ausrüstungen	5,1	-4,3	-2,0	0,9	1,2	1,0	1,0	0,9	0,7	0,6	0,3	0,3
Bauten	-7,0	-15,1	16,0	-2,0	3,0	3,0	2,0	1,5	1,5	1,0	0,7	0,7
Sonstige Investitionen	-4,1	0,6	1,9	0,8	0,9	0,8	0,8	0,8	0,9	0,8	0,8	0,8
Lagerveränderung <sup>1</sup>	0,0	-0,1	-2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-1,2	-7,2	4,7	-0,2	1,6	1,9	1,4	1,1	0,7	0,5	0,4	0,4
Außenbeitrag <sup>1</sup>	-0,8	-2,9	3,9	-0,2	0,3	0,4	-0,3	-0,3	-0,2	0,0	0,0	0,0
Export	-3,3	-20,5	18,1	-2,6	3,1	3,0	1,7	1,5	1,0	0,7	0,6	0,3
Import	-1,9	-15,9	9,1	-2,4	2,7	3,4	3,5	2,6	1,6	0,8	0,6	0,4
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>-1,9</b>	<b>-9,8</b>	<b>8,5</b>	<b>-0,5</b>	<b>1,8</b>	<b>2,2</b>	<b>1,0</b>	<b>0,7</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>
<b>Bruttowertschöpfung</b>	<b>-1,5</b>	<b>-10,4</b>	<b>8,0</b>	<b>-0,5</b>	<b>1,8</b>	<b>2,2</b>	<b>1,0</b>	<b>0,7</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>
Verarbeitendes Gewerbe	-3,8	-18,3	14,0	1,6	2,4	3,0	1,5	0,9	0,8	0,8	0,7	0,7
Baugewerbe	4,8	-3,1	-4,7	1,8	1,2	1,0	1,0	0,9	0,7	0,6	0,3	0,3
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-1,2	-14,2	13,8	-4,8	2,4	4,5	1,5	0,9	0,7	0,5	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	-1,9	-12,0	6,1	-1,5	2,8	2,6	1,0	0,7	0,4	0,3	0,3	0,3
Öff. Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	-0,9	-8,2	9,5	2,6	1,1	1,0	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3

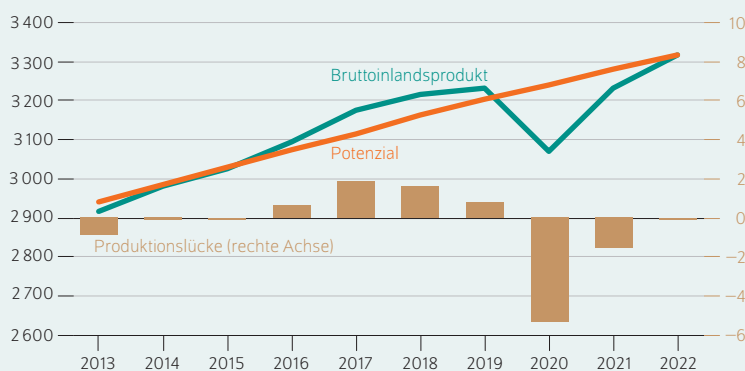
1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2020. Prognose ab dem vierten Quartal 2020.

© DIW Berlin 2020

Abbildung 2

**Bruttoinlandsprodukt und Potenzial bzw. Produktionslücke**  
In Milliarden Euro bzw. Prozent des Potenzials



Quellen: Statistisches Bundesamt, EU-Kommission; DIW Wintergrundlinien 2020.

© DIW Berlin 2020

Die Produktionskapazitäten bleiben bis 2022 unterausgelastet.

vieler Unternehmen dürfte sich aber bereits seit dem Frühjahr deutlich verschlechtert haben und auch der Rückschlag im vierten Quartal wird Spuren hinterlassen. Eine Insolvenzwellen würde Kapital brachlegen, das erst nach und nach anderweitig verwendet werden kann. Zudem verlören Arbeitskräfte in den betroffenen Unternehmen ihren Arbeitsplatz – auch wenn viele davon bereits heute in Kurzarbeit sind, würde dies

das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen merklich belasten und über die wegfallenden Arbeitseinkommen Folgewirkungen in der Nachfrage von Waren und Dienstleistungen nach sich ziehen. Auch wird hier davon ausgegangen, dass die mutmaßlich hohe Zahl von Quarantänefällen wirtschaftlich nicht ins Gewicht fällt. Im Oktober und November zusammen wurden in Deutschland mit 780 000 Neuinfektionen jedoch bereits acht Mal so viele Menschen positiv auf das Corona-Virus getestet wie im Durchschnitt der vorangegangenen Quartale. Diese verbringen bis zu zwei Wochen in Quarantäne, verbunden mit einem Arbeitsausfall bei all jenen, die nicht im Home-Office arbeiten können. Hinzu kommen direkte Kontaktpersonen, die ebenfalls von Quarantäneregelungen betroffen sind. All dies fließt nicht in die hier vorgestellte Prognose ein.

Indes dürfte die zweite Welle die wirtschaftliche Entwicklung hierzulande insgesamt weniger belasten als im Frühjahr (Tabelle 1). Zum einen sind die Einschränkungen geringer als damals. So bleiben etwa Schulen und Kitas sowie der Handel geöffnet. Nicht zuletzt die Schließung dieser Bereiche hatte im März und April spürbar gebremst. Am stärksten vom neuerlichen Lockdown betroffen sind konsumorientierte Dienstleistungsbereiche wie das Gastgewerbe oder die Kultur- und Veranstaltungsszene. Die Industrie hingegen dürfte weniger stark in Mitleidenschaft gezogen werden als im ersten Halbjahr – nicht zuletzt, weil die Unternehmen mittlerweile wohl besser auf potentielle Lieferengpässe vorbereitet sind. Massiv eingebrochen war im Frühjahr zudem die Kfz-Industrie; anders als damals dürften aber im



Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	2,6	1,3	0,6	-5,1	5,3	2,6
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	44 262	44 868	45 269	44 813	44 737	45 052
Erwerbslose, ILO	1 621	1 468	1 373	1 838	1 818	1 666
Arbeitslose, BA	2 533	2 340	2 267	2 703	2 679	2 424
Erwerbslosenquote, ILO <sup>2</sup>	3,8	3,4	3,2	4,4	4,3	4,0
Arbeitslosenquote, BA <sup>2</sup>	5,7	5,2	5,0	5,9	5,9	5,3
Verbraucherpreise <sup>3</sup>	1,5	1,8	1,4	0,5	1,6	1,6
Lohnstückkosten <sup>4</sup>	1,1	2,8	3,2	3,7	-2,6	1,6
Finanzierungssaldo des Staates <sup>5</sup>						
in Milliarden Euro	44	62	52	-186	-146	-78
in Prozent des BIP	1,4	1,8	1,5	-5,6	-4,1	-2,1
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	7,8	7,4	7,1	7,0	7,5	6,8

1 In Preisen des Vorjahres.  
 2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).  
 3 Verbraucherpreisindex.  
 4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.  
 5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Wintergrundlinien 2020. Prognose ab 2020.

© DIW Berlin 2020

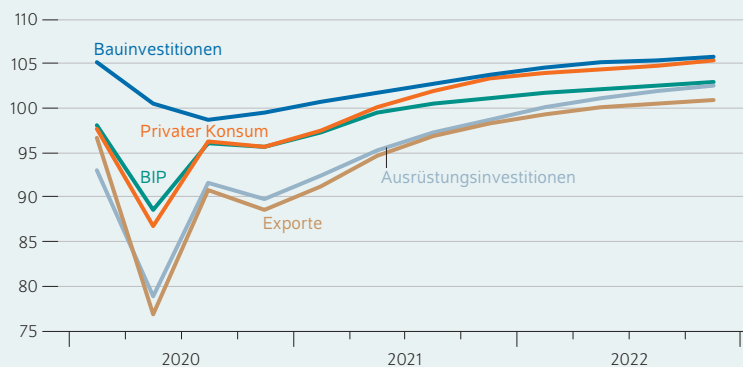
Schlussquartal die inländischen Umsätze nicht wegfallen, denn derzeit belebt die vorübergehende Mehrwertsteuer-senkung die Nachfrage sichtbar. Zum anderen sinkt die Auslandsnachfrage zwar deutlich, aber bei Weitem nicht so drastisch wie im Frühjahr. Der sinkenden Wirtschaftsleistung im Schlussquartal dürften die Unternehmen wie im Frühjahr vor allem mit Kurzarbeit begegnen. Diese dürften im November und Dezember zusammengenommen mehrere hunderttausend Personen zusätzlich in Anspruch nehmen. Die Beschäftigung – hier trifft es vor allem die MinijobberInnen – gibt hingegen in weitaus geringerem Maße nach.

Ab dem Jahreswechsel dürfte sich die Weltkonjunktur mit den vielerorts allmählichen Lockerungen der Beschränkungen und der Hoffnung auf ein Ende der Pandemie aufhellen und die deutschen Exporte anschieben. Dennoch werden diese wohl erst im späten Prognoseverlauf wieder ihr Vorkrisenniveau erreichen (Abbildung 3). Die auf Investitionen ausgerichtete deutsche Exportwirtschaft wird gedämpft, weil sich die Unternehmensinvestitionen – hierzulande wie auch weltweit – angesichts des tiefsitzenden Corona-Schocks nur allmählich erholen. Der private Konsum dagegen wird nach der Zwangspause vom vierten Quartal kräftig zulegen, auch weil dank der entschlossenen Wirtschaftspolitik<sup>1</sup> die verfügbaren Einkommen stabilisiert werden konnten.

Der Erholungspfad zeichnet sich auch auf dem Arbeitsmarkt ab: Die Kurzarbeit wird ab dem Jahreswechsel merklich abgebaut und auch die Erwerbstätigenzahlen werden nach

Abbildung 3

Reale Entwicklung der Nachfragekomponenten Index, Vorkrisenniveau (viertes Quartal 2019) = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2020

Der Konsum erholt sich rasch, die Exporte und Investitionen hingegen nur mühsam.

dem Rücksetzer vom Schlussquartal dank eines Aufbaus im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wieder steigen. Die Corona-Krise hat dagegen die Abwärtstrends bei den MinijobberInnen<sup>2</sup> und vor allem bei den Selbstständigen<sup>3</sup> verstärkt – hier dürfte die Beschäftigung dauerhaft niedriger sein. Die Arbeitslosigkeit verharrt im jahresdurchschnittlichen Vergleich im kommenden Jahr zwar noch in etwa auf dem diesjährigen Wert von 5,9 Prozent,

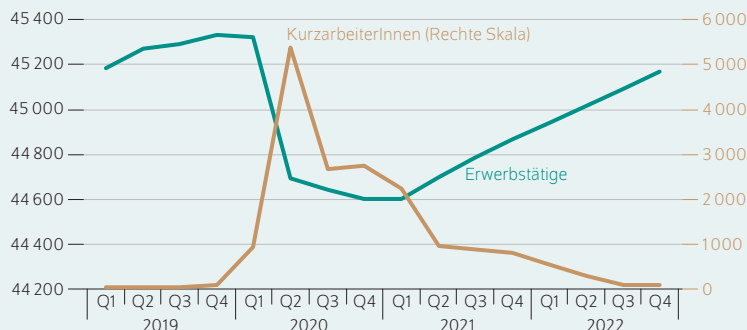
1 Vgl. zu den Auswirkungen des Konjunkturprogramms und seiner Einzelkomponenten Marius Clemens, Simon Junker und Claus Michelsen (2020): Konjunkturelle Effekte der finanzpolitischen Maßnahmen des Konjunkturprogramms. DIW Politikberatung kompakt Nr. 156, III (online verfügbar; abgerufen am 8. Dezember 2020). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.

2 Vgl. Markus M. Grabka, Carsten Braband und Konstantin Göbler (2020): Beschäftigte in Minijobs sind VerliererInnen der coronabedingten Rezession. DIW Wochenbericht Nr. 45, 841-847 (online verfügbar).

3 Vgl. Alexander Kritikos, Daniel Graeber und Johannes Seebauer (2020): Corona-Pandemie wird zur Krise für Selbstständige. DIW aktuell Nr. 47 (online verfügbar).

Abbildung 4

**Beschäftigung und Kurzarbeit**  
Personen in Tausend



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; DIW Wintergrundlinien 2020.

© DIW Berlin 2020

Nach einer Delle zum Jahreswechsel 2010/21 wird die Kurzarbeit abgebaut.

sinkt dann aber im Jahr 2022 auf 5,3 Prozent (Tabelle 2). Die Löhne legen unter dem Eindruck der Krise vorerst nur verhalten zu, in der Summe ziehen sie aber wieder an.

Das Staatsdefizit dürfte nicht zuletzt wegen der Hilfs- und Konjunkturmaßnahmen in diesem Jahr auf einen Rekordwert von 186 Milliarden Euro hochschnellen. Da viele Maßnahmen auch in den kommenden Jahren mit nennenswerten Ausgaben verbunden sind, vor allem bei den Subventionen, bleibt das Defizit in den öffentlichen Kassen auch im kommenden Jahr mit 146 Milliarden Euro und im Jahr 2022 mit 78 Milliarden Euro beträchtlich. Die Staatsschuldenquote dürfte dieses und nächstes Jahr auf etwa 69 beziehungsweise 71 Prozent steigen, im Jahr 2022 aber wieder sinken.

**Arbeitsmarkt: Kurzarbeit verhindert Schlimmeres**

Im zweiten Quartal dieses Jahres waren 44,7 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig, 627 000 weniger als noch ein Quartal zuvor. Die Zahl der KurzarbeiterInnen hat sich von einer knappen Million im ersten Quartal auf 5,4 Millionen im zweiten mehr als verfünffacht. Da in Kurzarbeit Beschäftigte einen Teil ihrer Arbeitszeit weiterarbeiten, fällt weniger Arbeitsvolumen weg als im Fall von Kündigungen. Dennoch hätten die Unternehmen rechnerisch zwei Millionen Entlassungen vornehmen müssen, um den Arbeitseinsatz genauso zu reduzieren wie durch Kurzarbeit; dies entspräche einem Beschäftigungsrückgang von 4,9 Prozent.

Damit haben die Unternehmen den größten Teil des zweistelligen Wertschöpfungseinbruchs über die Inanspruchnahme von Kurzarbeit aufgefangen. Weniger Spielraum bestand offenbar bei der Anpassung der regulären Arbeitszeit: Nachdem die Arbeitgeber diese bereits im Auftaktquartal deutlich zurückgefahren hatten, reduzierten sie die Arbeitszeit im zweiten Quartal nur noch leicht. Hierbei kann auch eine Rolle gespielt haben, dass Gleitzeitkonten nicht mehr so

prall gefüllt waren wie noch wenige Jahren zuvor und kaum noch Überstunden anfielen, die hätten abgebaut werden können – die deutsche Wirtschaft befand sich schon vor Ausbruch der Pandemie in einem milden Abschwung. Gut ein Drittel des Einbruchs mussten die Unternehmen in Form von Produktivitätseinbußen hinnehmen, was an der Eigenkapitaldecke zehrt.

Dies spiegelte sich in der Aufholphase im dritten Quartal wider, als die Wertschöpfung um acht Prozent ausgeweitet wurde. Der erforderliche Arbeitseinsatz speiste sich vor allem aus der Rücknahme von Kurzarbeit – die Zahl der KurzarbeiterInnen halbierte sich. Hinzu kam eine Ausweitung der regulären Arbeitszeit. Auch die Beschäftigung stieg seit Juli – dies allerdings so verhalten, dass im dritten Quartal noch durchschnittlich 50 000 Menschen weniger erwerbstätig waren als im zweiten Vierteljahr.

Der Rückgang der Wertschöpfung im Schlussquartal wird sich ebenso vor allem in mehr Kurzarbeit widerspiegeln. Folgen die Unternehmen dem Muster des zweiten Quartals, dürfte der Anstieg rechnerisch der Entlassung von 100 000 Personen entsprechen. Die Zahl der KurzarbeiterInnen hängt aber wiederum vom Grad der Inanspruchnahme ab. Im Frühjahr haben von Kurzarbeit Betroffene durchschnittlich 43 Prozent ihrer regulären Arbeitszeit ausgesetzt, im dritten Quartal waren es mit 35 Prozent deutlich weniger. Dass der Grad der Kurzarbeit einen historischen Rekord verzeichnete, lag auch daran, dass die Kurzarbeit während des Lockdowns in der Breite der Wirtschaft genutzt wurde und vor allem in Branchen wie dem Einzelhandel und dem Gastgewerbe, in denen der Arbeitsausfall besonders hoch war. Da diese Branchen auch im erneuten Lockdown betroffen sind, wird der Kurzarbeitsgrad wohl erneut steigen – ausgegangen wird hier von 38 Prozent. Damit dürfte die Zahl der KurzarbeiterInnen im Durchschnitt des vierten Quartals bei 2,7 Millionen liegen. Dass diese Zahl nicht höher ausfällt, liegt allerdings am niedrigen Niveau im Herbst – kräftige Anstiege im November und Dezember kehren den bis dato angelegten Abbau um (Abbildung 4). Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte im Schlussquartal etwas sinken, um rund 40 000 Personen; der jüngste Aufwärtstrend wird durch spürbare Rücksetzer zum Jahresende unterbrochen.<sup>4</sup> Dabei schlägt auch zu Buche, dass die Selbstständigkeit weiter sinkt.

Ab dem Auftaktquartal 2021 wird der einsetzende Aufholprozess auch den Arbeitsmarkt beflügeln: Die Zahl der KurzarbeiterInnen wird rasch zurückgehen und der Beschäftigungsaufbau Fahrt aufnehmen. Die Perspektive auf ein baldiges Ende der Pandemie dürfte zu dynamischeren Einstellungen führen als im Sommer 2020, zumal sich die Zahl der KurzarbeiterInnen dann wohl auf einem spürbar

<sup>4</sup> Die Zahl der Erwerbstätigen war bis Oktober wieder allmählich gestiegen; ohne weitere Änderung ergäbe sich ein Quartalszuwachs um 40 000 Personen. In den verbleibenden beiden Monaten dürfte die Zahl aber deutlich sinken. Dies gilt auch für den November, wengleich die Arbeitslosigkeit bis dahin noch gesunken war. Auch im ersten Lockdown im März ging eine um über 100 000 Personen geringere Erwerbstätigenzahl mit einer noch vergleichsweise günstigen Entwicklung der Arbeitslosenzahlen einher – diese stiegen erst verzögert spürbar.

niedrigeren Niveau befindet. Im Durchschnitt des Jahres wird die Zahl der Erwerbstätigen wohl dennoch um 75 000 niedriger liegen als in diesem Jahr; im Jahr 2022 ist mit einem Plus von gut 300 000 Personen zu rechnen. Unter dem Strich erreicht die Zahl der Erwerbstätigen wohl auch zum Ende des Prognosezeitraums nicht das Vorkrisenniveau. Dabei dürfte sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung günstig entwickeln (Abbildung 5) und Ende 2022 rund eine Viertelmillion über dem Vorkrisenniveau liegen. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse werden dagegen wohl nur verhalten aufgebaut und das Vorkrisenniveau nicht mehr erreichen. Deutlich unter dem Wert vom Jahresbeginn 2020 dürfte die Zahl der Selbstständigen liegen; der ohnehin rückläufige Trend wird durch die Corona-Krise verstärkt.

Nach einem zwischenzeitlichen Anstieg zum Jahresende dürfte die Arbeitslosigkeit ab dem Jahreswechsel sinken. Spiegelbildlich zur Erwerbstätigkeit wird die Zahl der Arbeitslosen jedoch auch noch nicht wieder auf das Ausgangsniveau sinken. Vom hohen Niveau zum Jahresende 2020 erholt sich die Arbeitslosigkeit nur langsam, so dass auch im Durchschnitt des kommenden Jahres in etwa so viele Arbeitslose zu verzeichnen sein dürften wie im Durchschnitt dieses Jahres. Die Zahl der Arbeitslosen wird dieses Jahr fast eine halbe Million höher liegen als im vergangenen Jahr, bei 2,7 Millionen – dies entspricht einer Quote von 5,9 Prozent. Bis 2022 sinkt die Arbeitslosenzahl auf etwa 2,4 Millionen (5,3 Prozent).

Die Löhne dürften in diesem Umfeld zunächst nur verhalten steigen. Je ArbeitnehmerIn gerechnet sinken die Effektivverdienste in diesem Jahr sogar, um 0,9 Prozent. Dies liegt vor allem an dem massiven Einsatz von Kurzarbeit; durch das Kurzarbeitergeld wird indes ein guter Teil des geringeren Lohneinkommens kompensiert. Im kommenden Jahr ziehen die Löhne dann im Zuge der sich aufhellenden Konjunktur wieder an. Der Zuwachs von knapp drei Prozent spiegelt allerdings auch den deutlichen Rückgang der Kurzarbeit wider. Im Jahr 2022 dürften die Löhne um gut drei Prozent zulegen.

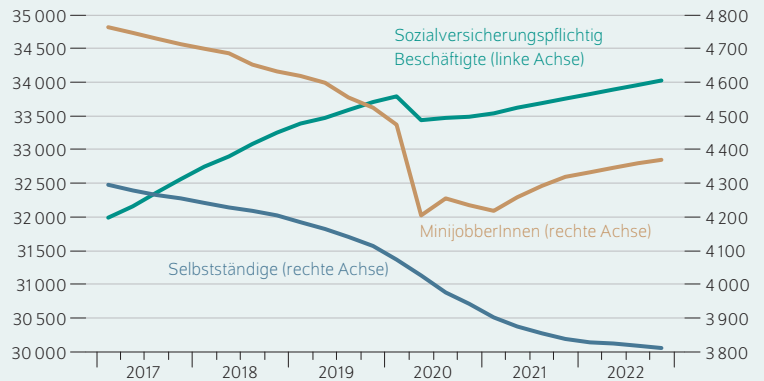
**Inflation: Trotz anstehender Mehrwertsteueranhebung moderat**

Die Inflation liegt seit – und maßgeblich wegen – der Senkung der Mehrwertsteuersätze seit Juli im negativen Bereich, im November betrug sie -0,3 Prozent. Zusammen mit den ölpreisbedingten Einbrüchen bei den Energiepreisen in der ersten Jahreshälfte fällt die Inflation in diesem Jahr mit 0,5 Prozent niedrig aus.

Bereits ab Januar 2021, wenn die Mehrwertsteuer wieder angehoben wird, ist die Teuerungsrate aber wieder klar positiv und klettert im Frühjahr über ein Prozent. Hinzu kommen preissteigernde Effekte aus dem Klimapaket – nach Berechnungen der Bundesbank<sup>5</sup> erhöhen diese die Preise um 0,3 Prozent (und um 0,2 Prozent ab 2022). Ab Juli fallen

Abbildung 5

**Erwerbstätigkeit nach Beschäftigungsform**  
In Tausend Personen



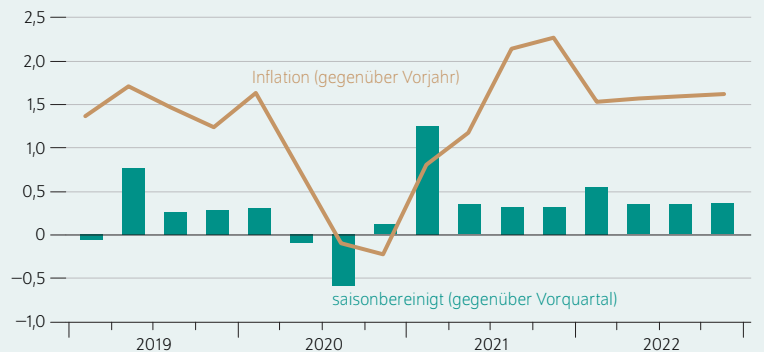
Quellen: Makrobond; DIW Wintergrundlinien 2020.

© DIW Berlin 2020

Die Zahl der MinijobberInnen kehrt nur allmählich zu einem sinkenden Trend zurück.

Abbildung 6

**Inflation**  
Änderung gegenüber dem Vorjahr bzw. Vorquartal in Prozent



Quellen: Bundesbank, Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2020.

© DIW Berlin 2020

Die temporäre Mehrwertsteuersenkung schlägt 2020 auf die Inflation durch.

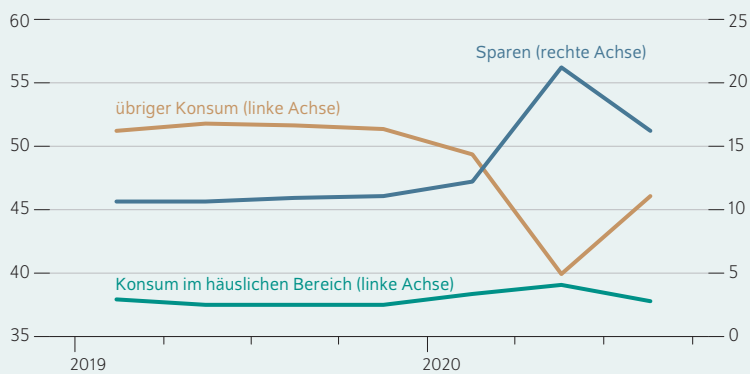
die Vorjahresraten mit über zwei Prozent hoch aus (Abbildung 6), weil die Preise mit den mehrwertsteuerbedingt gesenkten Preisen der zweiten Jahreshälfte 2020 verglichen werden. Dieser Effekt fällt ab 2022 weg, die Raten liegen dann bei gut anderthalb Prozent. In den kommenden beiden Jahren liegt die Inflation im Durchschnitt bei 1,6 Prozent.

Ohne den Einfluss der Energiepreise liegt die Teuerung, also die Kernrate, nach 1,5 Prozent im vergangenen Jahr bei Raten von 1,1 Prozent in diesem, 2,1 Prozent im kommenden und 1,7 Prozent im darauffolgenden Jahr. Klammert man zudem die Effekte des Klimapakets und der temporären Mehrwertsteuersenkung (etwa -0,4 Prozentpunkte in diesem und +0,4 Prozentpunkte im kommenden Jahr) aus,

5 Vgl. Deutsche Bundesbank (2020): Monatsbericht Juni (online verfügbar).

Abbildung 7

**Konsum nach Verwendungszweck**  
 Quartalswerte in Prozent des verfügbaren Einkommens



Anmerkung: Zu den Verwendungszwecken des „häuslichen Bereichs“ werden hier Nahrungsmittel, Wohnen und Einrichtungsgegenstände gezählt. Zum verfügbaren Einkommen wird wie üblich die Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche addiert.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2020

Seit Ausbruch der Pandemie wird mehr im häuslichen Bereich konsumiert, dies kann die übrigen Einbrüche aber nicht kompensieren.

zeigt sich, dass die Kernrate ohne diese Sondereffekte bei anderthalb Prozent verharrt. Dabei dürfte die Unterauslastung der Wirtschaft dem – ohnehin verhaltenen – Aufwärtstrend der vergangenen Jahre entgegenwirken.

**Privater Verbrauch: Enorme Schwankungen**

Der private Konsum ist derzeit außerordentlichen Schwankungen unterworfen. Durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie fielen zunächst der Einbruch und dann auch der Erholungsschub im Sommerhalbjahr zweistellig aus. Durch den neuerlichen Anstieg der Infektionszahlen wird der Verbrauch im Winterhalbjahr spürbar eingeschränkt werden und dann ab dem Jahreswechsel wieder kräftig zulegen. Es gibt aber auch deutliche Verschiebungen im Konsumverhalten.

Seit Beginn der Pandemie agieren die Menschen vorsichtiger – sie schränken soziale Kontakte ein und verbringen stattdessen mehr Zeit in den eigenen vier Wänden. Der Lockdown im März und April hat dies verstärkt, waren infolgedessen doch viele Tätigkeiten nahezu vollständig unterbunden, etwa in den Bereichen Sport und Unterhaltung. Zum Teil wurden wegfallende Leistungen, etwa des Gaststätten-gewerbes, in das häusliche Umfeld verlagert. So stiegen etwa die Ausgaben für Nahrungsmittel deutlich über ihr Vorkrisenniveau, während die Umsätze in Bereichen mit sozialen Kontakten wie in der Gastronomie und im Beherbergungsgewerbe einbrachen (Abbildung 7).

Zudem entfalten auch staatliche Impulse vorübergehend deutliche Wirkung auf die Verbrauchsausgaben. So regt die von der Bundesregierung im Juni beschlossene temporäre

Mehrwertsteuersenkung von Juli bis Dezember den Konsum an. Zunächst wird damit die allgemeine Kaufkraft merklich angekurbelt. Zudem werden insbesondere kostspielige Anschaffungen in Erwartung ab dem Jahreswechsel steigender Preise vorgezogen, was sich beispielsweise an den seit Juli deutlich gestiegenen Kfz-Umsätzen zeigt. Dies deckt sich mit den Erfahrungen aus dem Jahr 2006: In den Monaten vor der Anhebung der Mehrwertsteuer zum Jahresbeginn 2007 schlugen ebenfalls besonders in diesem Segment Ausgaben zu Buche, die dann aber in den folgenden Monaten fehlten. Analog vollzieht sich die Entwicklung voraussichtlich auch zum Jahreswechsel 2020/21. Den deswegen ausbleibenden Käufen in den ersten Monaten 2021 stehen aber Mehrausgaben an anderer Stelle gegenüber, denn durch den teilweisen Abbau des Solidaritätszuschlags stehen den Menschen zusätzliche Mittel zur Verfügung.

Der neuerliche Lockdown in den beiden letzten Monaten dieses Jahres wird den Aufholprozess des Konsums im vierten Quartal unterbrechen; ab dem kommenden Jahr dürfte sich dieser aber fortsetzen. Die Löhne steigen in der Summe nämlich wieder: Nach einem gut einprozentigen Rückgang verbleibt netto im kommenden Jahr ein Plus von dreieinhalb Prozent und im Jahr 2022 von gut vier Prozent. Mit der Rückführung der Kurzarbeit entfallen mit dem Kurzarbeitergeld zwar Sozialleistungen, die – vor allem im kommenden Jahr – kaum zulegen. In der Summe ziehen die Masse-neinkommen aber wieder an. Da mit der Erholung der Wirtschaft auch die Einkommen aus selbstständiger Arbeit und Vermögen wieder zulegen, steigen in den kommenden beiden Jahren die verfügbaren Einkommen mit rund dreieinhalb Prozent spürbar.

Hinzu kommt, dass wieder ein größerer Teil für den Konsum verwendet wird beziehungsweise werden kann – die Sparquote dürfte von 16,4 deutlich auf 12,6 Prozent im kommenden Jahr sinken und im darauffolgenden Jahr das Niveau vom Vorkrisenjahr erreichen. Die dadurch freiwerdenden Mittel kurbeln den Konsum um zusätzliche viereinhalb beziehungsweise knapp zwei Prozentpunkte an. Bei wieder anziehender, wenngleich weiter moderater Teuerung bleibt unter dem Strich ein deutlicher Anstieg des realen privaten Verbrauchs um sieben Prozent im kommenden und vier Prozent im darauffolgenden Jahr, nach einem Rückgang um fünfeinhalb Prozent in diesem Jahr. Das Vorkrisenniveau übersteigt der Konsum voraussichtlich im zweiten Quartal des kommenden Jahres und damit vergleichsweise rasch.

**Ausrüstungsinvestitionen: Rückstau löst sich, Unsicherheit bleibt**

Nachdem die Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen im ersten Halbjahr einen empfindlichen Einbruch – gegenüber dem zweiten Halbjahr 2019 gaben diese um 15 Prozent nach – erlebten, folgte im dritten Quartal eine ebenso bemerkenswerte Erholung: Mit 16 Prozent zogen die Ausrüstungsinvestitionen so kräftig wie noch nie seit der Wiedervereinigung an. Insbesondere die stark gebeutelte Automobilindustrie konnte ihre Umsätze erheblich

steigern: Sie verzeichnete ein Plus von über 70 Prozent im Vergleich zum Vorquartal und hat offenbar auch davon profitieren können, dass aufgeschobene gewerbliche Anschaffungen von Fahrzeugen, Investitionen in die Fahrzeugflotte von Leasinggebern und von Automobilvermietern im Sommer nachgeholt wurden. Auch in anderen Branchen füllten sich die Auftragsbücher zuletzt wieder.

Die zweite Pandemiewelle und der zweite Lockdown dürften die Investitionsgüterhersteller im aktuellen Quartal nicht so sehr treffen wie im Frühjahr, da Produktions- sowie Verkaufsstätten absehbar geöffnet bleiben, Lieferketten bislang ungestört funktionieren und sich Absatzmärkte zuletzt stabilisierten. Dennoch ist im Schlussquartal dieses Jahres nicht mit einer Fortsetzung der Erholung zu rechnen, die im Sommer besonders durch Nachholeffekte geprägt gewesen sein dürfte. Nun, da der Investitionsstau aufgelöst ist, dürften Unternehmen angesichts der erheblich geringeren Kapazitätsauslastung, weiterhin großen Unsicherheit hinsichtlich des Verlaufs der Pandemie und deren gesamtwirtschaftlichen Folgen wieder zurückhaltender agieren. Auch die deutlich geschrumpften Eigenkapitalpolster der Unternehmen werden die Investitionsbereitschaft wohl erheblich einschränken. Der ifo-Konjunkturtest zeigt im November bereits einen leichten Rückgang bei der Bewertung der Produktionstätigkeit und der Auftragslage. Auch das Geschäftsklima ging mit dem Beschluss der neuerlichen Einschränkungen des Geschäftsbetriebs etwas zurück. Ein starker Einbruch der Investitionen wie im Frühjahr zeichnet sich derzeit aber nicht ab; sie dürften im vierten Quartal um zwei Prozent sinken. Im Jahresdurchschnitt dürften die Investitionen um 12,5 Prozent nachgegeben haben.

Die Erholung der Investitionstätigkeit wird durch diesen neuerlichen Rückschlag wohl nur zeitweise unterbrochen. Mit Abklingen der Pandemie und den Erfolgen in der Impfstoffentwicklung dürfte im Frühjahr auch die Investitionsneigung steigen. Darüber hinaus hoffen die Unternehmen mit dem Wechsel im Weißen Haus in den USA auf eine Entspannung der transatlantischen Beziehungen, was die Investitionsbereitschaft ebenfalls global stärken dürfte. Die Maschinen- und Anlagenbauer sowie die Hersteller von Kraftfahrzeugen zeigen sich daher vorsichtig optimistisch ob der Entwicklungen im kommenden Jahr. Eine bremsende Wirkung ist derzeit vom drohenden harten Brexit zu erwarten. Insgesamt ist im Jahr 2021 mit einer positiven Dynamik zu rechnen, sodass die Ausrüstungsinvestitionen zum Jahresbeginn 2022 das Vorkrisenniveau wieder erreicht haben dürften.

**Bauinvestitionen: Boom beendet – Flaute aber nur vorübergehend**

Die Bauinvestitionen waren im Sommerhalbjahr in allen Bausparten rückläufig. Die Verunsicherung der Haushalte und Unternehmen und die daraus folgende Zurückhaltung bei den Neuaufträgen sorgten dafür, dass auch das dritte Quartal – insbesondere im Vergleich zur starken gesamtwirtschaftlichen Erholung – schwache Bauinvestitionen nach

Tabelle 3

**Reale Bauinvestitionen**  
Konstante Preise, Veränderung in Prozent

	2019	2018	2019	2020	2021	2022
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	60,8	3,0	4,0	2,9	2,1	2,9
Nichtwohnungsbau	39,2	1,9	3,5	0,8	0,4	2,3
Gewerblicher Bau	26,8	1,1	2,4	-1,0	-1,8	2,1
Öffentlicher Bau	12,3	3,9	6,0	4,7	5,0	2,9
Bauinvestitionen	100,0	2,6	3,8	2,1	1,5	2,7
Ausrüstungen		4,4	0,5	-12,5	8,9	5,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Wintergrundlinien 2020.

© DIW Berlin 2020

sich zog. Dies zeigen auch die Produktions- und Umsatzzahlen, die sich nach einem stetigen Aufwärtstrend und dem starken Jahresauftakt zuletzt nur schwach entwickelten. Dank des hohen Auftragsbestands blieb die Produktion im Bauhauptgewerbe zwar weitgehend stabil. Die kräftige Dynamik bei den Bauinvestitionen wurde durch die Corona-Pandemie aber ebenfalls erheblich gebremst.

Trotz der Rückgänge im zweiten und dritten Quartal bleibt der Wohnungsbau die zentrale Stütze der Bauinvestitionen (Tabelle 3). Nach einem Tief im Sommer, das vor allem aus einer schwachen Wertschöpfung im Ausbaugewerbe resultierte, waren Produktion und Kapazitätsauslastung mit beginnendem Herbst deutlich aufwärtsgerichtet. Auch die anstehende Anhebung der Mehrwertsteuer zum Jahreswechsel dürfte dazu führen, dass viele Bauende versuchen werden, Bauwerke oder zumindest Bauabschnitte noch dieses Jahr fertigzustellen. Maßgeblich für die Berechnung der Bruttopreise ist nicht der Zeitpunkt der Beauftragung, sondern der Zeitpunkt der Fertigstellung eines Bauwerks.

Allgemein bleibt die Nachfrage nach Wohnraum hoch. Starke Auftragseingänge und ein Überhang bei den Genehmigungen versprechen auch für das kommende Jahr weiterhin volle Auftragsbücher. Dazu dürften nicht zuletzt die Maßnahmen der Bundesregierung beitragen, die mit dem Baukindergeld den Eigenheimbau und mit Sonderabschreibungen den Geschosswohnungsbau anregt. Auch die Einkommenstransfers wie das Kurzarbeitergeld wirken stabilisierend. Darüber hinaus revidierten viele Banken die im Sommer kurzzeitig verschärften Kreditstandards und machten somit die ohnehin sehr günstigen Finanzierungsbedingungen wieder attraktiver.<sup>6</sup> Das Geschäftsklima und die Geschäftserwartungen der Unternehmen im Wohnungsbau stiegen jüngst wieder.

Der Wirtschaftsbau bleibt derzeit das Sorgenkind der Bauwirtschaft. Umsatzeinbrüche und Unsicherheit bei Industrie- und Dienstleistungsunternehmen führten in den

<sup>6</sup> Vgl. Europäische Zentralbank (2020): The euro area bank lending survey – Third quarter of 2020 (online verfügbar).

Sommermonaten zu einer deutlichen Investitionszurückhaltung. Aktuell ist kaum eine Verbesserung der Lage zu erwarten. Zwar erholten sich die Auftragseingänge zum Ende des Sommers leicht, mit dem Einsetzen der zweiten Infektionswelle und dem folgenden Anstieg der Unsicherheit dürften Unternehmen ihre ohnehin deutlich geschmälernten Gewinne aber kaum in den Ausbau von Produktionskapazitäten oder andere längerfristige Bauprojekte investieren. Daher ist auch zu Beginn des kommenden Jahres eine geringe Dynamik angelegt, sodass sich der hohe Auftragsbestand, der die Bauunternehmen in diesem Jahr über Wasser hielt, sukzessive abbauen dürfte. Eine deutliche Steigerung der Investitionsbereitschaft ist erst dann zu erwarten, wenn die Risiken der Pandemie begrenzt, die Weltwirtschaft stabilisiert und somit die Rentabilität größerer Bauprojekte besser vorhersehbar ist.

Obwohl einige Großprojekte für einen vorübergehenden Auftrieb im öffentlichen Bau sorgten, kamen die im Konjunkturprogramm und anderweitig beschlossenen Maßnahmen und der angekündigte Investitionshochlauf bis jetzt erst wenig in der Bauwirtschaft an. Besonders die Kommunen waren in Anbetracht der schwachen ökonomischen Lage und rückläufigen Steuereinnahmen zuletzt zögerlich bei ihren Bauvorhaben. Investive Zuweisungen und die Entlastung der Kommunen durch Bund und Länder sowie vorgezogene Investitionsinitiativen dürften jedoch in den kommenden Monaten Planungsprozesse anstoßen und Projektaufträge nach sich ziehen, die sowohl im Tief- (Schiennetz und Breitbandausbau) als auch im Hochbau (Ganztagsschulen und Kitas) zu positiven Impulsen führen dürften. Somit ist hier ab dem kommenden Jahr mit kräftigen Zuwächsen zu rechnen, welche die Flaute im Wirtschaftsbau zumindest teilweise auffangen und die Bauwirtschaft stabilisieren dürften.

Die Mehrwertsteuersenkung, kombiniert mit der rückläufigen Nachfrage und geringen Kapazitätsauslastung, hat im dritten Quartal in allen Sparten für deutliche Preisrückgänge gesorgt. Die Dynamik dürfte sich im weiteren Verlauf wieder umkehren und besonders mit der Aufhebung der Mehrwertsteuersenkung im ersten Quartal 2021 eine Gegenbewegung erleben. Der Preisauftrieb dürfte jedoch vor allem im Wirtschaftsbau, parallel zur Nachfragentwicklung und zusätzlich bedingt durch die konstant niedrigen Öl- und Energiepreise, gedämpft bleiben.

### Außenhandel: Zähe Erholung beim Export

Erwartungsgemäß konnte sich der deutsche Außenhandel im dritten Quartal kräftig erholen. Für das Exportplus von rund 18 Prozent zeichneten sich insbesondere die Ausfuhren von Investitionsgütern, vor allem Kraftwagen und -teile, verantwortlich. Allerdings lag der Gesamtwert aller deutschen Exporte im dritten Quartal noch immer mehr als drei Prozent unter dem Vorkrisenniveau vom Schlussquartal 2019, das Aufholpotenzial ist entsprechend hoch. Und auch in der relativen Bedeutung der Abnehmerländer hinterlässt die Pandemie ihre Spuren: China hat Frankreich als zweitgrößtes Exportziel abgelöst, die USA liegen noch auf dem

ersten Platz. Diese Entwicklung ist einerseits auch der relativ schnellen Erholung Chinas nach dem Einbruch im Frühjahr geschuldet, während Europa die Wirtschaftsleistung im Herbst erneut drosseln muss. Andererseits beschleunigt die Corona-Pandemie damit lediglich einen Trend, der sich schon lange abzeichnet, nämlich den der steigenden Bedeutung Chinas für den deutschen Außenhandel.<sup>7</sup> Ob sich die alten Kräfteverhältnisse im Zuge einer Erholung der europäischen Wirtschaft im Jahr 2021 wiederherstellen, darf daher zumindest bezweifelt werden.

Trotz der jüngsten Erholung bei den Exporten dürften diese im vierten Quartal sinken. Die massiven Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in vielen Ländern dürften insbesondere im November spürbar belasten – wenngleich wohl in deutlich geringerem Maß als im Frühjahr. Denn anders als zu Beginn des Jahres können sich einige wichtige Abnehmerländer, darunter neben China auch die USA und Japan, besser behaupten. Solange aber der Euroraum und das Vereinigte Königreich ihre Ökonomien zur Eindämmung des Infektionsgeschehens einschränken müssen, werden die deutschen Ausfuhren davon gebremst. Allerdings zeigen die Erfahrungen aus dem Frühjahr auch, dass die Erholung im Zuge einer Lockerung dieser Maßnahmen schnell und kräftig ausfallen kann. Daher ist für die ersten beiden Quartale des kommenden Jahres mit deutlichen Zuwächsen zu rechnen, die dann im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums abflachen.

Die Konsumbelebung im Zuge der schrittweisen Lockerung über die Sommermonate hat auch auf der Importseite für einen deutlichen Nachholeffekt gesorgt. Die Zuwachsraten fielen etwas kleiner aus als bei den Exporten, allerdings waren die Rückgänge im Frühjahr ebenfalls weniger stark. Vor allem die Nachfrage nach Dienstleistungen erlebte spürbaren Aufwind. Im Zuge der neuerlichen Einschränkungen dürften es abermals vor allem die Dienstleistungen sein, die im vierten Quartal empfindlich zurückgehen. Gleichzeitig dürften die Nachfrage und Verfügbarkeit von Waren angesichts offener Grenzen und der weitestgehend ungehinderten Tätigkeit des verarbeitenden Gewerbes zwar auch – aber weniger stark – sinken. Im weiteren Verlauf steigen die Importe, getrieben durch die Erholung beim Konsum, aber auch bei den Exporten, zunächst sehr kräftig. Hinzu kommt wohl im Sommerhalbjahr eine Belebung der Reisetätigkeit, die Dienstleistungsimporte erholen sich daher nach und nach.

Die Terms of Trade haben sich im dritten Quartal vor allem aufgrund der wiederansteigenden Ölpreise verschlechtert. Während die Exportpreise das dritte Quartal in Folge leicht nachgaben, stiegen die Importpreise deutlich. Dieser Trend dürfte sich auch im laufenden Quartal fortsetzen: Angesichts aktuell wieder anziehender Ölpreise werden die Importpreise kräftig anziehen und sich die Terms of Trade entsprechend verschlechtern. Dies schlägt sich 2021 auch im

<sup>7</sup> Vgl. dazu in dieser Wochenberichts Ausgabe auch den Abschnitt zu China im Bericht von Claus Michelsen et al. (2020): Weltwirtschaft: Erholung ausgebremst. DIW Wochenbericht Nr. 50, 931.

jahresdurchschnittlichen Vergleich nieder, im darauffolgenden Jahr dürften die Terms of Trade dann aber unverändert bleiben.

### Öffentliche Finanzen: Rekorddefizit wird langsam zurückgeführt

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo dürfte angesichts der finanzpolitischen Hilfs- und Konjunkturmaßnahmen deutlich ins Minus rutschen. Sinkende Steuereinnahmen und geringere Sozialbeiträge sowie steigende Sozialleistungen und Transfers dürften bei der hier prognostizierten konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2020 zu einem gesamtstaatlichen Haushaltsdefizit in Höhe von 186 Milliarden Euro führen.

Die Lohnsteuereinnahmen sinken dieses Jahr in Folge des Kurzarbeitergeldes und des geringen Beschäftigungsaufbaus um knapp vier Prozent. Die Entwicklung der Unternehmenssteuern, das sind im Wesentlichen Körperschaft-, Gewerbe- und die veranlagte Einkommensteuer, ist insbesondere durch den Einbruch im ersten Halbjahr um mehr als 24 Prozent geprägt. Vor dem Hintergrund des zweiten Lockdowns, der die Unternehmensgewinne jedoch nicht mehr in dem Maße treffen dürfte wie im Frühjahr, werden die unternehmerischen Steuern wohl über das Gesamtjahr um 23 Prozent im Vorjahresvergleich sinken. Die Umsatzsteuereinnahmen werden wohl um fast zehn Prozent sinken, was zu einem großen Teil auf die Reduktion der Mehrwertsteuersätze zurückzuführen ist. In Summe werden die Steuereinnahmen wohl um gut achteinhalb Prozent im Vorjahresvergleich sinken. Im nächsten und übernächsten Jahr werden die Steuern bei dem unterstellten konjunkturellen Verlauf für ein Einnahmeplus von knapp acht Prozent beziehungsweise sechs Prozent im Jahr 2022 in den öffentlichen Kassen sorgen. Ein kräftigerer Anstieg wird allerdings auch durch die erwarteten Mindereinnahmen in Höhe von rund 9,2 (2021) beziehungsweise 10,6 (2022) Milliarden Euro infolge des teilweisen Abbaus des Solidaritätszuschlags verhindert (Tabelle 4).

Die Sozialbeiträge steigen wohl leicht um 1,4 Prozent. Zwar würden die schwache Lohn- und Beschäftigungsentwicklung sowie Beitragssenkungen in der Arbeitslosenversicherung und die Einführung eines Freibetrags bei der gesetzlichen Krankenversicherung die Sozialbeiträge tendenziell senken. Dem entgegen wirken die stark gestiegenen Kurzarbeitergeldzahlungen, mit denen steigende Beitragszahlungen einhergehen. Im nächsten und übernächsten Jahr dürften die Sozialbeiträge dann wieder stärker steigen, zum einen wegen der Anhebung des Zusatzbeitrags bei der gesetzlichen Krankenversicherung, zum anderen wegen der wieder anziehenden Lohndynamik.

Alles in allem sinken die gesamtstaatlichen Einnahmen in diesem Jahr um gut vier Prozent. Im nächsten und übernächsten Jahr dürften die Einnahmen dann wieder deutlich um nahezu fünf Prozent steigen.

Tabelle 4

### Finanzpolitische Maßnahmen<sup>1</sup>

Belastungen (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr

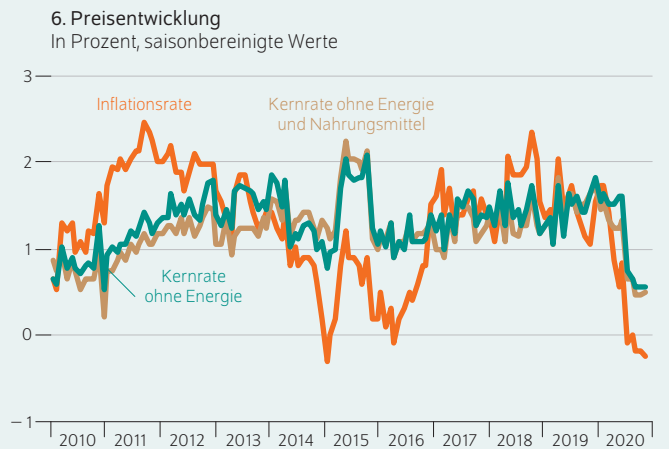
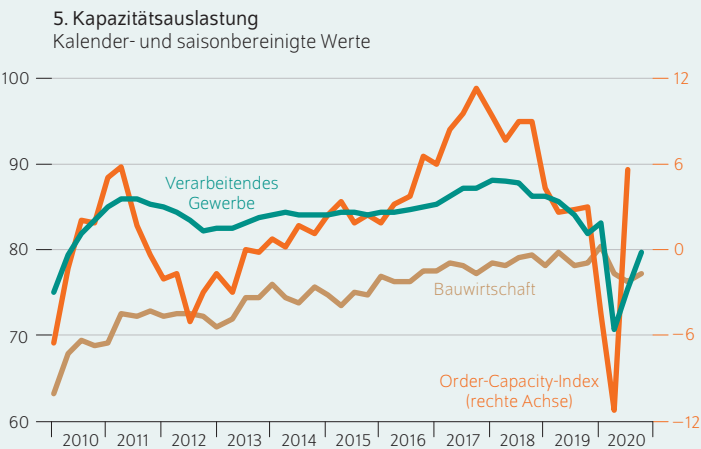
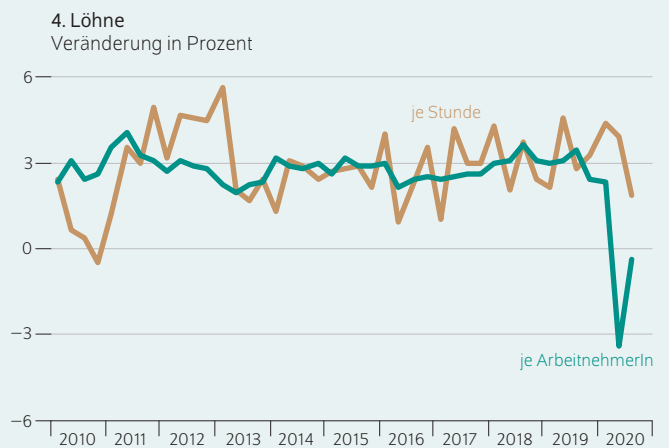
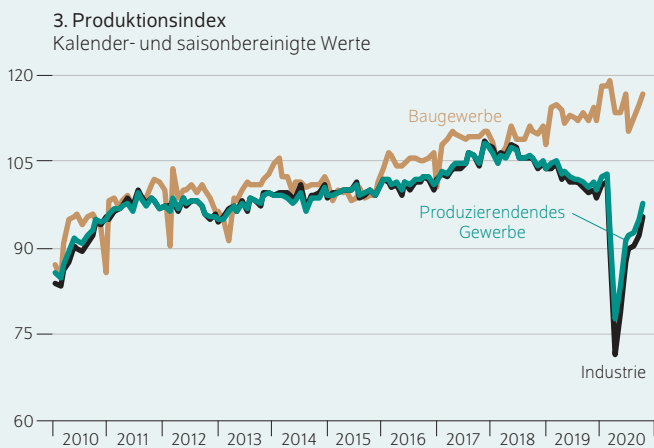
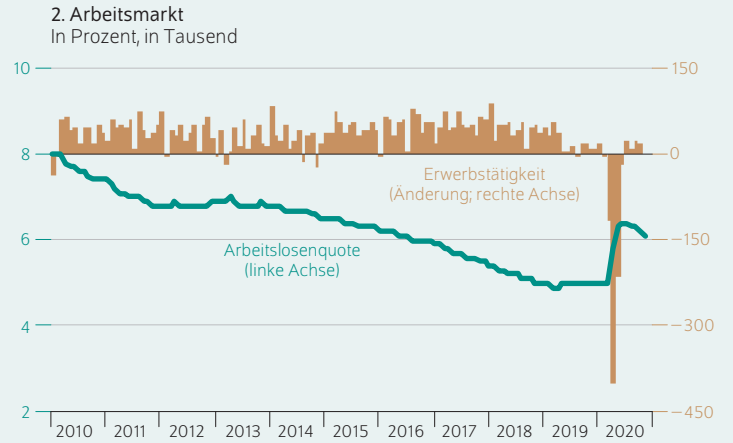
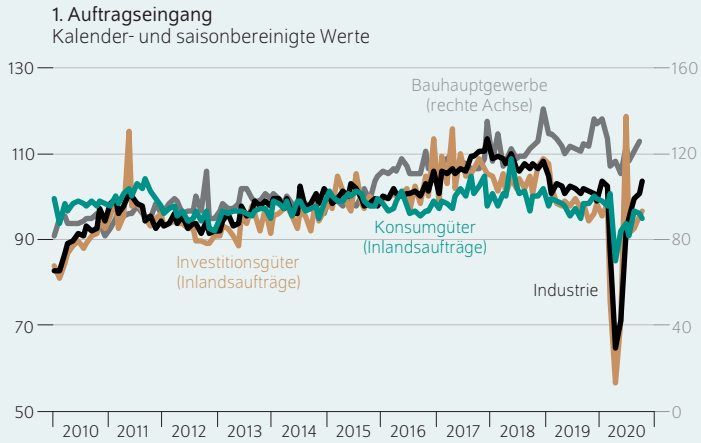
	2020	2021	2022
<b>Einnahmen der Gebietskörperschaften<sup>2</sup></b>			
Teilabschaffung Soli		–9,2	–1,4
Alterseinkünftegesetz	–1,3	–1,3	–1,4
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4	0,4
Erhöhung Grund-, Kinderfreibetrag, Verschiebung Tarifeckwerte/Familienentlastungsgesetz	–4,5	–0,8	–0,2
Zweites Familienentlastungsgesetz		–3,8	–4,4
Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen		–0,2	–0,9
Sonstige steuerliche Maßnahmen <sup>3</sup>	–4,9	–0,1	0,2
Steuerliche Förderung von F&E-Ausgaben	–0,1	–1,2	–0,1
Steuerliche Förderung Mietwohnungsneubau		–0,1	0
Paritätische Finanzierung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung	0,3	0	0
CO <sub>2</sub> -Bepreisung in Verkehr und Wärme (Beschluss des Klimakabinetts)		7,7	1,3
Zusätzliche Maßnahmen (Beschluss des Klimakabinetts)	–0,4	–0,2	–0,2
<b>Einnahmen der Sozialversicherungen</b>			
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags in der gesetzlichen Krankenversicherung		2,3	0,0
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,1 Prozentpunkt zum 1. Januar 2020	–1,2	0	0
Ausweitung der Gleitzone (Midijobs) zum 1. Juli 2019	–0,2	0	0
Einführung eines Freibetrags in der gesetzlichen Krankenversicherung für Betriebsrentner zum 1. Januar 2020	–1,2	0	0
<b>Ausgaben der Gebietskörperschaften</b>			
Kindergelderhöhung um 10 bzw. 15 Euro zum 1. Juli 2019 und 1. Januar 2021	–1,0	–2,8	0
Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung	–0,3	0	0
Einsparungen bei ALG II durch das Familienentlastungsgesetz bzw. Kindergeldanhebung	0,1	0,2	0
Gute KiTa-Gesetz	–0,5	–1	–0,5
Beihilfen aufgrund von Ernteaussfällen von Bund und Ländern	0,2	0	0
„Bauernmilliarde“	–0,3	–0,1	0,1
Arbeit-von-morgen-Gesetz	0	–0,1	–0,1
Pflegebonus	–0,5	0,5	0
Senkung EEG-Umlage		–5,4	0
Weitere sozialpolitische Maßnahmen <sup>4</sup>	–2	–0,5	0
Verteidigung	–1	0	0
Mehrausgaben für Entwicklungshilfe	–0,2	0,7	0
Mehrpersonal innere Sicherheit	–0,3	–0,3	0
Aufstockung des BAföG, Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	–0,4	–0,2	0
Investive Ausgaben GroKo 2018 <sup>5</sup>	–5,6	–5,9	–2,1
Sonstige investive Ausgaben	–1,0	0,5	0,5
<b>Ausgaben der Sozialversicherungen</b>			
Gesetz für fairen Kassenwettbewerb in der GKV	–0,3	0	0
Qualifizierungschancengesetz (ALV)	–0,4	0	0
Arbeit-von-morgen-Gesetz		–0,2	–0,2
Anpassung der Renten Ost	–0,5	–0,4	–0,4
Erhöhung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente	–0,1	–0,1	–0,1
Grundrente		–1,4	0
Gesundheits- und pflegepolitische Maßnahmen <sup>6</sup>	–1	–1,3	0
<b>Finanzpolitische Maßnahmen</b>	–28,2	–24,3	–9,5
<b>Finanzpolitische Corona-Maßnahmen</b>	–122,9	64,3	41,0
<b>Insgesamt</b>	–151,1	40,3	31,5
<b>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent</b>	–4,6	1,1	0,9

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen.  
 2 Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassensjahr.  
 3 u.a. Steuerliche Absetzbarkeit Erhöhung des PV-Beitrags, Bürokratienteilungsgesetz.  
 4 u.a. Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung, Baukindergeld (inkl. Bayerische Eigenheimzulage und Baukindergeld Plus), Erhöhung des Wohngelds (einschließlich Klimapakets), Starke-Familien-Gesetz, Teilhabechancengesetz, Angehörigenentlastungsgesetz.  
 5 u. a. Fonds zur Förderung der künstlichen Intelligenz, Bayerisches Programm zur Förderung der Automobilindustrie, Erhöhter „Umwelbonus“ für Elektroautos, Sofortprogramm „Saubere Luft“, Digitalpakt Schule, Ausbau Bahnstrecke.  
 6 Konzertierte Aktion Pflege, Pflegepersonalstärkungsgesetz, Terminservice- und Versorgungsgesetz und Krankenhausstrukturgesetz.

Quellen: Bundesregierung, Bundesministerium der Finanzen; DIW Wintergrundlinien 2020.

Abbildung 8

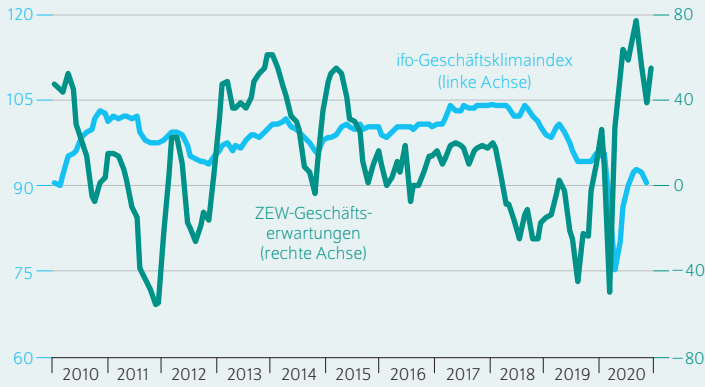
Konjunkturindikatoren für Deutschland



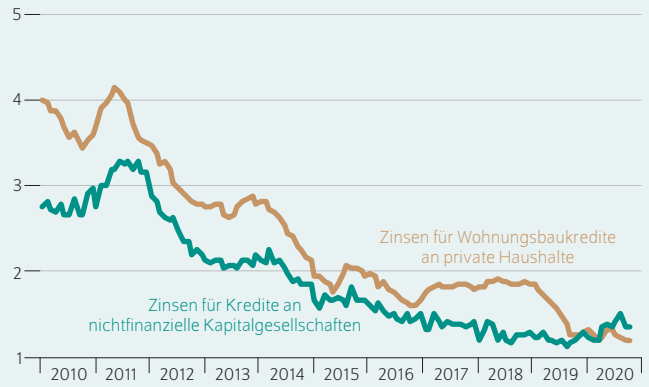
Quellen: (1, 3, 4, 6) Statistisches Bundesamt; (2) Deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut; Deutsche Bundesbank; (7) ifo Institut; ZEW; (8, 10, 12) Deutsche Bundesbank; (9) Eurostat; Baker/Bloom/Davis; (11) Statistisches Bundesamt.



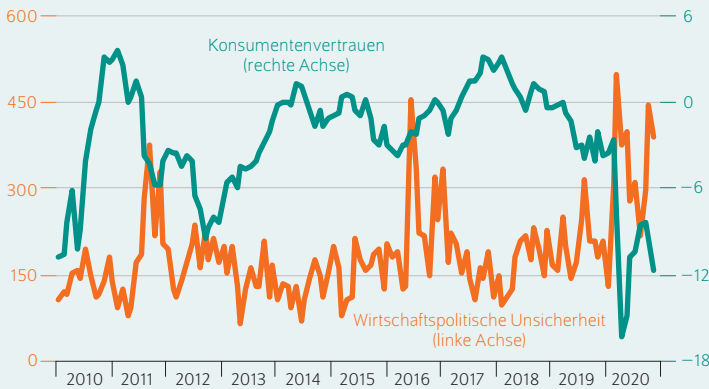
7. Unternehmensstimmung  
Kalender- und saisonbereinigte Werte



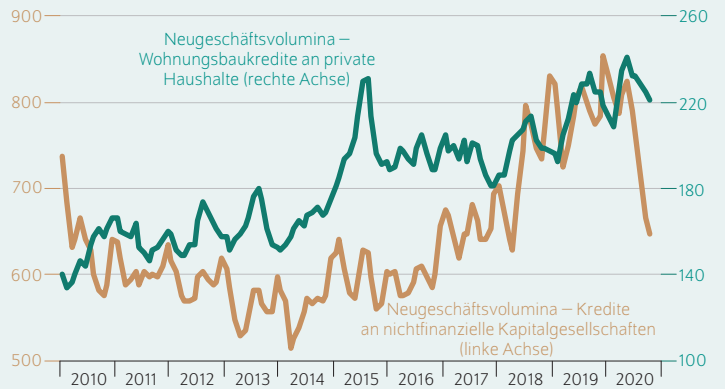
8. Zinsen  
In Prozent



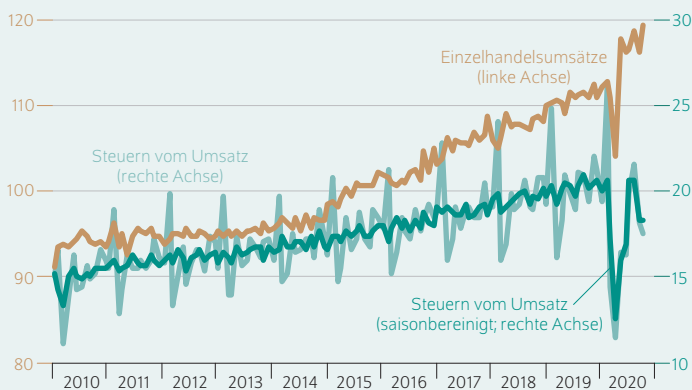
9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit  
Saldo positiver/negativer Antworten, Newsindex



10. Kredite – Neugeschäftsvolumina  
Hundert Millionen Euro, gleitende Dreimonatsdurchschnitte



11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze  
Index 2010 = 100, Milliarden Euro



12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten  
3 = konstant; > 3 steigt; < 3 sinkt

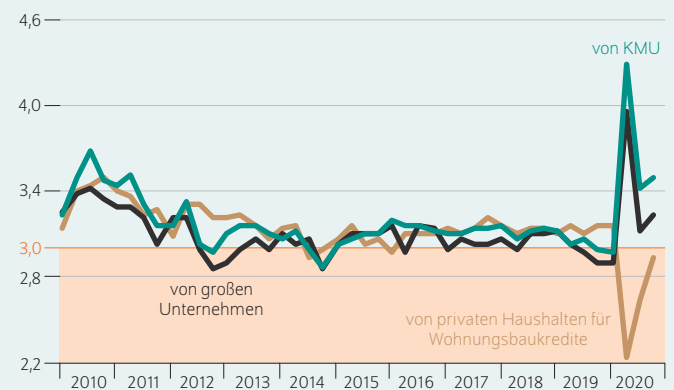


Tabelle 5

**Finanzpolitische Maßnahmen im Zuge der Corona-Krise**

Belastungen (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahr

	2020	2021	2022
<b>Finanzpolitische Maßnahmen</b>			
<b>Bund</b>			
Staatliche Beschaffung von Schutzprodukten	–3,5	3,5	
Krankenhausfinanzierungsgesetz	–11,5	11,5	
Impfstoffforschung, Nationales Forschungsnetzwerk Corona	–0,3	–0,3	
Solidaritätsfonds: Zuschuss an Soloselbstständige und Kleinbetriebe	–15,0	15,0	
Entschädigung für Verdienstaufschlag bei Kita- und Schulschließung	–3,2	3,2	
Konjunkturprogramm (ohne Überbrückungshilfen)	–44,0	–4,0	31,0
Überbrückungshilfen (I+II+III)	–2,0	–8,0	10,0
November- und Dezemberhilfen	–20,0	7,0	13,0
<b>Länder</b>			
Globale Mehrausgaben (u. a. Zuschüsse, Gesundheitsausgaben)	–10,0	10,0	
Corona-Pflegebonus	–0,4	0,4	
<b>Sozialversicherungen</b>			
Ausweitung Kurzarbeitergeld (inkl. Sozialschutzpaket)	–14,5	11,0	3,5
Verlängerung Anspruchsdauer Arbeitslosengeld	–1,0	0,6	0,4

Quellen: Finanzministerien der Länder; Bundesfinanzministerium; Bundesgesundheitsministerium; DIW Wintergrundlinien 2020.

© DIW Berlin 2020

Die Dynamik der Ausgabenkomponenten ist insbesondere durch die Soforthilfe- und Gesundheitsmaßnahmen während des ersten und zweiten Lockdowns sowie den Ausgaben im Rahmen des im Juni beschlossenen Konjunkturprogramms getrieben<sup>8</sup> (Tabelle 5).

Die ohnehin schon hohe Grunddynamik bei den Vorleistungskäufen wird durch zusätzliche Ausgaben für Beatmungsgeräte, Schutzkleidungen und weitere medizinische Ausstattungen aus dem Soforthilfeprogramm verstärkt, so dass die Vorleistungen in diesem Jahr insgesamt sehr dynamisch um 13 Prozent wachsen.<sup>9</sup> Im nächsten Jahr dürfte die medizinische Ausstattung wieder verstärkt von den Kliniken direkt gekauft und über die sozialen Sachleitungen abgerechnet werden, sodass daraus ein leichter Rückgang resultiert. Allerdings kommen in den nächsten Jahren bis 2024 schätzungsweise rund zwei Milliarden jährlich aus dem Konjunkturprogramm hinzu, unter anderem für weitere Ausgaben im Gesundheitsbereich, aber auch Vorleistungskäufe bei den investiven Ausgaben. Dementsprechend dürfte auch im nächsten und übernächsten Jahr mit weiteren Zuwächsen bei den Vorleistungen zu rechnen sein.

Bei den sozialen Sachleistungen sind in diesem Jahr deutlich geringere Zuwachsraten zu erwarten, weil beispielsweise nicht notwendige Operationen verschoben und Rehabilitationsmaßnahmen und andere gesundheitliche Dienstleistungen ganz ausgesetzt werden. Anders als im Frühjahr 2020,

als die Krankenhäuser Kapazitäten für Covid-19-Patienten freigehalten haben, die nicht genutzt wurden, dürfte dieser Effekt im Winter nicht zu erwarten sein. Die Krankenhauskapazitäten sind vielerorts nämlich voll ausgelastet. Insgesamt ergibt sich dadurch für die sozialen Sachleistungen über das Jahr gerechnet ein Anstieg von gut zwei Prozent. Der dennoch aufgestaute Nachholbedarf dürfte sich insbesondere im kommenden Jahr zeigen und in kräftigen Zuwachsraten von rund sieben im nächsten beziehungsweise knapp vier Prozent im übernächsten Jahr resultieren.

Die Lohn- und Beschäftigungsentwicklung im öffentlichen Dienst ist in diesem Jahr aufgrund der bestehenden Tarifabschlüsse sowie dem Beschäftigungsaufbau mit 4,4 Prozent noch recht kräftig gewesen. Allerdings werden die Lohnsteigerungen bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im nächsten Jahr auch wegen der knapperen Kassenlage mit etwas über zwei Prozent verhaltener ausfallen.

Die monetären Sozialleistungen werden im Jahr 2020 dynamisch, um neun Prozent, zulegen, nicht nur wegen der höheren Auszahlungen für Kurzarbeitergeld und der verlängerten Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, sondern auch wegen des im Konjunkturprogramm beschlossenen Kinderbonus, der im zweiten Halbjahr 2020 ausgezahlt wird. Im nächsten Jahr sorgen zwar die Erhöhung des Kindergeldes um 15 Euro zum 1. Januar sowie die Einführung der Grundrente für eine Erhöhung der Auszahlungen. Allerdings werden die besseren Aussichten auf dem Arbeitsmarkt im nächsten Jahr zu deutlich geringeren Transferzahlungen führen. Auch die Rentenanpassungen werden im Zuge der fehlenden Lohndynamik wohl deutlich geringer ausfallen, so dass die monetären Sozialleistungen in den kommenden beiden Jahren kaum merklich zunehmen.

Der größte Anstieg zeigt sich bei den Subventionen: Hier fließen nicht nur die zusätzlichen Ausgaben des im vergangenen Jahr beschlossenen Klimaschutzpakets ein, sondern auch die im Frühjahr beschlossenen Zuschüsse an Soloselbstständige und Kleinunternehmen in Höhe von rund 20 Milliarden Euro von Bund und Ländern (Solidaritätsfonds) sowie die im Winter 2020 beschlossenen Novemberbeziehungsweise Dezemberhilfen in Höhe von zusammen etwa 33 Milliarden Euro, von denen bis jetzt knapp zwei Milliarden Euro beantragt und die zu einem Teil erst im nächsten Jahr ausgezahlt werden können. Auch die Überbrückungshilfen, die mittlerweile bis Mitte 2021 verlängert wurden (Überbrückungshilfen III), würden hier prinzipiell eingehen. Allerdings sind nach aktuellem Stand erst rund zwei Milliarden seit ihrer Einführung im Sommer beantragt. Auch weil betroffene Unternehmen im zweiten Lockdown wohl die weniger restriktiven und höheren Novemberbeziehungsweise Dezemberhilfen beantragen, wird ein Teil der Überbrückungshilfen aller Voraussicht nach erst im Jahr 2021 abgerufen. Nichtsdestotrotz verdreifachen sich die Subventionen. Im nächsten Jahr dürfte die Dynamik bei den Subventionen im Wesentlichen davon abhängen, in welchem Maße die „Überbrückungshilfen III“ abgerufen werden und damit von der pandemischen Situation. Obwohl

<sup>8</sup> Vgl. Clemens, Junker und Michelsen (2020), a.a.O.

<sup>9</sup> Diese werden dann wohl haushalterisch vom Bund unentgeltlich in Form von Vermögenstransfers an private Kliniken und Krankenhäuser weitergegeben und entsprechend auf der Einnahmeseite gegengebucht.

Tabelle 6

**Ausgewählte finanzpolitische Indikatoren<sup>1</sup>**

In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich: Zinssteuer-quote <sup>2</sup>	Staatsschulden-quote nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto-investitionen			
2011	44,4	22,3	16,4	45,2	2,5	2,3	-0,9	11,2	80
2012	44,9	22,9	16,6	44,9	2,3	2,2	0,0	10,1	81
2013	45,0	23,0	16,6	44,9	1,8	2,2	0,0	8,0	79
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	2,1	0,6	7,1	76
2015	45,1	23,1	16,6	44,1	1,4	2,1	1,0	6,0	72
2016	45,5	23,4	16,7	44,4	1,2	2,2	1,2	5,1	69
2017	45,6	23,5	16,9	44,2	1,0	2,2	1,4	4,4	65
2018	46,3	23,9	17,1	44,5	0,9	2,3	1,8	3,9	62
2019	46,7	24,0	17,3	45,2	0,8	2,5	1,5	3,3	60
2020	46,5	22,8	18,3	52,1	0,7	2,8	-5,6	3,2	69
2021	45,8	23,0	17,5	49,9	0,6	2,8	-4,1	2,5	71
2022	45,9	23,4	17,4	48,0	0,5	2,8	-2,1	2,2	69
2022/2019	46,2	23,3	17,6	48,8	0,7	2,7	-2,6	2,8	67

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

2 Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, DIW Wintergrundlinien 2020.

die Zugangskriterien für diese Überbrückungshilfen gelockert wurden, dürfte ein vollständiger Abruf der Mittel bis Mitte 2021 wohl nur bei einer weiterhin nicht kontrollierbaren Infektionslage wahrscheinlich sein. Es wird deshalb im Einklang mit dem unterstellten Pandemieszenario angenommen, dass im Jahr 2021 rund zehn Milliarden Euro abfließen werden. Darüber hinaus setzt der Bund im kommenden Jahr mit rund elf Milliarden Euro die EEG-Umlage für Unternehmen aus. Alles in allem fallen dann etwa 30 Prozent der Subventionen weg. Im Jahr 2022 dürften die Subventionen infolge eines erneuten Auslaufens der Maßnahmen in erneut dieser Größenordnung sinken.

Auch die Entwicklung der Vermögenstransfers ist coronabedingt in diesem Jahr mit rund 21 Prozent dynamisch, größtenteils wegen der im Zukunftspaket des Konjunkturprogramms beschlossenen Investitionszuschüsse. Im nächsten Jahr steigen sie deshalb um weitere acht Milliarden Euro, ehe sie dann im Jahr 2022 technisch bedingt wohl wieder zurückgehen.

Die Entwicklung bei den staatlichen Bruttoinvestitionen dürfte, mit leichten Abschlügen in diesem Jahr, der recht dynamischen Entwicklung der vergangenen Jahre folgen. Ursachen für die recht stabile Entwicklung der öffentlichen Investitionen könnten einerseits im Vorziehen von Ausrüstungsinvestitionen sowie im Ausgleich coronabedingter Defizite bei den Gemeinden im Rahmen des Konjunkturprogramms begründet liegen, die dadurch ihre Investitionsaktivitäten weiterhin aufrechterhalten konnten. In den nächsten Jahren dürfte die öffentliche Investitionstätigkeit

auch durch die Maßnahmen des Zukunftspakets weiterhin recht hoch sein. So sind Bruttoinvestitionen in Höhe von rund elf Milliarden Euro, beispielsweise für den Ausbau von Ganztageschulen und Kitas und der digitalen Infrastruktur, geplant. Hinzu kommen Maßnahmen zur Schaffung finanzieller Spielräume für Gemeinden, beispielsweise ein jährlicher Zuschuss in Höhe von einer halben Milliarde Euro zur Förderung strukturschwacher ostdeutscher Regionen. Es wird deshalb angenommen, dass die Investitionstätigkeit der Gemeinden weiterhin dynamisch bleibt, auch weil der Bedarf insbesondere in den Bereichen Bildung, Erziehung, Klimaschutz und Digitalisierung weiterhin hoch ist.<sup>10</sup> In Summe dürften die gesamtstaatlichen Investitionen im nächsten Jahr damit um rund acht Prozent steigen. Im Jahr 2022 dürfte die Dynamik dann auch durch die vorgezogenen Investitionen abflachen.

Insgesamt dürften die Ausgaben im Jahr 2020 damit um elf Prozent zunehmen und zu einem gesamtstaatlichen Defizit von rund 186 Milliarden Euro führen. Auch im nächsten und übernächsten Jahr wird wohl noch mit einem deutlichen Minus in Höhe von gut 146 beziehungsweise 78 Milliarden Euro zu rechnen sein. Bereinigt man den Finanzierungssaldo um Konjunktur- und Einmaleffekte<sup>11</sup>, so liegt der strukturelle Finanzierungssaldo dieses Jahr bei rund

<sup>10</sup> Siehe Heike Belitz et al. (2020): Mit Investitionen und Innovationen aus der Corona-Krise, DIW Wochenbericht Nr. 24, 442–451 (online verfügbar); Sebastian Dullien et al. (2020): Weiter Denken: ein nachhaltiges Investitionsprogramm als tragende Säule einer gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik. DIW Politikberatung kompakt Nr. 151 (online verfügbar).

<sup>11</sup> Durch die Nicht-Klassifizierung als Einmaleffekt der vorübergehenden Corona-Maßnahmen lässt sich anhand des strukturellen Finanzierungssaldos nicht die langfristige Ausrichtung der Finanzpolitik ablesen.

96 Milliarden Euro. Im nächsten und übernächsten Jahr dürfte er dann bei rund 115 und 81 Milliarden Euro liegen. Der Bruttoschuldenstand des Gesamtstaates in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wird unter Berücksichtigung des hohen Defizits und der damit verbundenen Neuverschuldung sowie der zusätzlichen Kredite und Beteiligungen von angenommen rund 90 Milliarden Euro in diesem Jahr auf gut 69 Prozent steigen (Tabelle 6). Da das nominale Bruttoinlandsprodukt im nächsten Jahr wieder stark wächst, dürfte die Bruttoschuldenstandsquote trotz hoher Neuverschuldung nur in verhältnismäßig geringem Maße auf knapp 71 Prozent steigen. Im übernächsten Jahr wird sie dann wohl zurückgehen.

Allerdings existieren viele Risiken: Eine vollständige Inanspruchnahme der Überbrückungshilfen III, die Aufnahme von zusätzlichen Krediten und weiteren Beteiligungen an Unternehmen im Rahmen des Wirtschaftsstabilisierungsfonds sowie steigende Insolvenzzahlen und die damit verbundenen Bürgschaftsverpflichtungen des Bundes können – vollständig eingerechnet – die Bruttoschuldenstandsquote um rund fünf Prozentpunkte erhöhen. Im Gegenzug kann es aber bei einer schnellen wirtschaftlichen Erholung auch schon zu ersten Kreditrückzahlungen kommen. Insgesamt dürfte man – Stand jetzt – von einer deutlich geringeren Bruttoschuldenstandsquote als noch infolge der Finanzkrise 2008/09 ausgehen.

**Claus Michelsen** ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [cmichelsen@diw.de](mailto:cmichelsen@diw.de)

**Paul Berenberg-Gossler** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [pberenberggossler@diw.de](mailto:pberenberggossler@diw.de)

**Marius Clemens** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [mclemens@diw.de](mailto:mclemens@diw.de)

**Max Hanisch** ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [mhanisch@diw.de](mailto:mhanisch@diw.de)

**Simon Junker** ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [sjunker@diw.de](mailto:sjunker@diw.de)

**Laura Pagenhardt** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [lpagenhardt@diw.de](mailto:lpagenhardt@diw.de)

**JEL:** E32, E66, F01

**Keywords:** Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 50/2020:

[www.diw.de/diw\\_weekly](http://www.diw.de/diw_weekly)



## INTERVIEW



Claus Michelsen, Leiter der Abteilung  
Konjunkturpolitik am DIW Berlin

# „Hoffnung auf eine Fortsetzung der Erholung ist noch nicht geschwunden“

## 1. Herr Michelsen, nach den ersten Corona-Maßnahmen Anfang dieses Jahres schien sich die deutsche Wirtschaft wieder zu erholen. Hat der Schein getrogen?

Aus einem kräftigen Aufholprozess mit einem Plus bei der Wirtschaftsleistung von 8,5 Prozent im dritten Quartal haben wir die Hoffnung geschöpft, dass die Erholung sehr schnell vonstatten geht und es vielleicht nicht so schlimm kommt mit der zweiten Welle. Das hat sich tatsächlich als trügerisch herausgestellt. Die zweite Welle hat viele Volkswirtschaften heftig erfasst. Das Infektionsgeschehen ist sehr dynamisch, dementsprechend kommt es jetzt wieder zu Einschränkungen. Das hat natürlich Auswirkungen auf die wirtschaftliche Dynamik, die wir im Winterhalbjahr beobachten.

## 2. Welche Bereiche der deutschen Wirtschaft sind am stärksten in Mitleidenschaft gezogen?

Im Frühjahr war der Einbruch relativ breit und hat sowohl die Industrie als auch die Dienstleistungen hart getroffen. Jetzt hat man sich darauf konzentriert, die gastronomischen Einrichtungen und Hotels zu schließen, um Kontakte zu reduzieren. Das trifft die deutsche Industrie deutlich weniger stark. Auch dort gibt es Verlangsamungen, aber aktuell können wir davon ausgehen, dass die Industrie ihren Erholungspfad fortsetzen wird und die Einschränkungen vor allem in den Dienstleistungsbereichen zu Buche schlagen.

## 3. Wie ist die Perspektive, wenn die Zahl der Neuinfektionen im Winter erfolgreich eingedämmt werden kann?

Wir sind optimistisch, dass man sich in einer V-förmigen Erholung befindet und die Wirtschaftsleistung im nächsten Jahr kräftig steigen kann. Das ist aber unter der Voraussetzung zu sehen, dass die Infektionszahlen in Schach gehalten werden können. Falls nicht, wird es dazu kommen müssen, dass man bestimmte Wirtschaftsbereiche und möglicherweise auch wieder Schulen schließt. All das würde uns einen Fehlstart ins neue Jahr bescheren.

## 4. Welche Auswirkungen hatten die starken Einschränkungen auf den privaten Konsum?

Im Frühjahr hat man

gesehen, dass die Sparquote sehr stark gestiegen ist, also die Haushalte offensichtlich keine Möglichkeiten hatten, ihr Geld auszugeben beziehungsweise sehr vorsichtig waren. Dort, wo Geschäfte gemacht werden konnten, liefen sie sehr gut. Der Online-Handel hatte ein sehr gutes Jahr, der stationäre Einzelhandel hingegen wurde durch die Krise schwer gebeutelt.

## 5. Inwieweit ist auch der Finanzsektor bedroht?

Bislang sehen wir noch kein Überspringen auf den Bankensektor. Die Unternehmen werden großzügig mit Krediten, Liquidität und Bürgschaften unterstützt, sodass die Insolvenzgefahr bislang nicht besonders groß gewesen ist. Kommt es zu einer Insolvenzelle, und die ist nicht ausgeschlossen, dann könnte sie auch auf den Finanzsektor überschwappen. Das hätte dann auch erhebliche Konsequenzen für die Staatsfinanzen.

## 6. Wie lange reicht das Geld für Stützmaßnahmen der Bundesregierung?

Die Schuldenlast ist durchaus überschaubar. Wir werden dieses Jahr mit einer Staatsschuldenquote von ungefähr 69 Prozent abschließen. Das ist im internationalen Vergleich relativ gering. Ein wichtiger Indikator für die Frage, ob wir uns das alles leisten können, ist die Finanzierungsseite. Nach wie vor sind GeldanlegerInnen bereit, ihr Ersparnis zu negativen Zinsen an den deutschen Staat zu verleihen. Die Zuversicht, dass wir gut aus dieser Krise herausgehen, ist also relativ groß. Das eröffnet weiterhin große Spielräume, finanzielle Unterstützungen zu geben. Es wird sehr wahrscheinlich günstiger sein, jetzt die Krise entschlossen mit finanzpolitischen Maßnahmen zu bekämpfen, als dagegen anzusparen, um eine Staatsschuldenkrise vermeiden zu wollen. Die zeichnet sich aktuell nämlich nicht ab.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf  
[www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)

## VGR-TABELLEN

### Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2022

	2020	2021	2022	2020		2021		2022	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
<b>1. Entstehung des Inlandsprodukts</b>									
<b>Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Erwerbstätige	-1,0	-0,2	0,7	-0,5	-1,5	-0,8	0,5	0,7	0,7
Arbeitszeit, arbeitstätig	-5,2	3,3	1,6	-5,3	-5,1	3,7	3,0	1,2	1,9
Arbeitstage	1,5	0,1	-0,1	0,5	2,4	0,0	0,2	0,8	-1,0
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	-4,6	3,2	2,1	-5,1	-4,2	2,8	3,7	2,8	1,5
Produktivität <sup>1</sup>	-0,4	2,0	0,5	-1,4	0,5	2,6	1,5	0,9	0,0
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>-5,1</b>	<b>5,3</b>	<b>2,6</b>	<b>-6,5</b>	<b>-3,7</b>	<b>5,4</b>	<b>5,2</b>	<b>3,8</b>	<b>1,6</b>
<b>2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen</b>									
<b>a) Milliarden Euro</b>									
Konsumausgaben	2 463,4	2 633,1	2 755,0	1 197,1	1 266,3	1 270,0	1 363,1	1 346,8	1 408,2
Private Haushalte <sup>2</sup>	1 715,4	1 857,3	1 956,2	833,0	882,5	893,3	964,0	957,4	998,8
Staat	748,0	775,9	798,8	364,1	383,9	376,7	399,1	389,4	409,4
Anlageinvestitionen	735,8	777,7	820,1	354,6	381,2	368,3	409,4	393,3	426,8
Ausrüstungen	212,9	234,5	248,8	98,0	115,0	109,0	125,5	118,1	130,7
Bauten	388,2	401,1	422,2	193,0	195,2	191,9	209,2	204,5	217,7
Sonstige Anlageinvestitionen	134,7	142,1	149,2	63,6	71,1	67,4	74,7	70,7	78,5
Vorratsveränderung <sup>3</sup>	-64,6	-90,0	-92,5	-14,7	-49,9	-39,7	-50,3	-41,6	-50,8
Inländische Verwendung	3 134,7	3 320,8	3 482,6	1 536,9	1 597,7	1 598,6	1 722,2	1 698,5	1 784,2
Außenbeitrag	186,7	218,2	202,5	83,7	103,1	119,4	98,8	110,0	92,5
Exporte	1 432,9	1 552,4	1 640,1	703,3	729,7	753,0	799,4	814,3	825,8
Importe	1 246,2	1 334,3	1 437,7	619,6	626,6	633,6	700,7	704,3	733,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3 321,4</b>	<b>3 539,0</b>	<b>3 685,1</b>	<b>1 620,6</b>	<b>1 700,8</b>	<b>1 718,0</b>	<b>1 821,0</b>	<b>1 808,5</b>	<b>1 876,6</b>
<b>b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Konsumausgaben	-1,9	6,9	4,6	-2,3	-1,6	6,1	7,6	6,0	3,3
Private Haushalte <sup>2</sup>	-5,1	8,3	5,3	-5,8	-4,3	7,2	9,2	7,2	3,6
Staat	6,2	3,7	3,0	6,9	5,4	3,5	4,0	3,4	2,6
Anlageinvestitionen	-1,6	5,7	5,5	-1,6	-1,6	3,9	7,4	6,8	4,2
Ausrüstungen	-11,3	10,1	6,1	-15,5	-7,5	11,3	9,1	8,4	4,1
Bauten	3,9	3,3	5,3	6,7	1,3	-0,6	7,2	6,6	4,0
Sonstige Anlageinvestitionen	0,4	5,5	5,0	0,2	0,6	5,9	5,1	5,0	5,0
Inländische Verwendung	-3,5	5,9	4,9	-3,3	-3,8	4,0	7,8	6,2	3,6
Exporte	-11,4	8,3	5,6	-12,7	-10,1	7,1	9,6	8,1	3,3
Importe	-12,1	7,1	7,7	-11,7	-12,4	2,3	11,8	11,2	4,7
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>-3,7</b>	<b>6,6</b>	<b>4,1</b>	<b>-4,3</b>	<b>-3,2</b>	<b>6,0</b>	<b>7,1</b>	<b>5,3</b>	<b>3,1</b>
<b>3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt</b>									
<b>a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro</b>									
Konsumausgaben	2 306,6	2 434,8	2 512,1	1 120,5	1 186,2	1 184,3	1 250,5	1 237,1	1 275,0
Private Haushalte <sup>2</sup>	1 623,9	1 737,7	1 805,8	784,9	839,0	839,0	898,7	887,3	918,4
Staat	681,7	696,9	706,6	335,0	346,7	345,0	351,9	349,8	356,8
Anlageinvestitionen	662,5	689,5	714,5	318,7	343,8	327,7	361,8	343,9	370,6
Ausrüstungen	204,0	222,2	234,2	94,0	110,0	103,3	118,9	111,1	123,1
Bauten	331,3	336,1	345,1	163,8	167,5	161,7	174,4	168,1	177,0
Sonstige Anlageinvestitionen	125,0	129,9	134,3	59,3	65,7	61,9	68,0	64,0	70,4
Inländische Verwendung	2 921,5	3 048,0	3 149,7	1 434,2	1 487,3	1 478,3	1 569,7	1 546,6	1 603,1
Exporte	1 400,9	1 513,7	1 589,5	686,2	714,7	735,9	777,8	791,0	798,5
Importe	1 255,9	1 330,6	1 425,4	623,6	632,3	633,8	696,8	699,3	726,0
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3 068,5</b>	<b>3 232,0</b>	<b>3 317,3</b>	<b>1 498,2</b>	<b>1 570,3</b>	<b>1 579,7</b>	<b>1 652,2</b>	<b>1 639,3</b>	<b>1 678,0</b>
<b>b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Konsumausgaben	-2,8	5,6	3,2	-4,1	-1,6	5,7	5,4	4,5	2,0
Private Haushalte <sup>2</sup>	-5,5	7,0	3,9	-7,2	-3,9	6,9	7,1	5,8	2,2
Staat	4,1	2,2	1,4	3,8	4,3	3,0	1,5	1,4	1,4
Anlageinvestitionen	-3,2	4,1	3,6	-3,8	-2,6	2,8	5,2	4,9	2,5
Ausrüstungen	-12,5	8,9	5,4	-16,7	-8,6	9,9	8,1	7,6	3,5
Bauten	2,1	1,5	2,7	3,6	0,6	-1,3	4,2	3,9	1,5
Sonstige Anlageinvestitionen	-1,0	3,9	3,4	-1,2	-0,8	4,3	3,5	3,4	3,5
Inländische Verwendung	-4,2	4,3	3,3	-4,6	-3,8	3,1	5,5	4,6	2,1
Exporte	-11,0	8,0	5,0	-12,7	-9,3	7,2	8,8	7,5	2,7
Importe	-9,8	5,9	7,1	-9,3	-10,2	1,6	10,2	10,3	4,2
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>-5,1</b>	<b>5,3</b>	<b>2,6</b>	<b>-6,5</b>	<b>-3,7</b>	<b>5,4</b>	<b>5,2</b>	<b>3,8</b>	<b>1,6</b>

VGR-TABELLEN

**Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2022

	2020	2021	2022	2020		2021		2022	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
<b>4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015 = 100)</b>									
<b>Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Private Konsumausgaben <sup>2</sup>	0,5	1,2	1,4	1,5	-0,4	0,3	2,0	1,3	1,4
Konsumausgaben des Staates	2,0	1,4	1,6	3,0	1,1	0,5	2,4	1,9	1,2
Anlageinvestitionen	1,6	1,5	1,8	2,2	1,0	1,0	2,1	1,8	1,7
Ausrüstungen	1,4	1,1	0,7	1,4	1,3	1,2	0,9	0,7	0,6
Bauten	1,8	1,8	2,5	3,0	0,6	0,7	2,9	2,5	2,5
Exporte	-0,5	0,3	0,6	0,0	-0,9	-0,2	0,7	0,6	0,6
Importe	-2,6	1,1	0,6	-2,6	-2,5	0,6	1,5	0,7	0,4
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,4</b>	<b>1,2</b>	<b>1,5</b>	<b>2,4</b>	<b>0,6</b>	<b>0,5</b>	<b>1,8</b>	<b>1,4</b>	<b>1,5</b>
<b>5. Einkommensentstehung und -verteilung</b>									
<b>a) Milliarden Euro</b>									
Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	2 390,2	2 472,4	2 582,5	1 185,6	1 204,6	1 225,1	1 247,4	1 280,0	1 302,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	333,1	335,0	346,0	161,2	171,8	163,5	171,5	169,3	176,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 497,2	1 543,4	1 610,3	721,1	776,1	739,4	804,1	768,0	842,3
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	559,9	594,0	626,1	303,3	256,7	322,2	271,8	342,7	283,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	370,0	499,2	516,6	146,2	223,8	203,1	296,1	229,2	287,3
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>2 760,2</b>	<b>2 971,6</b>	<b>3 099,0</b>	<b>1 331,8</b>	<b>1 428,4</b>	<b>1 428,2</b>	<b>1 543,5</b>	<b>1 509,2</b>	<b>1 589,8</b>
Abschreibungen	656,5	668,3	691,1	329,1	327,4	331,8	336,5	343,5	347,6
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3 416,8</b>	<b>3 639,9</b>	<b>3 790,2</b>	<b>1 660,9</b>	<b>1 755,8</b>	<b>1 759,9</b>	<b>1 880,0</b>	<b>1 852,8</b>	<b>1 937,4</b>
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2 517,2	2 646,8	2 726,7	1 196,5	1 320,6	1 263,9	1 382,9	1 318,6	1 408,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	686,9	768,4	770,4	314,2	372,7	361,0	407,4	381,3	389,1
Arbeitnehmerentgelt	1 830,3	1 878,4	1 956,3	882,4	947,9	902,9	975,5	937,3	1 019,1
<b>b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	-1,4	3,4	4,5	-1,1	-1,7	3,3	3,6	4,5	4,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,7	0,6	3,3	2,6	2,8	1,4	-0,2	3,5	3,1
Bruttolöhne und -gehälter	-1,6	3,1	4,3	-0,8	-2,3	2,5	3,6	3,9	4,8
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	-3,2	6,1	5,4	-3,6	-2,8	6,2	5,9	6,4	4,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-22,7	34,9	3,5	-31,6	-15,6	38,9	32,3	12,9	-3,0
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>-4,9</b>	<b>7,7</b>	<b>4,3</b>	<b>-5,7</b>	<b>-4,2</b>	<b>7,2</b>	<b>8,1</b>	<b>5,7</b>	<b>3,0</b>
Abschreibungen	2,6	1,8	3,4	3,6	1,6	0,8	2,8	3,5	3,3
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>-3,6</b>	<b>6,5</b>	<b>4,1</b>	<b>-4,0</b>	<b>-3,2</b>	<b>6,0</b>	<b>7,1</b>	<b>5,3</b>	<b>3,1</b>
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	-1,8	5,1	3,0	-3,8	0,0	5,6	4,7	4,3	1,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-4,4	11,9	0,3	-12,5	3,8	14,9	9,3	5,6	-4,5
Arbeitnehmerentgelt	-0,8	2,6	4,1	-0,2	-1,5	2,3	2,9	3,8	4,5
<b>6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte</b>									
<b>a) Milliarden Euro</b>									
Masseneinkommen	1 524,5	1 565,6	1 605,0	732,6	792,0	758,6	807,0	770,7	834,3
Nettolöhne- und -gehälter	1 009,8	1 046,3	1 086,2	480,6	529,2	494,2	552,1	510,3	575,9
Monetäre Sozialleistungen	654,2	663,9	669,2	320,9	333,3	335,8	328,1	334,7	334,6
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen <sup>5</sup>	139,5	144,6	150,4	69,0	70,5	71,4	73,2	74,2	76,1
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	559,9	594,0	626,1	303,3	256,7	322,2	271,8	342,7	283,4
Sonstige Transfers (Saldo) <sup>6</sup>	-90,2	-92,0	-93,1	-45,7	-44,5	-46,5	-45,5	-47,1	-45,9
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1 994,2</b>	<b>2 067,6</b>	<b>2 138,1</b>	<b>990,1</b>	<b>1 004,1</b>	<b>1 034,3</b>	<b>1 033,3</b>	<b>1 066,4</b>	<b>1 071,7</b>
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	57,4	57,4	57,5	27,9	29,5	27,9	29,5	27,9	29,5
Konsumausgaben	1 715,4	1 857,3	1 956,2	833,0	882,5	893,3	964,0	957,4	998,8
Sparen	336,2	267,8	239,4	185,0	151,2	168,9	98,9	136,9	102,4
Sparquote in Prozent <sup>7</sup>	16,4	12,6	10,9	18,2	14,6	15,9	9,3	12,5	9,3
<b>b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
Masseneinkommen	2,2	2,7	2,5	2,2	2,3	3,6	1,9	1,6	3,4
Nettolöhne- und -gehälter	-1,0	3,6	3,8	-0,4	-1,6	2,8	4,3	3,3	4,3
Monetäre Sozialleistungen	7,9	1,5	0,8	6,6	9,2	4,7	-1,6	-0,4	2,0
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen <sup>5</sup>	3,0	3,7	4,0	3,2	2,8	3,6	3,8	3,9	4,0
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	-3,2	6,1	5,4	-3,6	-2,8	6,2	5,9	6,4	4,3
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1,2</b>	<b>3,7</b>	<b>3,4</b>	<b>1,0</b>	<b>1,5</b>	<b>4,5</b>	<b>2,9</b>	<b>3,1</b>	<b>3,7</b>
Konsumausgaben	-5,1	8,3	5,3	-5,8	-4,3	7,2	9,2	7,2	3,6
Sparen	52,6	-20,3	-10,6	49,2	57,1	-8,7	-34,6	-18,9	3,6

## VGR-TABELLEN

### Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2020 bis 2022

	2020	2021	2022	2020		2021		2022	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
<b>7. Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>a</sup></b>									
<b>a) Milliarden Euro</b>									
<b>Einnahmen</b>									
Steuern	755,4	813,4	863,0	386,6	368,9	415,6	397,8	437,3	425,7
direkte Steuern	419,8	422,9	444,7	212,3	207,5	213,2	209,7	224,2	220,5
indirekte Steuern	335,6	390,5	418,3	174,3	161,4	202,4	188,1	213,1	205,2
Nettosozialbeiträge	606,2	618,4	639,8	295,2	311,0	300,6	317,8	311,6	328,2
Vermögenseinkommen	19,7	18,3	18,2	12,0	7,7	10,7	7,6	10,7	7,5
Laufende Übertragungen	24,3	24,7	25,1	11,2	13,1	11,4	13,3	11,6	13,5
Vermögenstransfers	15,1	14,8	15,2	7,0	8,0	6,7	8,1	6,9	8,3
Verkäufe	123,0	128,0	132,0	58,0	65,0	60,4	67,6	62,4	69,6
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Insgesamt</b>	<b>1543,8</b>	<b>1617,8</b>	<b>1693,5</b>	<b>770,0</b>	<b>773,8</b>	<b>805,6</b>	<b>812,3</b>	<b>840,5</b>	<b>853,0</b>
<b>Ausgaben</b>									
Vorleistungen	205,4	206,8	212,1	97,7	107,7	97,0	109,7	99,6	112,6
Arbeitnehmerentgelte	282,7	288,8	295,4	136,3	146,5	139,4	149,4	142,5	152,8
Soziale Sachleistungen	307,2	329,1	340,9	150,2	157,0	160,9	168,2	168,4	172,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	23,8	20,7	18,6	11,8	12,0	10,1	10,6	9,0	9,6
Subventionen	92,5	65,6	46,0	38,9	53,6	38,1	27,5	22,4	23,5
Monetäre Sozialleistungen	593,2	602,8	607,9	290,6	302,7	305,4	297,4	304,1	303,8
Sonstige laufende Transfers	83,1	91,6	92,9	40,2	42,8	44,7	46,9	45,8	47,1
Bruttoinvestitionen	92,8	100,5	104,4	40,8	52,0	43,7	56,8	46,6	57,8
Vermögenstransfers	49,9	58,3	53,9	18,1	31,8	24,1	34,2	21,8	32,1
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,2	-1,2	-1,2	-0,5	-0,7	-0,5	-0,7	-0,5	-0,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
<b>Insgesamt</b>	<b>1729,9</b>	<b>1763,4</b>	<b>1771,2</b>	<b>824,2</b>	<b>905,6</b>	<b>863,1</b>	<b>900,2</b>	<b>859,8</b>	<b>911,4</b>
Finanzierungssaldo	-186,0	-145,5	-77,7	-54,2	-131,8	-57,6	-88,0	-19,3	-58,4
<b>b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr</b>									
<b>Einnahmen</b>									
Steuern	-8,7	7,7	6,1	-7,1	-10,3	7,5	7,8	5,2	7,0
direkte Steuern	-8,2	0,7	5,2	-8,7	-7,7	0,4	1,0	5,1	5,2
indirekte Steuern	-9,2	16,3	7,1	-5,0	-13,4	16,1	16,6	5,3	9,1
Nettosozialbeiträge	1,4	2,0	3,5	1,8	1,1	1,8	2,2	3,7	3,3
Vermögenseinkommen	-10,2	-7,1	-0,7	-9,1	-11,8	-10,3	-2,2	-0,4	-1,1
Laufende Übertragungen	-3,4	1,7	1,6	-1,0	-5,4	1,7	1,6	1,5	1,7
Vermögenstransfers	9,4	-1,5	2,2	15,9	4,4	-3,9	0,7	2,3	2,1
Verkäufe	-1,5	4,1	3,1	-1,1	-1,9	4,1	4,1	3,3	3,0
Sonstige Subventionen	-11,0	0,0	0,0	-7,9	-12,8	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>-4,1</b>	<b>4,8</b>	<b>4,7</b>	<b>-3,2</b>	<b>-5,1</b>	<b>4,6</b>	<b>5,0</b>	<b>4,3</b>	<b>5,0</b>
<b>Ausgaben</b>									
Vorleistungen	12,9	0,7	2,6	17,7	8,8	-0,7	1,9	2,6	2,6
Arbeitnehmerentgelte	4,1	2,2	2,3	4,5	3,8	2,3	2,0	2,2	2,3
Soziale Sachleistungen	2,3	7,1	3,6	1,6	2,9	7,1	7,1	4,6	2,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-13,3	-12,9	-10,4	-17,9	-8,4	-13,9	-11,9	-11,4	-9,4
Subventionen	200,4	-29,1	-30,0	170,7	226,4	-2,2	-48,6	-41,1	-14,6
Monetäre Sozialleistungen	8,8	1,6	0,9	7,3	10,2	5,1	-1,8	-0,4	2,2
Sonstige laufende Transfers <sup>9</sup>	8,9	8,6	1,3	3,6	5,4	4,5	4,1	1,1	0,2
Bruttoinvestitionen	7,7	8,2	3,9	8,3	7,3	7,0	9,2	6,6	1,8
Vermögenstransfers <sup>9</sup>	8,9	8,4	-4,4	29,3	17,7	33,4	7,5	-9,7	-6,1
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen <sup>9</sup>	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben <sup>9</sup>	0,0	0,0	0,0	3,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>11,0</b>	<b>1,9</b>	<b>0,4</b>	<b>10,1</b>	<b>11,9</b>	<b>4,7</b>	<b>-0,6</b>	<b>-0,4</b>	<b>1,2</b>

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Milliarden Euro.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW Wintergrundlinien 2020.





# Trumps protektionistische Handelspolitik hat ihre Ziele verfehlt

Von Paul Berenberg-Gossler, Geraldine Dany-Knedlik, David Kläffling und Claus Michelsen

## ABSTRACT

Nach seiner Wahl hat Donald Trump recht schnell seiner angekündigten America-First-Strategie Taten folgen lassen. So standen aggressive Interventionen im Zentrum von Trumps Handelspolitik. Ihm ging es vor allem darum, Produktionsstätten und Arbeitsplätze, die ins Ausland verlagert wurden, wieder zurück in die USA zu holen und Handelsbilanzdefizite zu senken. Es zeigt sich aber, dass die zahlreichen handelspolitischen Interventionen nur begrenzt Spuren in den Handelsströmen mit den wichtigsten Partnern hinterlassen haben. Lediglich beim Handel mit China ging das Defizit kurzzeitig etwas zurück. Die 2018 eingeführten Importzölle auf chinesische Güter haben auch dazu geführt, dass das verarbeitende US-Gewerbe, das auf Importe aus China als Vorleistungen angewiesen ist, dadurch mit höheren Produktionskosten zu kämpfen hat. Auch für den neuen US-Präsidenten Joe Biden ist China der größte Konkurrent im Welthandel. Während Trump allerdings auf Alleingänge setzte, beabsichtigt Biden, internationale Allianzen zu suchen, um die Verhandlungsposition gegenüber China zu verbessern. Diese Chance sollte die Europäische Union rechtzeitig ergreifen.

Eine knappe Mehrheit der US-Amerikanerinnen und Amerikaner hat Präsident Donald Trump am 3. November 2020 abgewählt<sup>1</sup> – und damit auch seine America-First-Strategie. Das Vermächtnis der vierjährigen Trump-Administration ist nicht zuletzt in den veränderten Handelsbeziehungen der USA sichtbar. Donald Trump vollzog eine Kehrtwende in der bisherigen Politik internationaler Zusammenarbeit: weg von einer auf den Freihandel konzentrierten Wirtschaftspolitik und zurück zur protektionistischen Handelspolitik, um heimische Produktionsstätten und Arbeitsplätze zurückzuholen und Handelsdefizite zu senken.

So kündigten die USA in den letzten vier Jahren zahlreiche multilaterale Handelsabkommen und schlossen neue bilaterale Verträge. Sie erhoben eine Vielzahl von Zöllen und Importabgaben auf Einfuhren aus wichtigen Partnerländern und bauten verstärkt nichttarifäre Handelshemmnisse auf, wie beispielsweise durch Vorschriften, die einen fixen Anteil der lokalen Industrie in der Wertschöpfung der Automobilindustrie diktieren.

Viele der Maßnahmen, die konkret gegen einen Handelspartner gerichtet waren, lösten Vergeltungsspiralen aus. So erhoben betroffene Volkswirtschaften Gegenzölle, auf die die US-Regierung wiederum mit weiteren Maßnahmen reagierte. Kontinuierlich warnten Ökonomeninnen und Ökonomen vor den negativen wirtschaftlichen Folgen dieses wiederaufflammenden Handelsprotektionismus für alle Beteiligten.<sup>2</sup>

Dieser Beitrag analysiert, wie die Handelspolitik der Trump-Administration multilaterale Waren- und Dienstleistungsströme verändert und wie sich dies auf die US-Wirtschaft und den Außenhandel mit den wichtigsten Handelspartnern ausgewirkt hat.

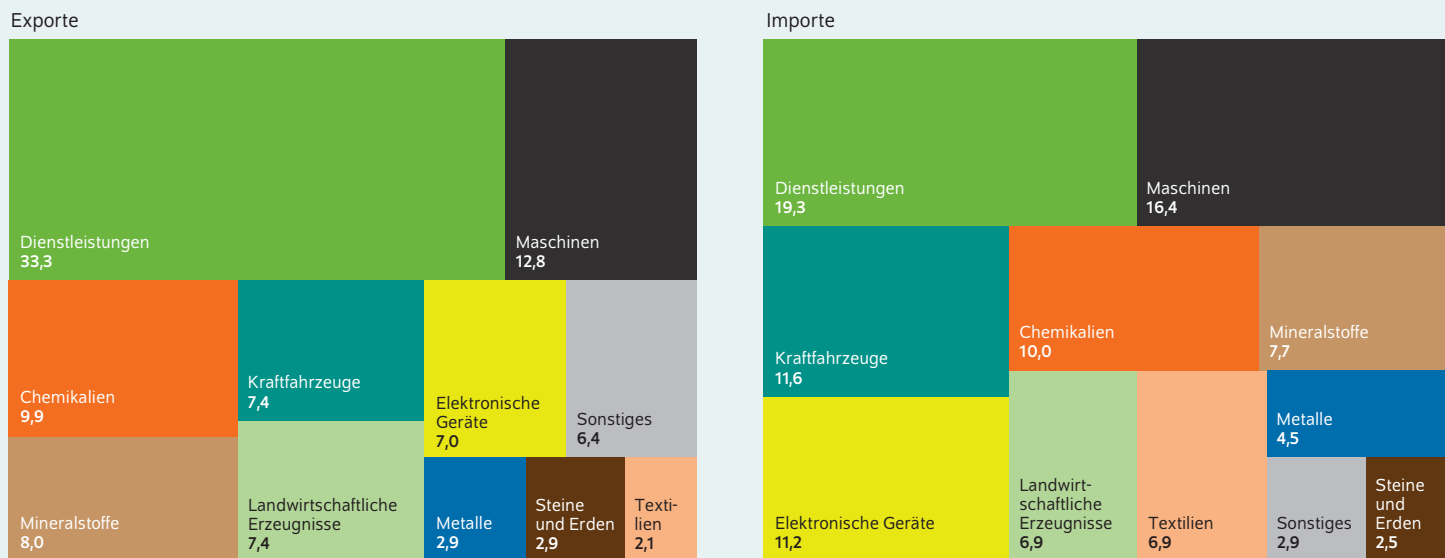
<sup>1</sup> Am 14. Dezember 2020 wird das Electoral College, bestehend aus den Wahlleuten aller US-Staaten, offiziell den Präsidenten und seinen Vize wählen. Biden liegt mit 306 Wahlleuten deutlich vor Donald Trump. Seine Bestätigung als Präsident gilt damit nur als Formalie.

<sup>2</sup> Vgl. Gabriel Felbermayr und Marina Steininger (2016): Wie gefährlich ist die angekündigte Handelspolitik von Donald Trump?. ifo Schnelldienst, 69(22), 34–41.

Abbildung 1

**US-Exporte und -Importe 2018**

Anteile verschiedener Produktkategorien in Prozent



Quellen: Atlas of Economic Complexity; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Die USA exportieren vor allem Dienstleistungen, insbesondere im Bereich Informationstechnik, Finanzen und Versicherungen. Dienstleistungen haben bei den US-Exporten ein größeres Gewicht als bei den Importen.

**USA im Welthandel: Hoher Anteil an Dienstleistungsexporten**

Als größte Volkswirtschaft der Welt spielen die Vereinigten Staaten auch eine wichtige Rolle im internationalen Waren- und Dienstleistungshandel. So werden rund 14 Prozent aller weltweit gehandelten Waren und Dienstleistungen von den Vereinigten Staaten importiert. Nach der EU mit rund 25 Prozent sind die USA damit eine der importstärksten Regionen weltweit. Der Anteil der USA an den Weltexporten ist allerdings mit neun Prozent um einiges kleiner.

Die Ein- und Ausfuhren der Vereinigten Staaten nach Produktkategorien zeigen, dass Dienstleistungen entsprechend der binnenwirtschaftlichen Struktur auch für den US-Außenhandel eine zentrale Bedeutung haben. Mit einem Anteil von 33 Prozent an den Exporten gehören die USA zu den Spitzenexporteuren von Dienstleistungen (Abbildung 1). Zwar gibt es einige Länder wie Frankreich oder Italien, die in ähnlich hohem Maße Dienstleistungen für das Ausland bereitstellen, allerdings sind dies hauptsächlich touristische Angebote. Die Vereinigten Staaten hingegen exportieren zu einem Großteil informationstechnische sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. In diesen beiden Produktkategorien haben die USA mit Abstand den höchsten Exportanteil weltweit.

Der Großteil der Warenexporte verteilt sich auf Maschinen, Chemierzeugnisse, Fahrzeuge, Rohstoffe, Elektronik und

landwirtschaftliche Erzeugnisse. Bei den Einfuhren entfällt die Hälfte auf Waren aus den Produktkategorien Maschinen, Fahrzeuge, Elektronik und Chemierzeugnisse. Nur 20 Prozent der US-Importe sind Dienstleistungen (Abbildung 1). Anteilig werden also weniger Waren exportiert als importiert, was darauf hindeutet, dass die Vereinigten Staaten Wareneinfuhren vermehrt für den Endverbrauch und weniger zur Herstellung von Exportgütern verwenden.

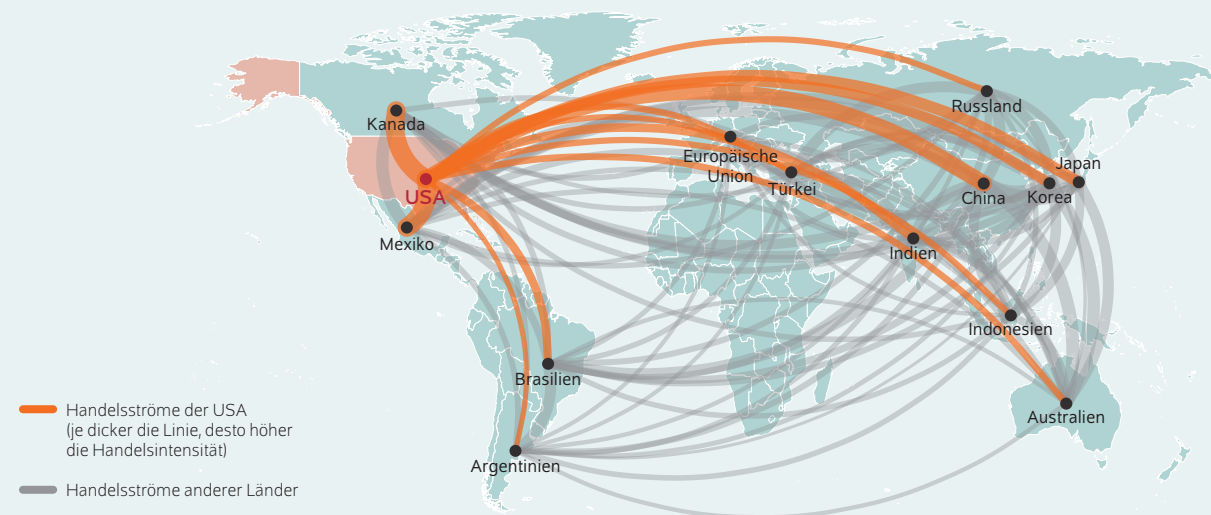
Insgesamt handeln die USA zu 90 Prozent mit den drei auch für den Welthandel bedeutsamsten Regionen: Asien, Nordamerika und Europa (Abbildung 2). Dabei erwerben die Vereinigten Staaten rund 40 Prozent der Importe in Asien, 30 Prozent in Ländern des nordamerikanischen Kontinents und rund 20 Prozent in Europa. Die größte Abnehmerregion der US-Exporte mit 37 Prozent ist Nordamerika, danach folgen Asien und Europa mit rund 30 beziehungsweise 20 Prozent an den US-Ausfuhren. So finden sich unter den sieben größten Partnerländern für den Handel Kanada, Mexiko, China, Japan, Deutschland, Südkorea und das Vereinigte Königreich.

Insgesamt importieren die Vereinigten Staaten aus diesen Ländern mehr, als sie in diese exportieren und das schon seit längerer Zeit. Das seit Anfang der 1970er Jahre bestehende chronische Handelsbilanzdefizit (Abbildung 3) erklärt sich zu einem Großteil durch das Defizit im Handel mit China, aber auch durch überschüssige Importe aus der Europäischen Union, Japan und Mexiko. Zwar gibt die

Abbildung 2

**Durchschnittliche bilaterale Handelsintensität<sup>1</sup> zwischen den USA und 13 Ländern während der Trump-Administration (Januar 2017 bis Januar 2020)**

In Dollar<sup>2</sup>



1 Die Handelsintensität berechnet sich aus der Summe der bilateralen Im- und Exporte in Relation zum gemeinsamen Bruttoinlandsprodukt.  
2 Inflationsbereinigt in Preisen von 2019.

Quellen: IWF Direction of Trade Statistics (DOTS); World Bank Development Indicators; eigene Berechnungen.

Die US-Handelsströme konzentrieren sich auf Nordamerika, Asien und Europa.

offizielle America-First-Strategie nicht explizit die Reduktion der Handelsbilanzdefizite mit Partnerländern als Ziel an. Der Präsident selbst formulierte dennoch das Ziel „fairer“ Handelspartnerschaften und bezeichnete vielfach die Handelsüberschüsse als ein zentrales Problem. Daher setzte die handelspolitische Agenda der Trump-Administration genau bei den Partnerländern mit ausgeprägtem Importüberschuss an.<sup>3</sup>

**Handelspolitik: Kündigung von Handelsabkommen und höhere Zölle**

Wie im Wahlkampf angekündigt, war die Neuausrichtung der US-Handelspolitik ein Eckpfeiler der Wachstumsstrategie des America-First-Programms. So erklärte die Trump-Administration, dass unfaire Handelsabkommen zur Abwanderung von Produktionsstätten und entsprechenden Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe sowie zum anhaltend großen Handelsbilanzdefizit geführt hätten. Durch Kündigung oder Neuverhandlungen von Handelsabkommen ginge die Trump-Administration gegen jene Handelspartnerländer vor, die dem US-Arbeitsmarkt schaden.<sup>4</sup>

Entsprechend hat die Trump-Administration eine aktive Neuausrichtung der Handelspolitik betrieben und löste, oftmals unter Androhung oder tatsächlicher Erhebung von Importzöllen, Neuverhandlungen bestehender Handelsabkommen aus (Abbildung 4). Kurz nach seinem Amtsantritt am 23. Januar 2017 beschloss Trump den Rückzug der USA aus der Transpazifischen Partnerschaft (Trans-Pacific Partnership, TPP).<sup>5</sup> Im Rahmen der TPP wurden innerhalb eines siebenjährigen Verhandlungsprozesses Handelsbarrieren, unter anderem mit Importzöllen um neunzig Prozent, unter ursprünglich zwölf Ländern erheblich reduziert. Die TPP umfasste Länder wie die USA, Australien, Japan, Malaysia, aber auch Mexiko und Peru. Neben der massiven Senkung von Handelsbarrieren diente das Abkommen auch dazu, die zentrale Rolle Chinas im asiatischen Raum zu schmälern und den Einfluss der Vereinigten Staaten in dieser Region zu stärken.<sup>6</sup>

Auch tri- und bilaterale Abkommen mit den größten Handelspartnern wurden mit denselben Mitteln zur Disposition gestellt. Die US-Regierung drohte den Rückzug aus bestehenden Abkommen wie dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (North American Free Trade Agreement,

<sup>3</sup> Vgl. Website des Weißen Hauses mit der offiziellen Position der US-Administration zur America-First-Strategie, 24. Februar 2017 (online verfügbar, abgerufen am 29. November 2020). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders angegeben.

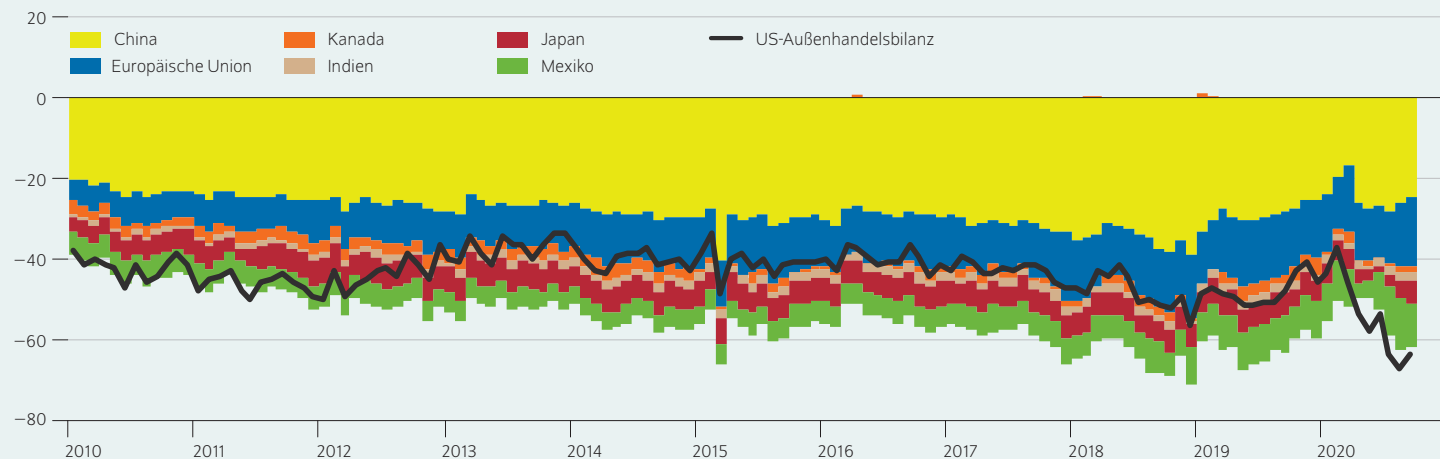
<sup>4</sup> Vgl. Website des Weißen Hauses mit der offiziellen Position der US-Administration zu Handelsabkommen, 24. Februar 2017 (online verfügbar).

<sup>5</sup> Vgl. vorläufiger Text des Trans-Pacific Strategic Economic Partnership Agreement (online verfügbar).

<sup>6</sup> Nach der gescheiterten TPP verabschiedeten die verbleibenden Länder ein ähnlich umfassendes Abkommen unter sich und ratifizierten es 2018 (Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership, CPTPP).

Abbildung 3

**Außenhandelsbilanz der USA insgesamt und mit ausgewählten Ländern**  
In Billionen US-Dollar



Quellen: U.S. Census Bureau; U.S. Bureau of Economic Analysis; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Das Handelsbilanzdefizit der USA erklärt sich zu einem großen Teil durch das Handelsdefizit mit China.

NAFTA) und dem Freihandelsabkommen mit Südkorea an. Darüber hinaus verhängten die Vereinigten Staaten Importzölle, um die Partnerländer zu neuen Verhandlungen zu zwingen. So beschloss die US-Regierung im Januar 2018 Einfuhrzölle in Höhe von zunächst 30 beziehungsweise 20 Prozent auf End- und Zwischenproduktion von Solarzellen und Waschmaschinen. Im März verhängten die USA Zölle von 25 Prozent auf Stahl und zehn Prozent auf Aluminium, von denen zunächst wichtige Partnerländer, wie Mexiko und die EU, ausgenommen blieben.<sup>7</sup> Im Zuge der Neuverhandlungen der Handelsabkommen, wie dem Nachfolger des NAFTA mit Kanada und Mexiko, wurden die Ausnahmen wiederholt aufgehoben und wieder eingeführt, um die amerikanische Verhandlungsposition zu stärken.

Die bis dahin eingeführten Importzölle zielten hauptsächlich auf den Handel mit China, da die US-Importe der Produktgruppen in den Bereichen Solarzellen, Waschmaschinen und Aluminium zu erheblichen Teilen aus China stammen. Dies provozierte wiederum Vergeltungsmaßnahmen der betroffenen Partnerländer, allen voran Chinas. Insbesondere der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China eskalierte in den Jahren 2018 und 2019 (Kasten).

Trotz der Konflikte konnte die Trump-Administration innerhalb von vier Jahren vier größere Abkommen mit wichtigen Handelspartnern abschließen: Den NAFTA-Nachfolger, United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA), den Phase-One-Deal mit China und die Freihandelsabkommen mit Japan und Südkorea. Schon bei den Abschlüssen der Abkommen war allerdings fraglich, ob die USA damit

ihre Handelsposition tatsächlich verbessern. Im Abkommen mit Südkorea sind beispielsweise höhere Autoimporte aus den USA vereinbart, allerdings reichten die Einfuhren von US-Automobilen nach Südkorea in den letzten Jahren kaum an die niedrigere Importgrenze des alten Abkommens heran. Auch das Handelsabkommen mit China zielte weniger darauf, die in den letzten Jahren aufgebauten chinesischen Handelsbarrieren zu reduzieren, als vielmehr den Export US-amerikanischer Erzeugnisse aus der Land- und der Energiewirtschaft und des verarbeitenden Gewerbes bis in das Jahr 2021 zu erhöhen.

Die aggressive Handelspolitik der Trump-Administration erhöhte auch die Spannung zwischen den USA und der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf. Das Verhältnis ist allerdings nicht erst seit der Wahl Trumps zerrüttet.<sup>8</sup> Bereits in der Obama-Administration vertraten die USA die Position, dass die WTO vor allem bei den Schiedsverfahren in zweiter Instanz (Appellate Body) ihre juristischen Kompetenzen überschreitet. Deswegen blockierten sowohl Obama als auch Trump turnusmäßige Neubesetzungen<sup>9</sup>, wodurch diese Instanz seit Dezember 2019 nicht mehr beschlussfähig ist.

Im chinesisch-amerikanischen Handelsstreit führte diese Blockade dazu, dass dem Einspruch Chinas gegen die im Jahr 2018 eingeführten US-Strafzölle in erster Instanz im September 2020 stattgegeben wurde, es in zweiter Instanz aber auf Eis liegt. Hinzu kommt, dass die USA die von allen Ländern akzeptierte Nominierung der

<sup>7</sup> Die EU, Kanada, Mexiko, Australien, Argentinien, Brasilien und Südkorea waren zunächst ausgenommen.

<sup>8</sup> Keith Johnson (2019): How Trump May Finally Kill the WTO. Foreign Policy vom 9. Dezember (online verfügbar, abgerufen am 26. November 2020).

<sup>9</sup> Johnson (2019), a. a. O.

nigerianischen Entwicklungsökonomin Ngozi Okonjo-Iweala zur WTO-Generalsekretärin, die auf eine Reform der WTO drängt, blockieren.<sup>10</sup>

### Wirkung der US-Handelspolitik bisher überschaubar

Betrachtet man den US-Handel mit den wichtigsten Partnerländern seit dem Jahr 2016 zeigt sich, dass die zahlreichen handelspolitischen Interventionen nur begrenzt Spuren in den aggregierten Handelsströmen hinterlassen haben. Seit dem Jahr 2018 sanken bislang lediglich die US-Warenexporte und -importe in die und aus der chinesischen Volksrepublik deutlich (Abbildung 5).<sup>11</sup> Die Warenexporte nach China gingen zwischen 2017 und 2019 um rund 18 Prozent und die Warenimporte aus China um 32 Prozent zurück. In Anbetracht des Ausmaßes der Zollerhebungen zwischen den Vereinigten Staaten und China sind die Änderungen der Handelsströme aber recht gering.

Der Warenhandel mit anderen wichtigen Handelspartnern wie der EU, Japan, Kanada oder Mexiko hat in den letzten vier Jahren weiter zugelegt, im Jahr 2019 allerdings mit einer geringeren Dynamik als zuvor. Vor allem die Warenexporte der USA scheinen seit Mitte 2018 bis Ende 2019 zu stagnieren. Der Dienstleistungshandel scheint hingegen kaum von den Handelsinterventionen berührt.

Die Entwicklung der US-Handelsbilanz insgesamt und gegenüber ausgewählten Partnerländern in den letzten Jahren zeigt, dass sich das US-Defizit nur zum Ende des Jahres 2019 leicht verringert hat, was sich wohl durch eine gleichlaufende Senkung des Handelsbilanzdefizits mit China erklärt (Abbildung 3). In diesem Jahr hat sich das Handelsbilanzdefizit jedoch wieder deutlich erhöht, da im Zuge der weltweiten Corona-Krise US-Exporte, insbesondere nach Europa, deutlich stärker zurückgegangen sind als US-Importe.

Das Bild ändert sich allerdings, wenn verschiedene Sektoren betrachtet werden. Die im Jahr 2018 eingeführten Zölle, die den Import chinesischer Güter reduzieren sollten, haben ihr Ziel stellenweise erreicht. Obwohl sie teilweise wieder aufgehoben wurden, trafen diese Zölle vor allem Stahl-, Aluminium- und Elektronikimporte. Dort hatten sie einen spürbaren Effekt auf das Importvolumen aus China (Abbildung 6), das sich seit Einführung der Zölle merklich reduziert hat.

Gleichzeitig heißt das aber auch, dass die durch die Zölle erhöhten Einfuhrkosten auf andere Sektoren, die auf ausländische Güter für ihre Produktion angewiesen sind, abgewälzt werden. In diesen Sektoren sind vor allem die Importpreise gestiegen. Ein Beispiel hierfür sind Importe von Haushaltsgeräten und elektrischen Motoren (NAICS Sektor 335: Electrical, Equipment, Appliances & Components),

<sup>10</sup> BBC (2020): US tries to block Ngozi Okonjo-Iweala, who would be first African WTO head, 28. Oktober (online verfügbar, abgerufen am 26. November 2020).

<sup>11</sup> Ausgenommen sind hier die Effekte der Covid-19-Pandemie, die in diesem Jahr zu einem erheblichen Einbruch in den globalen Handelsströmen führte.

#### Kasten

### Fünf Phasen des chinesisch-amerikanischen Handelskonflikts

Eines der erklärten Ziele von Trumps Handelspolitik war es, die Außenhandelsdefizite der USA gegenüber den Handelspartnern zu verringern. Mit 345 Milliarden Dollar im Jahr 2019 weist China das mit Abstand größte bilaterale Handelsdefizit gegenüber den USA auf, weswegen China in der handelspolitischen Agenda der Trump Administration eine zentrale Rolle einnimmt.<sup>1</sup>

Eine im August 2017 in Auftrag gegebene Untersuchung des US-Handelsbeauftragten kam zu dem Ergebnis, dass China unlautere Handelspraktiken anwende. Daraufhin kündigte Präsident Trump im März 2018 erstmals Zölle auf chinesische Importe im Wert von bis zu 60 Milliarden Dollar an. Derzeit erheben die Vereinigten Staaten Zölle in Höhe von 25 Prozent auf Importgüter aus China im Wert von etwa 250 Milliarden Dollar und Zölle in Höhe von 7,5 Prozent auf chinesische Warenimporte im Wert von etwa 112 Milliarden Dollar.<sup>2</sup> Die Zölle auf chinesische Waren machen mit derzeit 70,9 Milliarden Dollar den Großteil der rund 80 Milliarden Dollar Zolleinnahmen insgesamt aus, was die Bedeutung Chinas in der US-Handelspolitik eindrucksvoll unterstreicht.

In dem andauernden Handelsstreit stellen gegenseitige Strafzollerhöhungen auf Importe den wichtigsten Pfeiler dar (Abbildung). Es lassen sich seit Anfang 2018 fünf Phasen ausmachen. Im ersten Halbjahr 2018 kam es nur zu einer moderaten Erhöhung der Zölle. In diese Zeit fallen Zollerhöhungen der USA auf Aluminium und Stahl, die mit nationalen Sicherheitsinteressen begründet wurden, und im Gegenzug chinesische Zölle auf Produkte im Wert von drei Milliarden Dollar, wie Wein oder Schweinefleisch.

Im Juli 2018 begann der Handelskonflikt zu eskalieren und führte bis September 2018 auf beiden Seiten zu einer starken Erhöhung der Zölle: In dieser zweiten Phase stiegen die US-Durchschnittszölle von 3,8 Prozent auf 12,0 Prozent, die Durchschnittszölle Chinas von 7,2 Prozent auf 18,3 Prozent. Ausgangspunkt dafür war die Umsetzung der Ankündigung Trumps, Strafzölle von 25 Prozent auf chinesische Produkte, wie beispielsweise Spielzeug und Elektronikgeräte, im Wert von etwa 50 Milliarden Dollar zu erheben. Die Zölle wurden in zwei Stufen am 6. Juli und 23. August 2018 für chinesische Importe im Wert von 34 Milliarden beziehungsweise 16 Milliarden Dollar umgesetzt. Als Antwort setzte China ebenfalls einen Zoll von 25 Prozent auf ein Warenbündel amerikanischer Produkte im Wert von 50 Milliarden US-Dollar fest, von landwirtschaftlichen Erzeugnissen bis hin zu Automobilen.

<sup>1</sup> Vgl. Website des United States Census Bureau.

<sup>2</sup> Vgl. Erica York (2020): Tracking the Economic Impact of U.S. Tariffs and Retaliatory Actions. Berechnungen der Tax Foundation, 18. September (online verfügbar).

Die dritte Phase umfasst den Zeitraum von September 2018 bis Juni 2019, in dem die Zeichen auf Entspannung standen. Im Dezember 2018 einigten sich beide Staaten am Rande des G20-Gipfels in Buenos Aires darauf, zunächst von weiteren Zöllen abzusehen, um den Handelskonflikt zu entschärfen. Während dieser Phase der Entspannung senkte China beispielsweise die Zölle auf amerikanische Kraftfahrzeuge, während die USA auf die angedrohte Erhöhung der Zölle auf 25 Prozent Anfang des Jahres 2019 verzichteten.

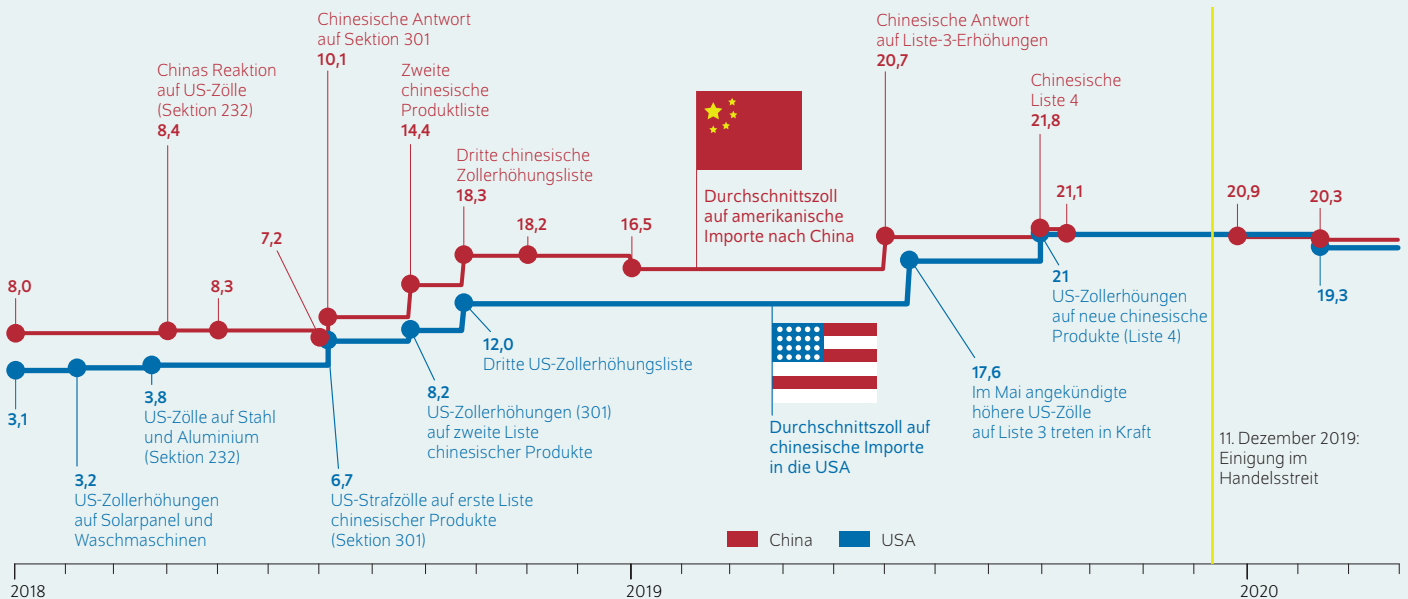
Von Juni bis September 2019 kam es dann zu einer weiteren Reihe von Zollerhöhungen, infolge derer der US-Durchschnittszoll um neun Prozentpunkte auf 21 Prozent und der chinesische um 4,6 Prozentpunkte auf 21,1 Prozent stieg.<sup>3</sup> Die US-Regierung kündigte im August 2019 an, ab 1. September 2019 einen neuen Zoll von zehn Prozent auf zusätzliche chinesische Waren im Wert von rund 300 Milliarden Dollar einzuführen. Dies sollte zweistufig mit einem Zehn-Prozent-Zoll auf Importe zunächst im Wert von 112 Milliarden Dollar ab dem 1. September 2019 (Stufe 4a) und weiteren 160 Milliarden Dollar am 15. Dezember 2019 (Stufe 4b) erfolgen.

Bevor die Stufe 4b jedoch umgesetzt werden konnte, handelte die US-Regierung den sogenannten Phase-One-Deal mit China aus und stimmte zu, diese Zölle auf unbestimmte Zeit zu verschieben und Anfang 2020 die Zölle der Stufe 4a von 15 Prozent auf 7,5 Prozent zu halbieren. Das Abkommen verhinderte also einen weiteren Anstieg der Zölle, führte jedoch bis auf kleinere Ausnahmen nicht maßgeblich zur Reduktion der Zollsätze. Daher stellt die aktuelle fünfte Phase mit Durchschnittszöllen, die sich trotz des Abkommens auf einem erhöhten Niveau eingependelt zu haben scheinen, eine Art neue Normalität dar.

<sup>3</sup> Chad P. Bown (2019): US-China Trade War Tariffs: An Up-to-Date Chart. PIIE Chart, Peterson Institute for International Economics (online verfügbar).

Abbildung

### Wichtige Ereignisse im Handelsstreit zwischen den USA und China Zölle in Prozent

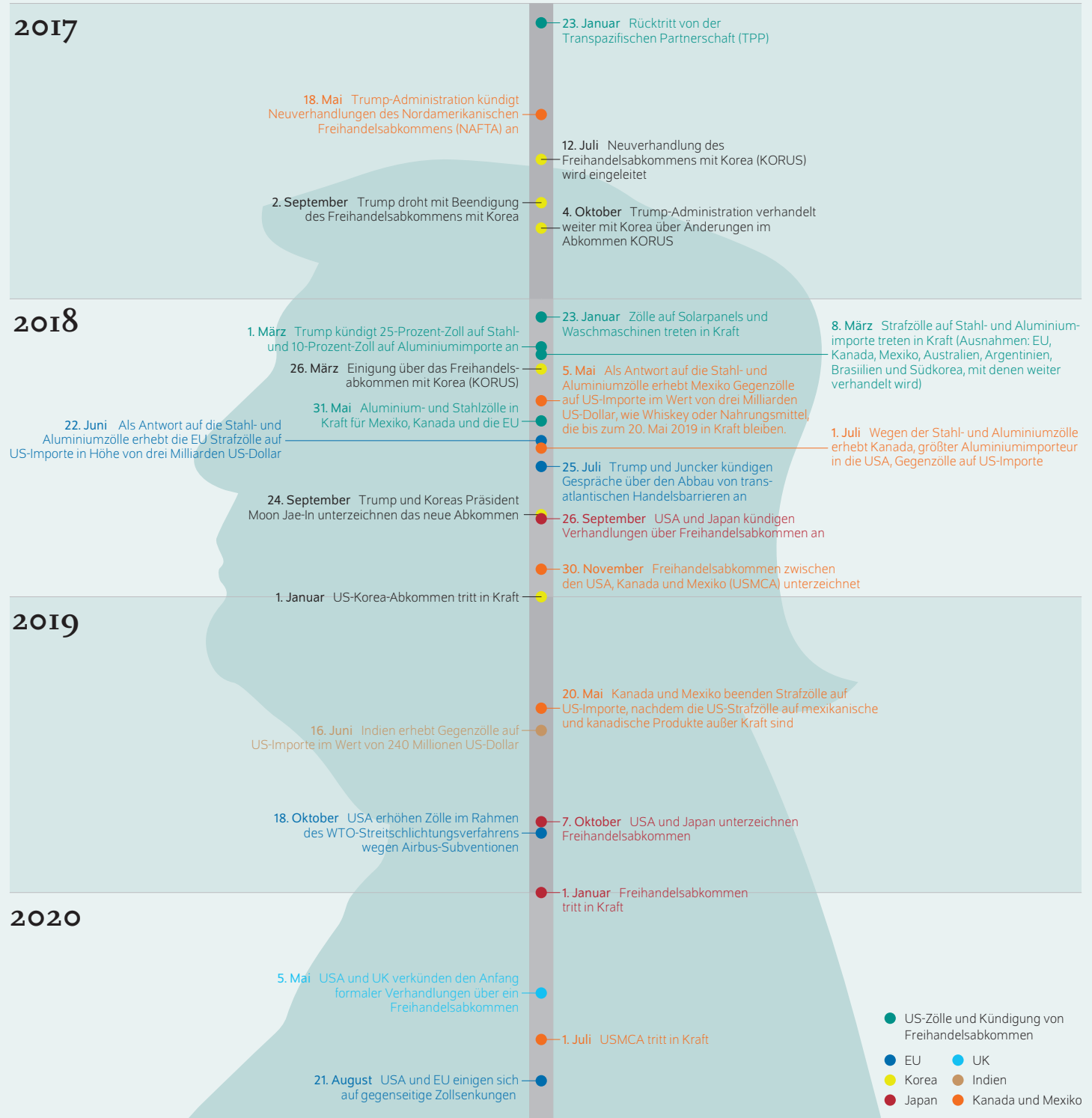


Quelle: Peterson Institute of International Economics.

Die USA haben mit der Ankündigung auf Zölle eine Vergeltungsspirale ausgelöst, die erst mit dem Phase-One-Deal im Dezember 2019 gestoppt werden konnte.

Abbildung 4

Wichtige Ereignisse in der US-Handelspolitik gegenüber ausgewählten Handelspartnerländern (außer China)



Quellen: Peterson Institute of International Economics; eigene Recherchen.

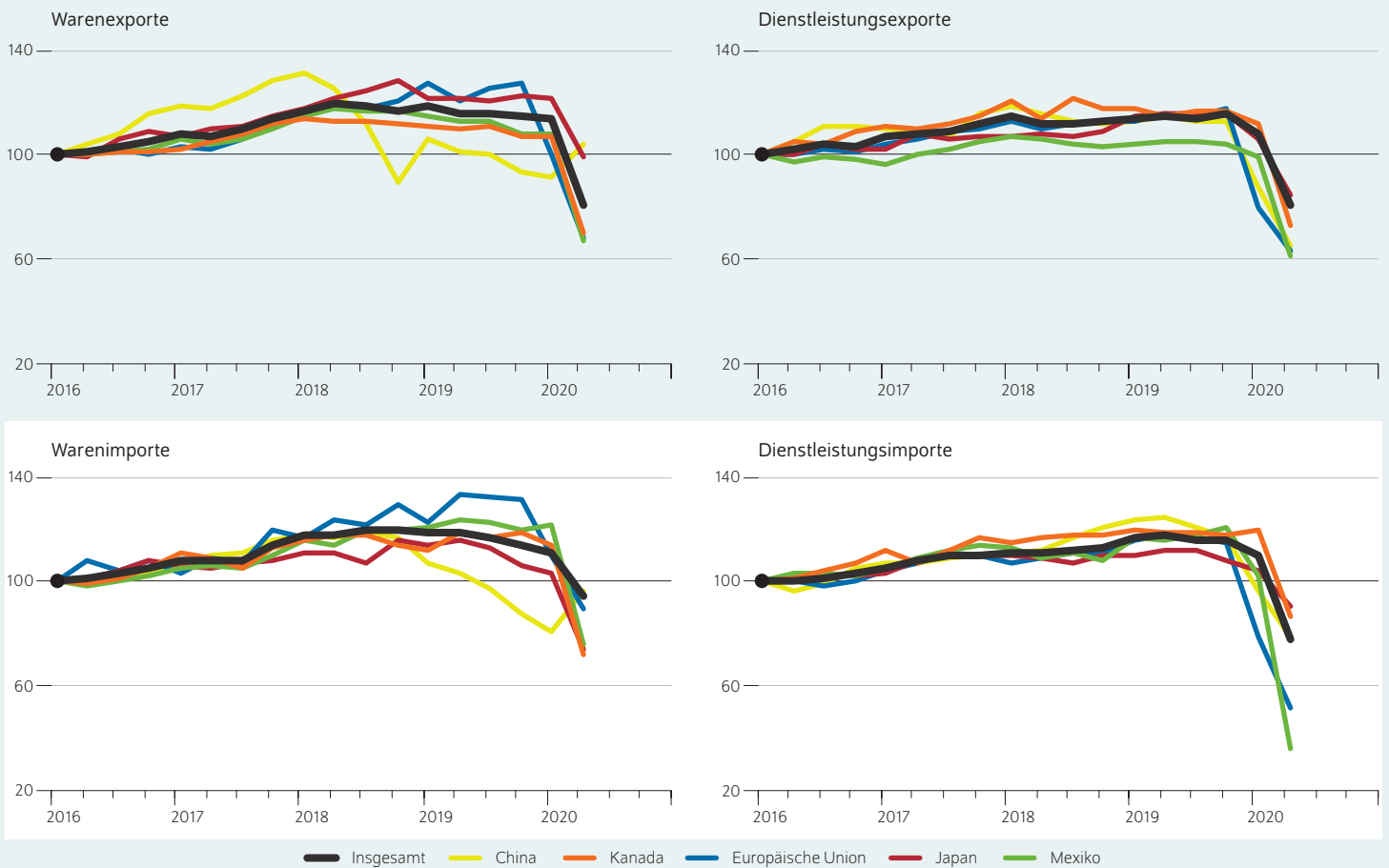
© DIW Berlin 2020

Neue Handelsabkommen haben die USA unter Trump mit Kanada, Mexiko, Südkorea und Japan geschlossen. Daneben gibt es auch ein Abkommen mit China (Kasten).



Abbildung 5

**Entwicklung der nominalen US-Importe und -Exporte von Waren und Dienstleistungen mit ausgewählten Partnerländern**  
 Indexiert (Januar 2016 = 100)



Quellen: U.S. Bureau of Economic Analysis; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Auffällige Änderungen in den aggregierten US-Importen und -Exporten lassen sich nur beim Warenhandel mit China erkennen.

wo sich der zusätzliche Aufschlag von 25 Prozent in den Importpreisen niederschlägt.<sup>12</sup>

Deshalb stellt sich in diesem Fall die Frage, wie sich diese zusätzlichen Kosten auf verschiedene Bundesstaaten und Bevölkerungsschichten aufteilen. Insbesondere das verarbeitende Gewerbe, das auf Importe aus China als Vorleistungen angewiesen ist, hat dadurch mit höheren Produktionskosten zu kämpfen. Dies betrifft vor allem die sogenannten Rust-Belt-Staaten sowie Mississippi und Alabama und damit Bundesstaaten, in denen die Unterstützung für Trump in der Wahl im Jahr 2016 besonders groß war. Zusätzlich wirken sich die Vergeltungszölle Chinas gerade in diesen republikanischen Staaten negativ aus.<sup>13</sup> Eine Aufteilung und Rück-

führung dieser Mehrkosten über das amerikanische Steuersystem kann hier nur bedingt angenommen werden.<sup>14</sup>

**Handelspolitik hat US-Konjunktur geschadet**

Die aggressive Handelspolitik in den USA hat gesamtwirtschaftlich negativ gewirkt, da sich die Preise von mit

<sup>12</sup> Die offiziellen Zahlen des U.S. Bureau of Labor Statistics zeigen einen deutlichen Anstieg der Importpreisindizes ab Januar 2018 (online verfügbar).

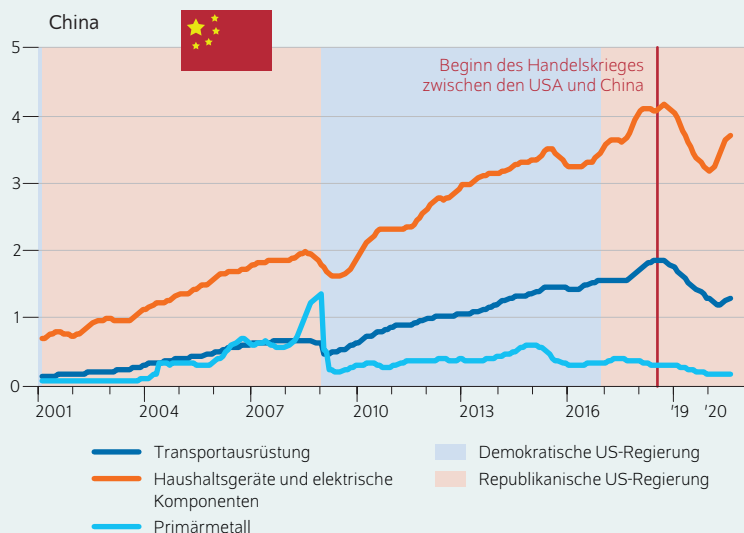
<sup>13</sup> Theorien der internationalen Makroökonomik legen nahe, dass Importzölle, aber auch Exportsubventionen und quantitative Begrenzungen von Importen zu gesamtwirtschaftlichen Produktions- und Wohl-

fahrtsverlusten führen. So ist damit zu rechnen, dass ein höherer Zoll auf ein importiertes Gut den Preis im Importland erhöht. Kalkül und ausgewiesenes Ziel der America-First-Strategie ist, dass dadurch die relative Profitabilität der inländischen Produktion steigt und das Gut vermehrt im Inland produziert wird. Tatsächlich aber steigen nicht nur die Preise der importierten Güter. Auch die Preise der inländischen Güter bleiben höher als vor der Erhebung des Importzolls, wodurch die nachgefragte Menge dieses Gutes insgesamt und damit auch die Wohlfahrt der inländischen Haushalte sinken. Zudem werden Produktionskapazitäten aus dem Bereich der handelbaren Güter abgezogen, da inländische Ressourcen durch den Zoll auf den unproduktiveren Sektor umgeleitet werden. Insgesamt sinkt das gesamtwirtschaftliche Produktionsniveau mit Einführung der Handelsbeschränkungen.

<sup>14</sup> Emmanuel Saez und Gabriel Zucman (2020): The Rise of Income and Wealth Inequality in America: Evidence from Distributional Macroeconomic Accounts. Journal of Economic Perspectives 34, no. 4, 3–26.

Abbildung 6

**US-Importe aus China für ausgewählte Sektoren**  
Trendkomponente in Milliarden Dollar



Anmerkungen: Die Trendkomponente besteht aus dem gleitenden Durchschnitt über die Originalzeitreihe und zeigt langfristige Entwicklungen. Die senkrechte rote Linie markiert die De-facto-Eskalation des Handelsstreits mit der Einführung der Zölle (Section 232 und 301) im Juli 2018.

Quellen: USITC Dataweb; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Die Einführung von Zöllen auf chinesische Einfuhren ließ die Importe kurzzeitig zurückgehen. Sie erholen sich inzwischen wieder.

Importzöllen belegten Güter deutlich erhöht haben.<sup>15</sup> Die Wohlfahrtsverluste der US-Konsumenten, die sich aus den bis Dezember 2018 erhobenen Importzöllen ergeben, beziffern Studien auf jährlich mehr als 50 Milliarden Euro.<sup>16</sup>

Neben gesamtwirtschaftlichen Einbußen legen Studien nahe, dass aufgrund der Vergeltungszölle und Maßnahmen sogar bis zu 75 000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe der USA verloren gingen.<sup>17</sup> Damit ist das Ziel der America-First-Strategie, Arbeitsplätze zurückzuholen oder zu schützen, bislang nicht aufgegangen. Auch auf den Finanzmärkten haben die handelspolitischen Turbulenzen zu Verwerfungen geführt und Unsicherheit geschürt.<sup>18</sup>

<sup>15</sup> Vgl. Eugenio Cerutti, Gita Gopinath und Adil Mohommed (2014): The Impact of US-China Trade Tensions. *International Monetary Review* 82; Aaron B. Flaaen, Ali Hortaçsu und Felix Tintelnot (2020): The production relocation and price effects of US trade policy: the case of washing machines. *American Economic Review*, Juli.

<sup>16</sup> Mary Amiti, Stephen J. Redding und David E. Weinstein (2019): The impact of the 2018 tariffs on prices and welfare. *Journal of Economic Perspectives* 33 (4), 187–210; Pablo D. Fajgelbaum et al. (2020): The return to protectionism. *The Quarterly Journal of Economics*, 135(1), 1–55.

<sup>17</sup> Insbesondere gehen Schätzungen von einem Verlust an Arbeitsplätzen in ungeschützten Sektoren wie Textilproduktion oder Chemie aus. Jobgewinne sind in den von Zöllen geschützten Sektoren zu erwarten. Durch die Verkettung der Wertschöpfungsketten kann aber von einem gesamtwirtschaftlichen Schaden ausgegangen werden. Vgl. Cecilia Bellora und Lionel Fontagne (2020): Shooting Oneself in the Foot? Trade War and Global Value Chains. CEPII Working Paper No. 2019–18 (online verfügbar); Lydia Cox und Kadee Russ (2020): Steel Tariffs and U.S. Jobs Revisited. *Econofact*, 6. Februar (online verfügbar); Fajgelbaum et al. (2020), a. a. O.

<sup>18</sup> Lukas Boer, Lukas Menkhoff und Malte Rieth (2020): The multifaceted impact of US trade policy on financial markets. *VIS Annual Conference 2020 (Virtual Conference): Gender Economics*, no. 224529. Verein für Socialpolitik; Massimo M. Ferrari et al. (2020): Do words hurt more than actions? The impact of trade tensions on financial markets. *ECB Working Paper Series*, no. 2490.

Neben höheren Importpreisen drückt die Androhung von Zöllen oder eines Handelskriegs auf die Planungssicherheit im internationalen Handel. Exporteure und Importeure haben es somit schwerer, ihre Kosten langfristig einzuschätzen, und verschieben Investitionen. Während der Trump-Präsidentschaft erhöhten sich die Unsicherheitsfaktoren im Welthandel spürbar, wie anhand des Trade-Policy-Uncertainty-Index nachvollzogen werden kann.<sup>19</sup> Seit Trumps Amtsantritt im Januar 2017 erreicht der Index regelmäßig neue Höchststände.

**Biden wird internationale Allianzen wieder stärken, um China in Schach zu halten**

Der Wahlkampf des nun gewählten Demokraten Joe Biden und sein Regierungsprogramm geben einen ersten Hinweis auf die künftige Ausrichtung der US-Handelspolitik. Diese wird durch weniger Unsicherheit und eine Rückkehr zu traditionellen Partnern wie Kanada oder der Europäischen Union geprägt sein. Kurzfristig bedeutet dies, dass seine Regierung vor allem an einer weiteren Normalisierung der Handelsbeziehungen mit Kanada, Mexiko und der EU interessiert sein dürfte. Biden ist aber kein ausgewiesener Verfechter des Freihandels. Er teilt Trumps Grundeinstellung zu China – auch wenn sich sein Ton und Stil deutlich unterscheiden. Auch für Biden ist China der größte Konkurrent im Welthandel, dem entschieden entgegengetreten werden muss. Während Trump allerdings auf Alleingänge setzte, beabsichtigt Biden, internationale Allianzen zu suchen, um die Verhandlungsposition gegenüber China zu verbessern.

Biden setzt verstärkt auf den positiven Effekt einer ambitionierten Infrastruktur- und Investitionsagenda auf die US-Außenhandelsbilanz. So will er vor allem in Bildung, Forschung und Entwicklung, Telekommunikation (5G), Straßenausbau und Stromnetze investieren, um eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der US-Exporte zu erreichen. Obwohl diese Ziele ambitioniert und sinnvoll sind, wird seine Agenda Zeit brauchen, um konkrete Effekte zu erzielen.<sup>20</sup>

Insbesondere in Steuerfragen besteht ein großer Unterschied zur Linie der Trump-Administration. Unabhängig davon, ob Zölle aufgehoben werden, kündigte Biden im Wahlkampf eine gerechtere Verteilung der Gewinne aus dem weltweiten Handel an. Die demokratische Regierung beabsichtigt unter anderem, hohe Einkommen über 400 000 Dollar zusätzlich zu besteuern und auch Unternehmenssteuern wieder anzuheben. Biden setzt also auf eine stärkere Rolle des Steuersystems, um gesamtgesellschaftliche Gewinne

<sup>19</sup> Scott Baker, Nicholas Bloom und Steven J. Davis (2020): Measuring Economic Policy Uncertainty. *EPU Indices* (online verfügbar).

<sup>20</sup> Der Effekt einer bestimmten Summe an öffentlichen Ausgaben auf die Wirtschaftsleistung wird in Multiplikatoren gemessen. Die Höhe dieser Multiplikatoren ist eine Kernfrage der Volkswirtschaft und wird seit langem regelmäßig und kontrovers in der akademischen Literatur diskutiert. Es gibt allerdings einen relativ breiten Konsens, dass Multiplikatoren kurzfristig geringe Größe aufweisen. Vgl. Olivier Blanchard und Roberto Perotti (2002): An empirical characterization of the dynamic effects of changes in government spending and taxes on output. *The Quarterly Journal of Economics* 117, no. 4, 1329–1368.

und Kosten, zum Beispiel bedingt durch ein Beibehalten der Zölle auf chinesische Importe, gerechter zu verteilen.<sup>21</sup>

### Fazit: EU sollte Chance zu neuer Partnerschaft nutzen

Die Trump-Administration hat mit ihrer America-first-Strategie eine Kehrtwende weg von der am Außenhandel orientierten Wirtschaftspolitik zurück zur protektionistischen Handelspolitik vollzogen. So erhoben die Vereinigten Staaten in den vergangenen vier Jahren eine Reihe von Zöllen gegenüber ihren wichtigsten Partnerländern, insbesondere gegenüber China, kündigten das gerade beschlossene multilaterale Handelsabkommen TPP und forcierten Neuverhandlungen bestehender Handelsabkommen wie NAFTA. Das aggressive Vorgehen seitens der USA löste eine Interventionspirale aus und viele Länder erhoben ebenfalls Importrestriktionen. Vor allem der Handelsstreit zwischen China und den USA eskalierte. Zum Ende der Trump-Administration wurden zwar mit fünf großen Handelspartnern – China,

Kanada, Mexiko, Südkorea und Japan – neue Handelsabkommen beschlossen. Allerdings ist fraglich, ob diese die Vereinigten Staaten auch gesamtwirtschaftlich besserstellen.

Betrachtete man aggregierte Handelsströme zeigt sich, dass die Handelspolitik kaum Effekte auf die Ein- und Ausfuhren der USA und damit auf die Außenhandelsdefizite hatte. Eine Ausnahme bildet der Handel mit China, der aber lediglich im Jahr 2019 leicht sank. Die Handelspolitik der Trump-Administration hat ihre Ziele – das Handelsbilanzdefizit zu senken und das verarbeitende Gewerbe zu stärken – nicht erreicht. Im Gegenteil, die Handelsinterventionen verursachen erhebliche Kosten für die Haushalte und Unternehmen in den USA.

Mit der neuen demokratischen Regierung und Joe Biden als Präsidenten dürfte zwar wieder ein diplomatischer und höflicher Ton in die Handelsgespräche einkehren, allerdings ist nicht damit zu rechnen, dass die Biden-Administration eine schnelle Rückführung der Handelshemmnisse anstrebt. Die EU sollte diese Chance nutzen und Bidens Suche nach internationalen Partnern gegen die Vormacht Chinas unterstützen.

---

<sup>21</sup> Joseph R. Biden (2020): Why America Must Lead Again. Rescuing U.S. Foreign Policy After Trump. Foreign Affairs im März/April (online verfügbar, abgerufen am 26. November 2020).

**Paul Berenberg-Gossler** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [pberenberggossler@diw.de](mailto:pberenberggossler@diw.de)

**Geraldine Dany-Knedlik** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [gdanyknedlik@diw.de](mailto:gdanyknedlik@diw.de)

**David Kläffling** ist Praktikant der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | [dklaeffling@diw.de](mailto:dklaeffling@diw.de)

**Claus Michelsen** ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [cmichelsen@diw.de](mailto:cmichelsen@diw.de)

**JEL:** B17, F44, O24

**Keywords:** Handelspolitik, US-Konjunktur, Handelsbilanz



Peter Haan ist Leiter der Abteilung Staat am DIW Berlin.



Johannes Geyer ist stellvertretender Leiter der Abteilung Staat.

Der Kommentar gibt die Meinung der Autoren wieder.

PETER HAAN UND JOHANNES GEYER

## Mehr „Würde im Alter“? Der Teufel steckt im Detail

Im Corona-Jahr 2020 ist es in der Rentendiskussion vordergründig ruhig geworden. Doch hinter den Kulissen sind die Überlegungen offenbar vorangekommen. Etwa in der CDU: In der Öffentlichkeit kursiert ein Entwurf, der nicht weniger als eine grundlegende Umstrukturierung der Rentenversicherung vorsieht. Unter der Überschrift „Würde im Alter“ wird unter anderem vorgeschlagen, dass die gesetzliche Rentenversicherung künftig automatisch den Anspruch auf weitere Sozialleistungen prüft.

Das könnte theoretisch verschiedene Probleme lösen: Die Anzahl der älteren Menschen, die einen Anspruch auf Grundsicherung im Alter haben, ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen und wird dies vermutlich auch in den kommenden Jahren tun. Ein zentrales Problem bei der Grundsicherung im Alter ist die hohe Rate der Nicht-Inanspruchnahme, die zur sogenannten verdeckten Altersarmut führt. Etwa 50 bis 70 Prozent der Anspruchsberechtigten beantragen die Leistung wohl nicht, obwohl sie einen Anspruch hätten.

Der CDU-Entwurf verspricht hier Abhilfe: Die Rentenversicherung soll künftig in Zusammenarbeit mit Sozialbehörden und Finanzämtern prüfen, ob ein Anspruch auf weitere Sozialleistungen besteht und diese dann auszahlen. Das klingt erst einmal einleuchtend und wünschenswert. Doch der Teufel steckt wie so oft im Detail. Die Grundsicherung ist eine individuelle Leistung, die vom Bruttobedarf und dem anrechenbaren Einkommen und Vermögen der leistungsberechtigten Person sowie des Partners oder der Partnerin abhängt. Neben dem Regelbedarf und den Aufwendungen für Unterkunft gibt es eine Reihe von Mehrbedarfszuschlägen für unterschiedliche Sachverhalte – etwa für Schwerbehinderte, aber auch für Personen mit dezentraler Warmwasserversorgung. Der Anspruch, den individuellen Bedarf zu decken, wirft also die Frage auf, wie dieser Bedarf allein durch die Behörden festgestellt werden kann.

Die Einkommensprüfung erscheint da zunächst einfacher. Die meisten regelmäßigen Einkommen sollten den Behörden bekannt sein, aber: Was ist mit privaten Transfers oder den Einkommen der Partnerin oder des Partners? Würden die Kontobe-

wegungen vorausschauend geprüft? Und dann ist da schließlich noch die Vermögensprüfung. Über das Vermögen liegen kaum Daten vor, so dass eine automatisierte Prüfung nicht möglich ist.

Diese knappe und noch unvollständige Zusammenfassung des Problemfelds verdeutlicht bereits, dass der Grundsicherungsanspruch nicht automatisiert und digital geprüft werden kann. Was hier als Schwäche erscheint, ist jedoch eigentlich eine Stärke. Man kann über die Höhen der Regelbedarfe streiten, aber dass hier der *individuelle* Bedarf und nicht ein pauschalisierter Betrag der Bedürftigkeit zum Maßstab gemacht wird, ist ein wichtiges Element des Sozialstaats.

Was sind also die Alternativen, um dem Problem der verschämten Armut besser zu begegnen? Auf der Ebene der Grundsicherung bleibt es wohl dabei, dass bessere Informationen und Kommunikation den Menschen zeigen können, dass die Grundsicherung ein Recht ist, das ihnen zusteht und für dessen Inanspruchnahme sie sich nicht schämen müssen. Doch das Problem kann auch auf anderem Wege angegangen werden: Mit der Grundrente wurde ein erster Schritt in diese Richtung getan. Die Grundrente enthält eine automatische Einkommensprüfung, hebt die Rentenansprüche an und verzichtet auf die Ermittlung des Bedarfs und eine Vermögensprüfung. In ihrer jetzigen Ausgestaltung ist die Grundrente zu restriktiv, um Altersarmut wirkungsvoll zu reduzieren. Aber eine Erweiterung könnte ein Lösungsweg sein. In Österreich existiert mit der Ausgleichszulage hierzu ein etabliertes Modell. Personen mit niedrigen Anwartschaften und geringem sonstigen Einkommen erhalten eine echte Grundabsicherung. Das würde bei einer entsprechenden Höhe das Risiko eines Alterseinkommens unterhalb der Grundsicherung deutlich senken. Wer dennoch darunter fällt, den würde weiterhin das bewährte System der Grundsicherung auffangen. Der Personenkreis wäre dann aber wesentlich kleiner und könnte durch lokale Behörden wesentlich gezielter adressiert werden.